

darmstädter studenten zeitung

1 F 2824 F

DM 0,60

Hochschulangehörige
DM 0,30

Mai-Juni 1971
19. Jahrgang

Nr. 119



A 91 - Bresche für den Profit

KARRIERE IM TECHNISCHEN ZENTRALEINKAUF

Diese Chance bieten wir, eines der größten Handelsunternehmen Europas, einem jungen, ehrgeizigen und tüchtigen

Technischen Betriebswirt bzw. (Diplom)-Wirtschaftsingenieur

als

ASSISTENT DES EINKAUFSCHEFS

Er braucht keine Branchenkenntnisse oder Berufserfahrungen mitzubringen, da wir ihn gründlich in seine Aufgabe, die

Beschaffung hochwertiger technischer Gebrauchsgüter auf einem weltweiten Einkaufsmarkt,
einführen werden.

Herren, die sich für eine derartige Karriere im kaufmännisch-technischen Bereich interessieren, bitten wir um Kontaktaufnahme (mit Schriftprobe, Foto und Einkommensvorstellungen) unter P 514 mit unserem Berater



**UNTERNEHMENSBERATUNG DR. MAIER BDU
7 Stuttgart 1, Firnhaberstraße 7, Tel. (0711) 29 3518**

Inhalt

- 2 **Fachbereichsstruktur – Cui bono?**
Die Fachbereichsstruktur kommt nicht von ungefähr
- 6 **Die Abhängigkeit bleibt**
Notizen zur neuen Personalstruktur
- 9 **Die eingeplante Hintertür**
Ständige Betriebseinheiten als Instituts-Ersatz
- 14 **Universitätspräsidenten:
Wer hält durch?**
- 16 **„... ich bin vielleicht ein gewisses
Mittelmaß ...“**
Interview mit dem Präsidenten Böhme
- 22 **Die publizistische Verfolgung eines
Universitätspräsidenten unter der
Leitung des Prof. Dr. Rohmert**
- 23 **Wirtschaft und Wissenschaft**
Interview mit einem industriellen
Universitätsgründer
- 28 **A 91: Markstein automobiler
Ausbeutung**
- 31 **Sanierung, für wen?**
- 33 **Martinsviertelsanierung gegen die
Bevölkerung**
- 38 **Mensafragebogen**
- 39 **Leserbrief**
- 40 **mini-markt**



„...es ist nämlich ein verdammtes Geschäft, es ist so leicht etabliert zu werden.“
Böhme-Interview Seite 16

**darmstädter
studenten
zeitung**

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16 25 17.

Verantwortlich: Friedhelm Ernst

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240. Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Nr. 119

dpa Bilder auf den Seiten 14, 15, 29, 31

Fachbereichsstruktur - Cui bono?

Die Technische Hochschule Darmstadt hat 1969 die Weltmeisterschaft in Hochschulreform gewonnen, als Reaktion darauf errangen die „an konkreten Reformen interessierten“ Professoren ihre erste Goldmedaille im Blockieren. Jetzt – nach Inkrafttreten der hessischen Hochschulgesetze – schreien die gleichen Kreise wieder Zeter und Mordio. Gleichzeitig aber loben weite Wirtschaftskreise – insbesondere der Wissenschaftsrat – die SPD für ihre Gesetze. Ist die in der Studentenbewegung immer wieder behauptete Interessenidentität von Professoren und Industrie verloren gegangen? Sollen die Studenten unterstützen, was den Professoren schadet, oder sabotieren, was die Indienstrategie der Hochschule vervollständigt?

Progressives Kapital gegen reaktionäre Professoren

Der Widerspruch zwischen einem großen Teil der Professoren und dem Großkapital, das den direkten Draht zum Staat hat, ließ sich schon in der Diskussion um Studienordnungen und insbesondere Prüfungsnormen erkennen. Die Professoren halten an den bisherigen Zwischen- und Abschlußprüfungen fest, nachdem für die Großindustrie schon längst klar ist, daß ein Diplomdokument recht wenig bedeutet, daß Prüfungen als Anpassungsinstrument und Leistungsmotivation durch viel raffiniertere Identifikationsmechanismen abgelöst werden. Im Lehr- und Studienausschuß nach dem neuen Gesetz haben deshalb die Studenten die Hälfte der Sitze, sie sollen den Lehrbetrieb den heutigen Erfordernissen anpassen.

Dieser Widerspruch zwischen Professoren und Industrieinteressen steckt schon im Ansatz des Gesetzes: Man will einerseits die Universitäten langfristig befrieden, damit keine „unnötigen“ Lehr- und Lernverluste, das heißt zusätzliche Kosten, durch politische Unruhen entstehen, andererseits will man verhindern, daß andere Kreise als die herrschenden die Arbeitsweise der Hochschule bestimmen. So entstehen etwa solche widersinnigen Regelungen: Auch Nichtprofessoren können über Berufungsvorschläge abstimmen, aber nicht gegen die Mehrheit der Professoren, das heißt, de facto stimmen diese doch allein ab.

Minimalisierung der Ausbildungskosten = Maximierung des Profits

Dort wo die konkreten Arbeitsbedingungen der Ordinarien formuliert sind, in den Vorschriften über Fachbereiche, liegt der neuralgische Punkt der neuen Gesetze. Die Auflösung der Institute in den Fachbereich ist für die Professoren der casus belli, ein mindestens zweijähriger Stellungskrieg dürfte die Hochschule erfassen. Die Unzulänglichkeiten der bisherigen Organisationen sind:

1. Unkoordinierbar atomisierte Institute und Lehrstühle
2. Koordinierungsunfähig große Fakultäten
3. Trennung von akademischer und Wirtschaftsverwaltung

Der Wissenschaftsrat – die zum Bildungskabinet hochgelobte Industrievertretung – beschreibt das so:

„Die heute noch bestehende Organisation der Universität ist letzten Endes an einzelnen Lehrstuhlinhabern und ihrer Verständigkeit in kollegialen Gremien orientiert. Sie geht davon aus, daß der einzelne Gelehrte in der Lage ist, mit geringen Hilfsmitteln und gemeinsam mit seinen Schülern die Forschung auf einem ausgedehnten Fachgebiet zu fördern und weiterzuentwickeln.

Diese Bedingungen sind inzwischen vor allem durch drei aufs engste miteinander verbundene Momente radikal verändert worden: die fachliche Spezialisierung, die Verselbständigung der Institute und den wachsenden Aufwand der Forschung. Die fachliche Spezialisierung hat eine zunehmende Differenzierung innerhalb der Fächer und deren Aufteilung zur Folge. Der Spezialisierung der Aufgaben folgen zwangsläufig eine Vermehrung des Personals und eine Beschränkung der fachlichen Kompetenz für den einzelnen.

Dieser Vorgang traf in Deutschland die Einrichtung der Institute . . . die mit der Universität als Körperschaft nur durch die Personalunion von Institutsdirektor und Lehrstuhlinhaber verbunden waren. Die verwaltungsmäßige Selbständigkeit der Institute leistete den desintegrierenden Tendenzen des Spezialisierungsprozesses besonders dann Vorschub, wenn die Institute nach dem auf einen Mann abgestellten

Arbeitsprinzip organisiert waren . . .
... Der einzelne Gelehrte ist, auf sich allein gestellt, immer weniger dazu in der Lage, produktiv im Sinne einer Erweiterung der Erkenntnisse arbeiten zu können. Hinzu kommt, daß die Forschung in nahezu allen Bereichen in ein Stadium drängt, in dem weitere Differenzierungen und Konzentrationen erforderlich werden. Personalaufwand und Kosten, die in diesem fortgeschrittenen Stadium notwendig werden, haben einen solchen Umfang, daß das Bestreben, derartige Forschung an allen Universitäten zu betreiben, die verfügbaren Möglichkeiten gegenwärtig und künftig übersteigt. Es bedarf der Konzentration von Menschen und Mitteln. Die großen Aufgaben der Forschung zwischen den Universitäten zu verteilen, ist unerlässlich. Dieser Ausweg aus der andernfalls unvermeidlichen wissenschaftlichen Provinzialisierung ist aber auch möglich. Er ist mit der Einrichtung der Sonderforschungsbereiche begonnen worden; diese sollen dazu beitragen, daß das Gesamtsystem der Universitäten für alle Wissenschaftsbereiche vollwertige Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten bietet. Dabei wird stets zu berücksichtigen sein, daß der Planung im Bereich der Wissenschaft enge Grenzen gezogen sind. Im Gesamtsystem der Universitäten muß deshalb hinreichender Freiheitsraum vorhanden sein, um Entwicklungen zu ermöglichen, die über den Rahmen der Planung hinaus die Voraussetzungen für den nicht planbaren Fortschritt der Erkenntnis sichern . . .

... Die Frage, ob in der Zukunft die gewohnte Einteilung in Fakultäten mit ihren herkömmlichen Funktionen beibehalten werden kann, hat im letzten Jahrzehnt bei allen Überlegungen zur Organisation der Universitäten an Gewicht gewonnen. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, daß die Fakultäten an Umfang so gewachsen und in ihrer Zusammensetzung so heterogen geworden sind, daß sie mehr und mehr funktionsunfähig wurden. Als kollegiale Kontroll- und Planungsorgane stehen sie vor Aufgaben, denen sie nicht nur wegen ihrer Größe und Heterogenität, sondern auch wegen der Interessenkollisionen der Institutsdirektoren nicht mehr gewachsen sind. Das gilt in erster Linie für die Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten. Die großen Fakultäten bestimmen aber nicht nur das allgemeine Bild, sondern in ihrem Rahmen stellen sich auch die Probleme mit besonderer Schärfe. Daß es auch Fakultäten gibt, die dank begrenzter Mitgliederzahl und bei noch bestehender Einheitlichkeit der Auf-

gaben in ihren Wirkungsmöglichkeiten intakt sind, wird hierbei nicht verkannt. Auf die nachteiligen Folgen der Vselbständigung der Seminare und Institute wurde bereits hingewiesen. Der Aufbau der Institute hat sich im unmittelbaren Zusammenwirken der Institutsdirektoren mit der Kultusverwaltung vollzogen. Wichtige, für den Gesamtzusammenhang und die Entwicklung maßgebliche Entscheidungen sind der Zuständigkeit der Fakultäten auf diese Weise entglitten. Stellen und Mittel sind in kleinsten Einheiten auf lange Zeit festgelegt und damit der Verfügbarkeit der Fakultäten entzogen. Die in Forschung und Lehre vorhandene Kapazität wird infolgedessen vielfach nur unzulänglich genutzt.“

(Wissenschaftsrat, Dezember 1968)

Für die Lehre bedeutet diese Organisationsform:

Auf der anderen Seite wird es für den einzelnen Forscher zunehmend schwieriger, den breiten Überblick und die entsprechenden Grundkenntnisse, die zu Beginn des Studiums vonnöten sind, zu vermitteln. Die traditionelle Organisationsform des Ein-Mann-Instituts tritt hierbei zwangsläufig in Widerspruch zu den Lehraufgaben. Auch sie können nicht mehr vom einzelnen Gelehrten und einem auf seine Person zugeschnittenen Institut wahrgenommen werden, sondern machen ein differenziertes Angebot notwendig, das nur durch Verteilung und die entsprechende Koordination der Aufgaben innerhalb des engeren Fachgebietes und darüber hinaus zu erreichen ist.“

(Wissenschaftsrat, Dezember 1968)

Dahinter steht die Frage nach der Qualifikationsstruktur der Technischen Intelligenz. Der einzelne Institutsherr ist aufgrund seiner eigenen Spezialisierung und organisatorischen Abkapselung geneigt, die Ausbildung in seinem Teil immer weiter zu intensivieren. Die dort ausgebildeten Studenten können an bestimmter Stelle in der industriellen Produktion sehr produktiv sein. Wenn durch Automatisierung und Schematisierung des Arbeitsablaufes eine billigere Arbeitskraft die gleiche Funktion erfüllen kann oder wenn unprofitabel gewordene Produktionszweige umstrukturiert werden, kann und muß der Unternehmer die Nur-Spezialisten hinauswerfen. Dieses Ex- und Hopp-Prinzip kann sich das

einzelne Unternehmen erlauben, jedoch bedeutet es für das Gesamtkapital, — das heißt, für sämtliche Einzelunternehmen zusammengekommen —, da diese Hinausgeworfenen im allgemeinen eine Stelle mit niedrigerer Qualifikation annehmen müssen, nicht mehr in Profit umsetzbare Ausbildung und im Extremfall eine Gefährdung des Systems durch die hohe Arbeitslosenquote (vergleiche Chemieindustrie in den USA).

Für das Gesamtkapital ist daher eine abgestufte (gerade so viel Ausbildung, wie benötigt wird), aber horizontal austauschbare Ausbildung (vielseitig verwendbare Fachidioten) das beste Schmiermittel:

„Je reibungsloser ein Wechsel zwischen den Berufen möglich ist und je weniger fachgebunden die Ausbildung ist, die ein bestimmter Beruf verlangt, desto weniger braucht die Bildungsplanung auf den Arbeitsmarkt Rücksicht zu nehmen. Die Substitutionsmöglichkeit erlaubt dem Angebot auf Marktänderungen zu reagieren.“
(Schlafke, deutsches Industrieinstitut)

Die Bestimmung der Ausbildung soll nicht mehr von wenigen Personen, den bisherigen Ordinarien, sondern von Fachvertretergruppen koordiniert durch starke zentrale Gremien durchgeführt werden.



Einladung zum kostenlosen Proberauchen!
Probieren Sie zungenmilden Pipe Tobacco! 6 Pröbchen gratis. Postkarte genügt.
EXCLUSIV Tobacco
83 Landshut, Postfach 568



Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) vom 12. Mai 1970

DRITTER ABSCHNITT

Die Fachbereiche

§ 20

Organisation und Verwaltung

(1) Der Fachbereich ist die organisatorische **Grundeinheit für Forschung und Lehre**. Er soll verwandte oder benachbarte Fachgebiete umfassen.

(2) Innerhalb eines Fachbereichs können Arbeitsgruppen und Betriebs-einheiten gebildet werden. Der Fachbereich ist berechtigt, eine Arbeitsgruppe oder Betriebseinheit zu verändern oder aufzulösen.

(3) Die Fachbereiche können Laboratorien, Werkstätten und Betriebe als **ständige wissenschaftliche** oder technische **Betriebseinheiten** einrichten.

(4) Der Fachbereich verteilt die ihm zugewiesenen **Personalstellen und Sachmittel** und verwaltet die ihm zugewiesenen Einrichtungen, insbesondere Arbeitsräume, Bibliotheken, Werkstätten und Großgeräte. Dabei legt er fest, über welche personellen und sächlichen Mittel die Hochschullehrer, Arbeitsgruppen und Betriebseinheiten verfügen können. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß den Hochschullehrern eine den Bedürfnissen des jeweiligen Gebietes angemessene Mindestausstattung gewährt wird. Den **Ständigen Betriebseinheiten** sind die personellen und sächlichen Mittel zuzuweisen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen einer langfristigen Planung erforderlich sind.

§ 21

Aufgaben der Fachbereiche

(1) Die Fachbereiche sind in ihren Fachgebieten verantwortlich für die Pflege der Wissenschaften in Forschung und Lehre sowie für die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie sind verpflichtet, für eine Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen, insbesondere für eine Abstimmung der Lehr- und Forschungsaufgaben zu sorgen.

(2) Die Fachbereiche fördern die Koordinierung der Forschungspro-



gramme der Hochschullehrer, Arbeitsgruppen und Betriebseinheiten.

(3) Die Fachbereiche beschließen über **Habilitationen und Promotionen** und verleihen akademische Grade nach besonderen Ordnungen. Für akademische Prüfungen sind Prüfungsämter oder besondere Ausschüsse einzurichten. Sie können auch von mehreren Fachbereichen gemeinsam eingerichtet werden.

(4) Die Fachbereiche üben das Vorschlagsrecht zur Ergänzung des Lehrkörpers aus. Sie sollen bei der Vorbereitung von Berufungsvorschlägen und Habilitationen Vertreter fachlich verwandter oder benachbarter Fachbereiche hinzuziehen; der Senat ist davon zu unterrichten.

(5) Die Fachbereiche erlassen **Studienordnungen**, die es unter Beachtung der Prüfungsordnungen ermöglichen, daß die Studenten ihr Studium in der vorgesehenen Mindestzeit abschließen können. Sie führen regelmäßig Studienberatungen, insbesondere für Studienanfänger, durch. Sie wirken zusammen mit den Prüfungsämtern und den Prüfungsorganen darauf hin, daß die Studenten in der Regel die in den Prüfungsordnungen **vorgesehenen Studienzeiten** einhalten.

(6) Die Fachbereiche sind dafür verantwortlich, daß die in den Studienordnungen vorgesehenen Lehrveranstaltungen in sachgerechter Reihenfolge durchgeführt werden. Hierbei haben alle Hochschullehrer im Rahmen ihrer Lehrverpflichtung zusammenzuwirken. Entstehen über die Verteilung und die Übernahme der Lehrveranstaltungen Meinungsverschiedenheiten, die die Durchführung der Studienordnung gefährden, entscheidet der Fachbereich.

§ 22

Satzungs und Prüfungsordnungen

(1) Jeder Fachbereich gibt sich eine Satzung.

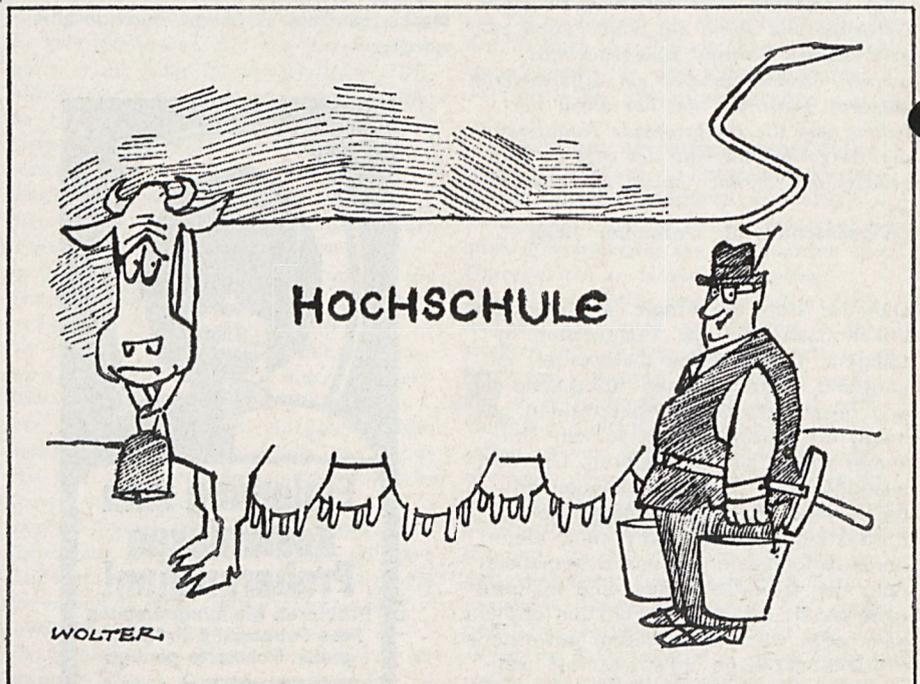
(2) Die Fachbereiche erlassen die **Habilitations- und Promotionsordnungen** und die anderen akademischen **Prüfungsordnungen**.

(3) Akademische Prüfungsordnungen sollen vorsehen, daß Kandidaten, die sich zur Prüfung gemeldet haben, gestattet werden kann, bei mündlichen Prüfungen zuzuhören. Dies gilt nicht für die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

Forschung und Lehre

Als das Geschrei von der kommunistischen Kaderhochschule ständig lauter wurde, wollten immer mehr Unternehmen ihre Forschung von der Hochschule in ruhige halböffentliche Forschungsinstitute abziehen (Max-Planck-Gesellschaft, Batelle-Institut, Frauenhofer-Gesellschaft und viele mehr). Die Industrie scheint aber erkannt zu haben, daß die Zusammenfassung von Forschung und Lehre nicht nur das liebste Kind der deutschen Universität ist, sondern für wirtschaftliche Ausnutzung von Forschung und Effektivierung der Lehre optimale Bedingungen schafft. Für die Forschung können aus dem breiten Spektrum der studentischen Arbeitskräfte an der Universität jeweils die geeignetsten ausgewählt werden für eine Tätigkeit in der Industrie und gleichzeitig die Ergebnisse von allen Diplom- und Studienarbeiten in die Verwertung eingespannt werden. Die Innovationsrate (Menge produzierter Ideen zu Studentenzahl) soll mit einer Enthierarchisierung der Hochschule angehoben werden. Dieses Ziel kann mit der nur halbherzigen Personalstruktur — die Professoren wollen weiter Forschung zu ihrer persönlichen Reputation be-

treiben und notfalls Emporkömmlinge drosseln — nicht erreicht werden. Auf der anderen Seite kann Lehre — als Nachvollziehung von Forschung — nur von solchen Hochschullehrern den laufenden Erfordernissen der Industrie angepaßt werden, die selbst in der Forschung stehen. Wegen dieser erneuten Aufwertung gerade der Forschung an der Hochschule wurden die Fachbereiche vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Effektivierung von Forschung konstruiert. Die Fachbereiche sollen die Gelder und die zugewiesenen Stellen nach den Erfordernissen der Fachgebiete verteilen, um eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Mittel zu gewährleisten und um somit diejenige Forschung zu fördern, die der Industrie eine profitträchtige Verwertung verspricht. Doppelforschung und für die Industrie uninteressante kostspielige Eigenbrödeleien sollen vermieden werden. Dem steht die Forderung der Ordinarien, nach persönlichen Dünken zu forschen, und das Interesse einzelnen Firmen entgegen, bestimmte, für sie wichtige Dinge an der Hochschule erforschen zu lassen ohne auf sonstige für das Gesamtkapital wichtige Vorhaben Rücksicht zu nehmen. Dieser Widerspruch findet seinen Aus-



„... und ist es uns in jahrelangen Züchtungsversuchen gelungen ...“



§ 23

Dekan des Fachbereichs

(1) Der Dekan leitet mit Hilfe des Amtsvorgängers (Prodekan) und des Amtsnachfolgers (designierter Dekan) die Verwaltung des Fachbereichs und führt die Geschäfte.

(2) Der **Dekan** wird aus dem Kreis der Professoren von der Fachbereichskonferenz für mindestens ein Jahr gewählt. Er ist Vorsitzender der Fachbereichskonferenz, bereitet ihre Beschlüsse vor und führt sie aus.

(3) Der Dekan wahrt die innere Ordnung des Fachbereichs. Er wirkt darauf hin, daß die Hochschullehrer ihre Lehrverpflichtungen ordnungsgemäß erfüllen.

§ 24

Fachbereichskonferenz

(1) Die Fachbereichskonferenz entscheidet in allen Angelegenheiten des Fachbereichs. Die Zuständigkeit der Prüfungsämter und besonderen Ausschüsse nach § 21 Abs. 3 Satz 2 und 3 bleibt unberührt.

(2) Die **Fachbereichskonferenz** besteht aus **allen** Professoren des Fachbereichs, die nicht beurlaubt sind, aus Vertretern der Dozenten, der Studenten und der wissenschaftlichen Bediensteten im Verhältnis 5:1:3:1, sowie aus einem Vertreter der weiteren Bediensteten.

(3) Die Dozenten, die Studenten und die wissenschaftlichen Bediensteten des Fachbereichs wählen ihre Vertreter nach den Grundsätzen der **Verhältnisauswahl**. Studenten sind nur in einem Fachbereich wählbar. Wahlrecht und Stimmrecht üben sie in den Fachbereichen aus, denen sie nach Maßgabe der Allgemeinen Vorschriften für Studierende angehören.

(4) Die Satzung des Fachbereichs kann die Zahl der weiteren Bediensteten bis auf fünf erhöhen, wenn dies nach dem Umfang, in dem nichtwissenschaftliches Personal in dem jeweiligen Fachbereich bei der Durchführung von Lehre und Forschung beteiligt ist, angemessen erscheint. Die weiteren Bediensteten des Fachbereichs wählen ihre Vertreter nach den Grundsätzen der Verhältnisauswahl.

(5) Die **Amtszeit** der Vertreter der Dozenten, der wissenschaftlichen und der weiteren Bediensteten beträgt

druck in der Möglichkeit, innerhalb der Fachbereich ständige wissenschaftliche Betriebseinheiten zu gründen. Der für die heutige Forschung erforderliche technische und personelle Aufwand ist inzwischen so groß geworden, daß eine Planung, das heißt, schwerpunktmäßige Verteilung auf die Hochschule, unumgänglich ist. Das bisher vorwiegend von der Geschicklichkeit klinkenputzender Ordinarien abhängige Wachstum machte eine effektive Indienahme der Hochschulforschung unmöglich. Der Landeshochschulverband – später noch unterstützt durch Bundesbehörden – soll die Forschung zentral planen. Die deutsche Forschungsgemeinschaft wird – finanziell gestärkt – intensiver die notwendigen „Sonderforschungsgebiete“ herausarbeiten und dorthin vergeben, wo die von Bund und Land zur Verfügung gestellten Möglichkeiten am günstigsten erscheinen.

„Die Bereitstellung der für die Forschung der Hochschulen in den kommenden Jahren benötigten Mittel wird mit darüber entscheiden, ob es gelingt, die Forschung in den Hochschulen zu halten, um so die bildungspolitisch notwendige Verbindung von Forschung und Lehre zu sichern.“
(Wissenschaftsrat Oktober 1970)

Alles wird verdreht, die Hochschule umwirbt die Primadonna Industrie, sie möge ihr die Forschung belassen, „um bildungspolitisch (etwas ab-)zusichern“ und „sie war sehr erbaut davon“ (Goethe, Faust Teil I).

Wer sich jetzt noch über das Gezeter der Ordinarien („Studenten dürfen Forschung mitgestalten“) freut und glaubt, Fischer-Fälle gebe es deshalb nicht mehr, fängt selbst an zu zetern, wenn er hört, mit welcher Intention diese „Mitbestimmung“ eingerichtet wurde:

„Erfahrungsgemäß schlägt die ablehnende Haltung zumeist in verantwortungsbewußte Kooperationsbereitschaft um, sobald die Gelegenheit zu sinnvoller Zusammenarbeit geboten wird.“
(Wissenschaftsrat, Dezember 1968)

Kurz: Mitbestimmung als partizipatorische Disziplinierung. Darüberhinaus werden die Ordinarien versuchen, das Stimmrecht per Satzung an „bestimmte Qualifikationen“ zu binden: Nur graduierte Studenten (Doktoranden), die unter starkem Druck stehen und letztlich abhängig von

Ordinarien sind, sollen qualifiziert sein mitzubestimmen, als ob über die Richtigkeit von Forschungsergebnissen abgestimmt würde. Außerdem soll die Forschung gar nicht auf ihre gesellschaftliche Relevanz, auf ihren emanzipatorischen Wert hin untersucht werden, sondern die dezentral angesiedelte Forschung soll planbar gemacht und dadurch gleichzeitig die Forscher einer Effizienzkontrolle unterzogen werden.

„Damit soll keine Genehmigungspflicht für die Durchführung solcher Vorhaben (aus Mitteln Dritter; d. R.) vorgeschlagen, jedoch sichergestellt werden, daß die Hochschule korrigierend eingreifen kann, wenn einzelne Wissenschaftler so umfangreiche Forschungsaufgaben in Angriff nehmen, daß sie ihren übrigen Pflichten nicht mehr gerecht werden können.“

(Wissenschaftsrat, Oktober 1970)

Quellen

- Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und verwaltungsorganisation der Universitäten vom Dezember 1968
- Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970 (Zusammenfassung) vom Oktober 1970
- Schlawke Zitat aus: Stellungnahme des Verbandes deutscher Studentenschaften (vds) zum Regierungsentwurf für ein Hochschulrahmengesetz

Die Abhängigkeit bleibt

An dieser Stelle und in diesem Umfang ist es nicht möglich, einen vollständigen Überblick über die zu erwartenden Folgen der neuen Personalstruktur zu geben. Es bleiben hier deshalb beispielsweise die seit Monaten im Rat der Nichthabilitierten der THD diskutierten finanziellen Folgen für die Betroffenen außer Betracht; es läßt sich heute noch nicht absehen, ob nicht durch Besoldungsanhebungen oder Sonderzulagen die zur Zeit vermuteten Schlechterstellungen aus Furcht um die Funktionsfähigkeit der Universitäten in letzter Minute ausgebügelt werden. Überhaupt sollen hier Fragen der Überleitung — also etwa die Frage, wird ein derzeitiger Assistent zum Dozenten oder zum wissenschaftlichen Bediensteten — undiskutiert bleiben. Zwar gibt es Pläne, in denen schon sehr weitreichende Vorstellungen zu Papier gebracht worden sind, wie etwa der Bericht der Personalstruktur-Kommission des Senats der THD vom Januar dieses Jahres; doch den Ausschlag geben wird letzten Endes die Haushaltslage des Landes Hessen, die derzeit mies ist. Soweit also hier Pläne über eine zukünftige Strukturierung der Lehrenden an dieser Hochschule angeführt werden, interessiert dabei die politische Absicht der Verfasser. Ansonsten soll es Sinn dieses Artikels sein, einen kurzen Überblick über die gesetzlich verankerte Neustrukturierung des Lehrkörpers und der sich abzeichnenden politischen Auswirkungen zu geben.

Das Hessische Universitätsgesetz (HUG) vom 12. 5. 1970 sieht neben der Präsidialverfassung mit der Zusammenlegung von akademischer und Wirtschaftverwaltung zur Einheitsverwaltung und der Fachbereichseinteilung als drittes bedeutendes Element der Neuordnung der hessischen Universitäten die Neustrukturierung des Lehrkörpers in einer neuen Personalstruktur vor. Mit letzterem trüge das Land Hessen als erstes Bundesland der Forderung der Westdeutschen Wirtschaft nach einer effektiv arbeitenden Universität Rechnung — oder besser: man war darum bemüht. Daß es aus derzeitiger Sicht nicht gelang, hat wesentlich zwei Gründe: Notwendige Gleichstellungen von Hochschullehrern wurden nicht vollzogen, da befürchtet wurde, viele Professoren kehrten sonst der Universität den Rücken und suchten sich anderorts attraktivere Stellen. Ein Anheben der Gehälter aller bisher hauptsächlich die Lehre tragenden Personen und damit eine Anhebung für die Mehrzahl der bisherigen Assistenten zu Hochschullehrern überfordere den Landeshaushalt. Zu den Forderungen der Wirtschaft nach einer rentablen Universität mit hohem output und der sich daran anknüpfenden Einsicht in die Uneffektivität der akademischen Laufbahn („Kommt Zeit,

kommt Rat; kommt noch mehr Zeit, kommt Oberrat.“ Deutsche Volksweisheit) trat die Forderung aus den Reihen der bisherigen Nichtordinarien und Assistenten nach korporationsrechtlicher Gleichstellung aller an der Lehre hauptsächlich Beteiligten. Damit verknüpft waren Forderungen nach Demokratisierung der Entscheidungsprozesse.

Den letzten Forderungen wurde nur in soweit Genüge getan, als es zukünftig in dem Bereich, der etwa dem des bisherigen Mittelbaus vergleichbar ist, keine persönlichen Abhängigkeiten mehr geben wird — also etwa Assistent vom Ordinarius. Vielmehr werden alle an der Lehre Tätigen ihrem jeweiligen Fachbereich zugehörig sein. Doch an die Stelle der persönlichen Abhängigkeiten treten mit der veränderten Personalstruktur neue Abhängigkeiten in einem leistungsorientierten Schema der Untergliederung aller an der Lehre Beteiligten. Vielfältige nach scheinbar objektivierten Kriterien ablaufende Selektionsmechanismen sorgen künftig für eine strenge Auswahl der Lehrenden auf dem Wege zu einer Lebensstellung als Professor. Dabei vollzieht sich die Auswahl nicht mehr nach den Vorstellungen irgendwelcher Doktorväter und sonstiger Aufstiegsmäzene, sondern durch die nunmehr kontrollierenden Institutionen wie Prüfungskommissionen und Fachbereichskonferenzen. Dadurch wird es ermöglicht, herrschenden Normen, das heißt Normen, die durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung gesetzt werden, in viel stärkerem Maße zum Tragen zu verhelfen als bisher.

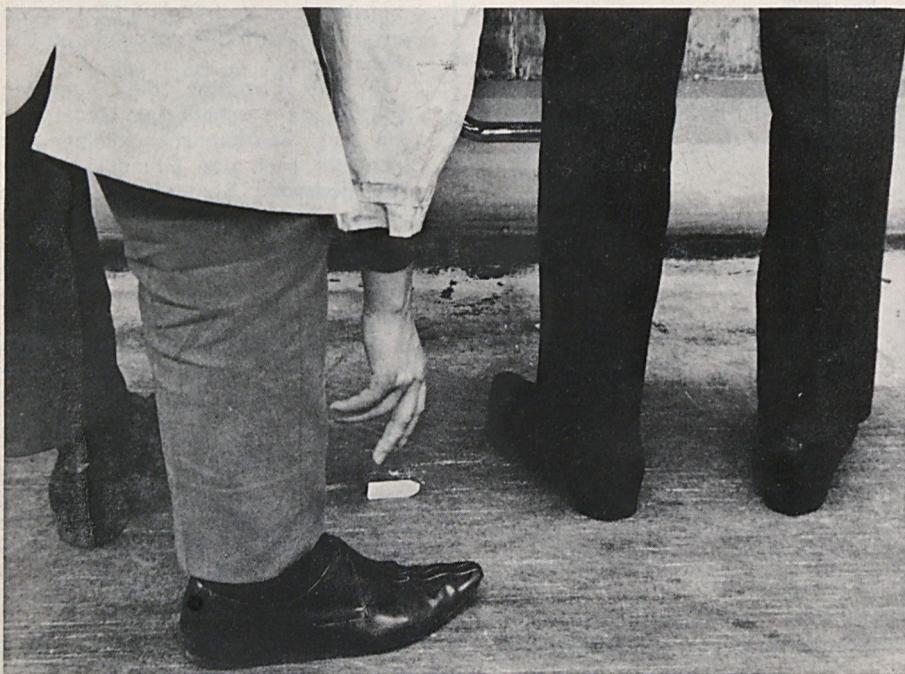
Es bleibt zu hoffen und auch zu erwarten, daß durch das Fehlen der unmittelbar persönlichen Abhängigkeit ein stärkerer Solidarisierungsprozeß vornehmlich im Bereich der wissenschaftlichen Bediensteten ermöglicht wird.

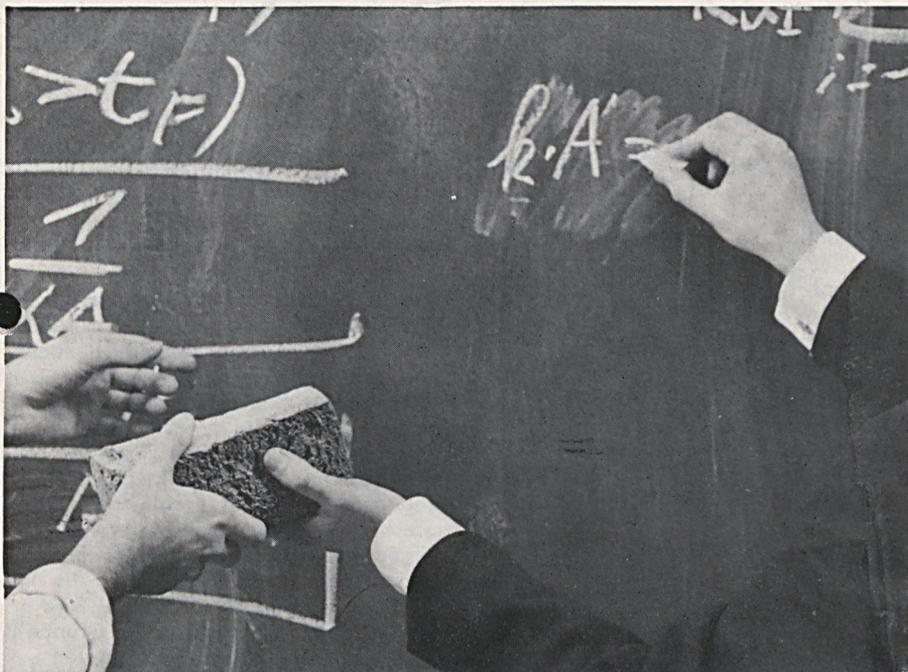
DIE NEUEN GRUPPEN DER LEHRENDEN — PROMOTION

1. Hochschullehrer

In der Gruppe der Hochschullehrer wird zukünftig unterschieden zwischen Professoren und Dozenten.

Professoren sind in der Regel Beamte auf Lebenszeit; sie erlangen ihre Position auf dem Wege eines Berufungsverfahrens (HUG; §§ 39, 40). Unterscheidungen in ordentliche Professoren (Ordinarien, also Lehrstuhlinhaber) und die Skala der übrigen nichtordentlichen





Professoren (Nichtordinarien) entfallen, da nach dem HUG (§ 20) die Fachbereiche Grundeinheiten von Forschung und Lehre sind und damit die Untergliederungen in Lehrstühle und Institute und deren Leitungsstellen entfallen. Nach Artikel 1 Ziff. 2 des Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 7. 10. 1970 gibt es nur noch den „Professor an einer Universität“. Beibehalten wurde eine irrationale Zuordnung der Professoren in verschiedene Besoldungsstufen (H 2, H 3 und H 4), wodurch auch fürderhin der ehemalige Ordinarius eindeutig als H4-Mann gekennzeichnet ist.

Dozenten sind in der Regel Beamte auf Widerruf mit einer begrenzten Dienstzeit von sechs Jahren. Sie werden auf Vorschlag eines Fachbereichs ernannt und gehören diesem an (HUG; §§ 39,41). Bis auf den Bereich der Ingenieurwissenschaften gilt als Ernennungsvoraussetzung die Promotion. Gelingt es ihnen innerhalb ihrer Dienstzeit nicht, sich von einem Ruf auf eine Professorenstelle erillen zu lassen, ist ihre Karriere beendet. Sie sind daher gezwungen, sich stets wohlverhaltend gegenüber ihren Kollegen und dem für die Berufung letztlich verantwortlichen Staat zu zeigen. Was das für

eine zumindest bisher herrschenden Normen kritisch gegenüberstehende Person bedeutet, braucht an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt zu werden.

2. Wissenschaftliche Bedienstete

Dazu HUG § 45 (1): „Wissenschaftliche Bedienstete sind die Beamten und Angestellten, die wissenschaftliche Dienstleistungen zur Organisation, zur Vorbereitung und zur Durchführung von Forschung und Lehre, in der Betreuung wissenschaftlicher Sammlungen und Geräte und im Betrieb wissenschaftlicher Einrichtungen wahrnehmen.“ Sie nehmen also die Aufgaben wahr, die bisher den wissenschaftlichen Assistenten zufielen. Daß dabei die Lehre nicht zu kurz kommt, das heißt, daß sie den Professoren weiterhin die Dreckarbeit vom Halse halten werden, geht aus der Stellungnahme der Personalstrukturkommission des Senats der THD hervor: „Es ist . . . klar, daß nicht alles, was an zu Lehrendem vermittelt werden muß, allein von Hochschullehrern getan werden kann.“ Der Unterschied zum bisherigen Assistenten ist „nur“ derjenige, daß die wissenschaftlichen Bediensteten ihre Funktion im Rahmen einer 40-Stunden-Woche ausführen; ein im Dienstvertrag zugesichertes Recht

zwei Jahre, die der Studenten mindestens ein Jahr. Im übrigen gilt § 14 Abs. 2 und 3 entsprechend.

(6) Die Fachbereichskonferenz ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Sie beschließt mit der Mehrheit der Anwesenden, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Für Beschlüsse, durch die eine besondere Regelung des Stimmrechts im Sinne von § 8 Abs. 4 getroffen wird, sind die Bestimmungen von § 8 Abs. 3 entsprechend anzuwenden.

§ 25 Fachbereichskonferenz

(1) Die Fachbereichskonferenz kann zur Beratung von Lehr- und Studienangelegenheiten, Forschungsangelegenheiten und Haushaltsangelegenheiten **Fachbereichsausschüsse** bilden. Die Fachbereichskonferenz **kann** den Ausschüssen **Entscheidungsbefugnisse** übertragen. Der Dekan ist Vorsitzender der Fachbereichsausschüsse.

(2) Die Ausschüsse bestehen aus Professoren, Dozenten, Studenten, wissenschaftlichen Bediensteten und weiteren Bediensteten des Fachbereichs, die jeweils von den Vertretern dieser Gruppen in der Fachbereichskonferenz nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Amtszeit der Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Bediensteten beträgt mindestens zwei Jahre, die der Studenten mindestens ein Jahr. Im übrigen gilt § 14 Abs. 2 und 3 entsprechend. Die Ausschüsse setzen sich wie folgt zusammen:

1. Ausschuß für **Lehr- und Studienangelegenheiten:**
der Dekan,
ein Professor,
ein Dozent,
drei Studenten;
2. Ausschuß für **Forschungsangelegenheiten:**
der Dekan,
zwei Professoren,
ein Dozent,
ein Student,
ein wissenschaftlicher Bediensteter;
3. Ausschuß für **Haushaltsangelegenheiten:**
der Dekan,
zwei Professoren,
ein Dozent,



ein Student,
ein wissenschaftlicher und ein
weiterer Bediensteter.

(3) Die Satzung des Fachbereichs kann weitere Ausschüsse vorsehen und nähere Regelungen treffen, insbesondere darüber, daß die Mitglieder der Ausschüsse verschiedenen Fachgebieten angehören müssen.

§ 26

Wissenschaftliche Zentren und
interdisziplinäre Arbeitsgruppen

(1) Für Aufgaben, die in die Zuständigkeit mehrerer Fachbereiche fallen oder die den Bedürfnissen der Universität als Ganzes dienen, können die Fachbereiche mit Zustimmung des Ständigen Ausschusses für Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses wissenschaftliche Zentren errichten.

(2) Die Einrichtungen, Sachmittel und Personalstellen werden dem Zentrum von den beteiligten Fachbereichen zugeteilt. Das Zentrum verfügt im Benehmen mit den Fachbereichen über die Einrichtungen und Sachmittel und bestimmt die Aufgaben der Mitarbeiter.

(3) Wissenschaftliche Zentren können auch vom Präsidenten mit Zustimmung des Ständigen Ausschusses für Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses errichtet werden. Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Die Fachbereiche können für interdisziplinäre Aufgaben der Forschung und Lehre Arbeitsgruppen bilden. § 20 Abs. 4 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

§ 27

Verwaltung der wissenschaftlichen
Zentren und ständigen Betriebseinheiten

(1) Die in den ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten und wissenschaftlichen Zentren tätigen Hochschullehrer bilden das **Direktorium**. Dem Direktorium gehören außerdem ein Student, ein wissenschaftlicher und ein weiterer Bediensteter an, die jeweils von den Vertretern dieser Gruppen in den Fachbereichskonferenzen der beteiligten Fachbereiche, im Fall des § 27 Abs. 3 im

auf Promotion besitzen sie nicht. Den Assistenten stand immerhin formal die Hälfte ihrer Arbeitszeit zu eigener Forschungstätigkeit (sprich: Promotion) zur Verfügung.

3. Promotion und versteckte akademische Laufbahn

Da zukünftig die Assistentenstellen als Promotionsgrundlage entfallen, wurde ein neuer Typus Student definiert, der graduierte Student. Er ist im Besitz eines Diplom-, Staatsprüfungs- oder Magisterabschlusses und eines auf zwei Jahre begrenzten Graduiertenstipendiums und versucht innerhalb dieser Frist zu promovieren. Er soll während dieser Zeit nicht mehr der Zuständigkeit eines Doktorvaters, sondern einem Promotionsausschuß unterliegen.

Eine Ausnahme in diesem Verfahren werden die Ingenieurwissenschaften sein: Dort sollen vor allem nicht promovierte Ingenieure mit mindestens einjähriger praktischer und/oder wissenschaftlicher Tätigkeit innerhalb oder außerhalb der Hochschule zu Dozenten ernannt werden. Für sie wird das jeweils die Gelegenheit zur Promotion sein.

Offiziell gibt es keine akademische Laufbahn mehr. Aber es wird sich etwa folgender Weg des „angehenden Professors“ herauskristallisieren: Nach der Promotion wird eine Wartestellung im Bereich des wissenschaftlichen Dienstes bezogen. Für einige Auserwählte erfolgt die Ernennung zum Dozenten.

Vorstellungen zur Neuorganisation in Darmstadt – zwei Beispiele

Die beiden hier beschriebenen Beispiele aus den Bereichen der Natur- bzw. der Ingenieurwissenschaften haben nicht unbedingt die Chance, verwirklicht zu werden. Vor ihnen steht die Haushaltslage des Landes, die dazu führen wird, daß die relativ „preiswerte“ Gruppe der wissenschaftlichen Bediensteten stark ausgeweitet werden wird. Doch lassen die Beispiele erkennen, wohin die strukturelle Entwicklung nach Ansicht der derzeitigen Professoren gehen soll. Anzumerken ist noch, daß man an zentraler Stelle der Hochschule, von der für diese Fragen eingerichteten Senatskommission, davon ausgeht, daß ein Verhältnis von 3:1 zwischen Professoren und Dozenten sinnvoll erscheint.

Naturwissenschaften (insbesondere Mathematik und Physik)

Die bisherigen „Wissenschaftlichen Räte und Professoren“ (H2) wurden bereits im Laufe der letzten Monate zu H3-Professoren ernannt (befördert); die bisherigen H1-Dozenten sollen im Herbst gemäß dem Überleitungsgesetz vom 7. 10. 70 zu H2-Professoren ernannt werden. Damit ergibt sich ein großer Anteil von H2- und H3-Professoren. Langfristig ist sogar mit einem größeren Kreis von H4-Professoren zu rechnen. Die Dozentenstellen werden nicht mehr sehr dicht gesät sein, da nur promovierte Naturwissenschaftler ernannt werden können; in der Tat entsteht zwischen Professoren und Dozenten ein zumindestens den Beteiligungen in akademischen Selbstverwaltungsgremien gerecht werdendes Verhältnis von 3:1. Wegen der Masse der bereits jetzt vorhandenen Assistentenstellen, die mit Nichtpromovierten besetzt sind, wird voraussichtlich eine sehr große Gruppe von wissenschaftlichen Bediensteten entstehen.

Ingenieurwissenschaften

Die Pläne der bisherigen Institutsdirektoren der ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten sind nicht offiziell; sie sind nur unter der Hand bekannt geworden. Man hat guten Grund, sie nicht öffentlich zu diskutieren, denn sie stellen eine besondere Art von Besitzstandswahrung der „Großgrund“-Ordinarien dar.

Zunächst wird argumentiert, man könne keine H2- und H3-Professoren gebrauchen, da, wer schon eine lukrative Stellung in der Industrie ausschlägt, gleich H4-Professor werden sollte. Damit wäre der Ordinarius gerettet. Darunter wünscht man sich – etwa im Verhältnis 1:3(!) – eine große Zahl von Dozenten. Da diese hier nicht promoviert haben müssen, sondern eher Industrieerfahrung (oder: Erfahrungen aus dem Büro des Herrn „Großgrund“-Ordinarius) mitbringen sollen, ist für eine „zweckgerechte“ Form und einen ebensolchen Inhalt der Lehre gesorgt. Gleichzeitig ist es den Dozenten möglich, nach sechs Jahren als Entlohnung promoviert und mit besseren Zukunftschancen die Industrie wiederzusehen; denn eine Berufung auf eine Professorenstelle ist wegen deren Knappheit so gut wie aussichtslos.

Die eingeplante Hintertür

Werden nun die bisherigen Institute in ständige wissenschaftliche Betriebseinheiten überführt (siehe Seite 9), so steht als deren geschäftsführender Direktor der bisherige Institutsdirektor de facto wieder an seiner alten Position. Allerdings ist es noch nicht klar, ob es angesichts der unsicheren Haushalts-situation des Landes möglich sein wird, im Bereich der Ingenieurwissenschaften tatsächlich ein so große Zahl von Dozentenstellen einzurichten. Überdies bedürfen ständige wissenschaftliche Betriebseinheiten erst einmal der Einrichtung.

„An unseren Hochschulen sind die spektakulären Aktionen, die Tomaten- und Farbbeutelhappenings, die Rektoratsbesetzungen und Aktenverbrennungen selten geworden. Eingekehrt ist die unheimliche Stille eines kalten Krieges, in der jeder mit jedem unter dem Motto „Homo homini lupus“ zu ringen scheint. Die Methoden der hochschulpolitischen Auseinandersetzung sind leiser, aber gefährlicher geworden. Professoren, deren Weltruf gestern noch einhellig gefeiert wurde, werden heute boykottiert. Sie stehen plötzlich in leeren Vorlesungs- und Seminarräumen, sie haben für die Studenten und damit leider oft auch für die Rektoren und Minister aufgehört zu existieren. Assistenten stellen bei der Verlängerung ihrer Dienstverträge, bei Habilitationen oder bei Berufungsverfahren fest, daß die geleistete wissenschaftliche Arbeit plötzlich nicht mehr gilt, sondern daß sie auf Gedeih und Verderb Wählerclans ausgeliefert sind, die mit ihren Stimmen auf ihre Weise Auslesefunktionen wahrnehmen. In Fachbereichssitzungen, die jeden Vergleich mit dem modernen Absurden Theater aushalten, machen Professoren und Rektoren aus mangelnder Zivilcourage Zugeständnisse, deren verheerende Auswirkungen ihnen bewußt sind. Hinterher eilen sie, die Spuren aschgrauer Furcht im Gesicht, zu ihrem Minister, um ihn anzusehen, er möge mit allen Mitteln das verhindern, was sie gerade zugesagt hätten. Die Öffentlichkeit registriert kaum noch, wieviel Hochschullehrer vor den gezielten Presionen extremer Gruppen kapitulieren, Emeritierungsgesuche einzurichten oder abwandern und niemand spricht davon, daß Forscher aus dem Ausland ergangene Rufe verschmähen, weil Studenten die heute en vogue gekommenen Drohbrieflein zu schreiben wußten.“

(aus: der arbeitgeber Nr. 13/22 — 1970, S. 571; Dr. Winfried Schlaffke, Deutsches Industrieinstitut, Köln, in seinem Artikel über den Bund „Freiheit der Wissenschaft“: „Tut um Gottes willen etwas Tapferes...“)

Ob solch düsterer Polemik von Seiten der Spitzenverbände der deutschen Industrie sollte man meinen, mit der alten Universität ginge es tatsächlich zu Ende. Der Verdacht entsteht, demokratisch gewählte Gremien (Schlaffke: „Wählerclans“) würden die Macht übernehmen und die Ordinarien nun endlich — beraubt ihres Rückgrates — nach Hause geschickt. Schön wär's. — Doch weit gefehlt.

Während im § 20 des HUG festgestellt wird „Der Fachbereich ist die organisatorische Grundeinheit für Forschung und Lehre“, wird dies im selben Paragraphen durch den Absatz 3 eingeschränkt: „Die Fachbereiche können Laboratorien, Werkstätten und Betriebe als ständige wissenschaftliche oder technische Betriebseinheiten einrichten.“

Mit dieser Klausel im HUG machte der Gesetzgeber den bisherigen „Besitzern“ der Universität, den Institutsdirektoren, ein Geschenk, das ihnen — sollten sie nicht daran gehindert werden — die Möglichkeit gibt, in einem veränderten äußeren Rahmen die alte unangefochtene Position zu behalten. Denn was im Gesetz als Laboratorien, Werkstätten und Betriebe bezeichnet wird, sind nichts anderes — und das gilt insbesondere an einer Technischen Hochschule — als die Einrichtungen der bisherigen Institute.

Die Institute, bis zum heutigen Tag Grundeinheiten von Forschung und Lehre, sind nach § 40 des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 16. 5. 1966 Anstalten, die auf Vorschlag der Hochschule vom Kultusminister eingerichtet und auf demselben Wege mit Direktoren versehen werden. Die Verknüpfung zum übrigen Hochschulbetrieb wird durch die Personalunion von Institutsdirektor und Lehrstuhlinhaber erreicht. Vergleicht man nun die §§ 20 und 27 des HUG mit dem § 40 des Hochschulgesetzes von 1966 (siehe Gesetzestexte) so fällt bis in die einzelnen Formulierungen hinein auf, daß eine gelinde gesagt fatale Ähnlichkeit zwischen der damaligen wissenschaftlichen Anstalt (Institut) und der nunmehr möglichen ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheit besteht. Der einzige Unterschied: Was damals dem Kultusminister beziehungsweise dem Kanzler oblag, ist jetzt Aufgabe der Fachbereichskonferenz und des Präsidenten. Außerdem hat man in der neuen Regelung freundlicherweise sowohl einen Studenten als auch einen weiteren Bediensteten (nichtwissenschaftlich arbeitenden Personalverter) vorgesehen.

Die Absicht ist klar: Den im Eingangszitat erwähnten „Professoren von Welt-ruf“ wird Gelegenheit gegeben, unter sich zu bleiben. Die Fachbereichskonfe-



Konvent gewählt werden; der wissenschaftliche und der weitere Bedienstete jeweils für zwei Jahre, der Student für mindestens ein Jahr. Die Satzung kann die Zahl der Mitglieder nach Satz 2 jeweils bis auf fünf erhöhen, wenn dies im Hinblick auf die besonderen Aufgaben des Zentrums oder der Betriebseinheit in Lehre und Forschung oder aus den in § 24 Abs. 4 genannten Gründen angemessen erscheint. Im übrigen gilt § 14 Abs. 2 und 3 entsprechend.

(2) Das Direktorium wählt aus dem Kreis der Professoren einen **geschäftsführenden Direktor** für eine Amtszeit von einem bis zu drei Jahren. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Das Direktorium erläßt für die Verwaltung und Benützung der ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheit oder des wissenschaftlichen Zentrums eine **Ordnung**. Vor Erlaß der Ordnung ist dem Präsidenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Der geschäftsführende Direktor leitet und verwaltet die ständige wissenschaftliche Betriebseinheit oder das wissenschaftliche Zentrum nach Maßgabe der Ordnung. Er übt das Hausrecht aus. § 10 Abs. 3 bleibt unberührt.

(5) Die Leitung und Verwaltung von ständigen technischen Betriebseinheiten der Universität regelt der Präsident, die der ständigen technischen Betriebseinheiten der Fachbereiche der Dekan.

(6) Für die Universitätsbibliothek gilt § 37.

NEUNTER ABSCHNITT

Übergangs- und Schlußvorschriften

§49

Zusammensetzung der Organe

Bis zur Bildung der nach diesem Gesetz zu schaffenden Kollegialorgane, die von der Änderung der personalrechtlichen Bestimmungen betroffen werden, setzen sich diese wie folgt zusammen:

8. Fachbereichskonferenz:

Die Fachbereichskonferenz besteht aus allen Hochschullehrern des Fachbereichs, die an der Universität hauptberuflich tätig und nicht beurlaubt sind, aus Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten im Verhältnis 5:3:2 sowie aus einem

renz, ein Gremium in dem möglicherweise – wenn auch mit Abstrichen – die Planungen für Forschung und Lehre grundsätzlich in großem Kreis öffentlich erörtert werden könnten, wird tendenziell entmachtet.

Welche Chance sich gerade hier an der Technischen Hochschule mit ihren umfangreichen technischen Einrichtungen, die unmittelbar der wissenschaftlichen Arbeit dienen, für die allmächtigen „Großgrund“-Ordinarien eröffnet, liegt auf der Hand. Daß diese Chance erkannt ist, steht außer Zweifel. Billige Anbiederungsversuche des Präsidentenkandidaten Krupp gegenüber den gewesenen Ordinarien beim Kandidatenhearing im Februar (er würde die Einrichtung von ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten unterstützen) und die Informationen aus der bisherigen Bauingenieur fakultät über Absprachen zwischen den Institutsdirektoren („Tust du mir nichts, tu ich dir nichts“) bestätigen dies. Sie wären ja auch dumm, die Besitzer der Quellen allen Reichtums an den Universitäten, die das Gros aller Industrieunterstützung absahnen – im Bauingenieurwesen verließ bisher jeder Institutsdirektor die Hochschule als Millionär –, wie dumm wären sie, wollten sie nunmehr das Geld mit anderen teilen, wollten sie sich den Beschlüssen der Fachbereichskonferenz unterordnen. Angesichts der in Darmstadt zur Diskussion anstehenden Volumina erscheinen die Versuche der Institutsdirektoren an der bisherigen Rechtswissenschaftlichen Fakultät in Marburg, sich über einen Zusammenschluß ihrer Bücherbestände zu ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten der unmittelbaren Kontrolle der Fachbereichskonferenz zu entziehen, geradezu lachhaft. Aber deutlich wird daran, daß es die Darmstädter Ordinarien nur einfacher haben, Betriebseinheiten unter dem „Sachzwang“ der bestehenden Institutseinrichtungen zu schaffen. Sehen die einschlägigen Vorschriften des HUG für die Fachbereiche eine relativ starke Transparenz der Entscheidungsvorgänge über die Zuwendungen der Personal- und Sachmittel an die Hochschullehrer, Arbeitsgruppen und Betriebseinheiten vor, so bleibt – haben die Betriebseinheiten erst einmal ihre Mittel zugewiesen bekommen – alles weitere im Halbdunkeln. Geleitet werden die Betriebseinheiten durch ein Direktorium, das aus allen an ihnen tätigen Hoch-

schullehrern und drei Alibivertretern (je einem Studenten, wissenschaftlichen und weiteren Bediensteten) besteht. Der jeweils geschäftsführende Direktor muß Professor sein, was den Kreis der damit für diese zentrale Funktion Wählbaren aufs äußerste eingrenzt. Damit dürfte, solange das HUG in dieser Form bestehen bleibt, die Stellung der bisherigen Institutsdirektoren gesichert sein.

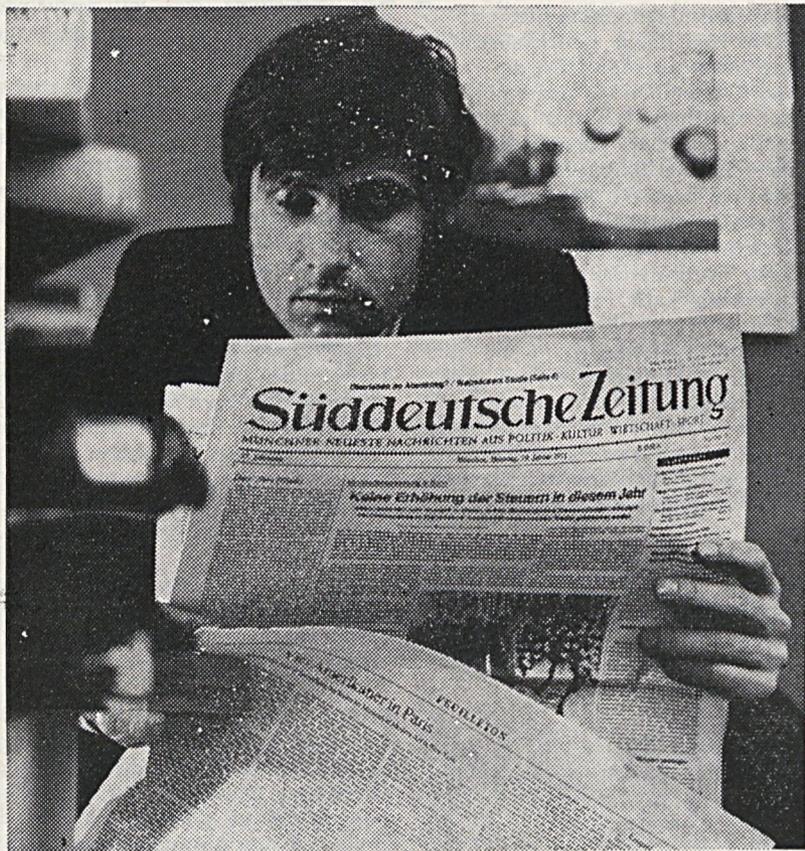
Was macht es schon aus, wenn durch die Betriebseinheits-Ordnung die Zahl der Studenten, wissenschaftlichen und weiteren Bediensteten im Direktorium jeweils auf fünf erhöht werden kann, wenn diese Ordnung von dem vom Gesetz vorgesehenen Hochschullehrer-Direktorium verabschiedet wird und überdies eine solche Erhöhung für die Übergangsphase erst gar nicht vorgesehen ist. Was sich damit hinter den Türen der ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten im nichtöffentlichen Bereich vollzieht, dürfte im wesentlichen eine Angelegenheit der im „Arbeitgeber“ als „Professoren von Weltruf“ ausgewiesenen ehemaligen Ordinarien sein. Es sei denn, dieser oder jener der Herren erwiese sich, wie es schon früher hier und da der Fall gewesen ist, als gnädig.

Die ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten sind im HUG das Instrument für die bisherigen Ordinarien – die Beherrscher der Universität – die sonstigen fortschrittlichen Ansätze des Gesetzes zunichte zu machen, insbesondere die mögliche Transparenz der Entscheidungen auf unterer Ebene, das heißt auf der Ebene, auf der unmittelbar über Forschung und Lehre entschieden wird. Diese Widersprüchlichkeit des Gesetzes erfolgt notwendigerweise aus seinem technokratischen Ansatz. Den für die Verabschiedung dieses Gesetzes verantwortlichen Kräften (Landesregierung, Landtag, insbesondere die SPD-Fraktion und Wirtschaftslobby) ging und geht es um ein möglichst reibungsloses Funktionieren der Universität. Das impliziert sowohl eine Beteiligung der auf demokratische Veränderungen drängenden Studenten, Personalvertreter und Assistenten, als auch eine Berücksichtigung der eigennützigen Professoreninteressen. Denn was nützen Universitäten, an denen keine hinreichend qualifizierten Hochschullehrer zu halten sind.

In Berlin wurde zur Besänftigung der Professoren ein ähnlicher Weg be-

V.I.P.

VERY IMPORTANT PAPER



Studenten-Abo
6,- DM per Post
4,40 DM für Abholer

Abholstelle:
AKABU H. J. Stihmann
Darmstadt
Lautenschlägerstraße 1/2

sritten; nur machte es sich der Gesetzgeber dort viel einfacher als in Hessen — die Institute blieben gleich bestehen (§ 20 des Berliner Universitätsgesetzes vom 16. 7. 1969). Die Behauptung im eingangs aufgeführten Zitat des „arbeitgebers“, daß Hochschullehrer angesichts der geänderten Zustände die Universität verlassen, erweisen sich unter Heranziehung von Informationen gerade aus Berlin als mehr als eine plumpe Polemik, sie sind schlichtweg falsch. Gerade in Berlin, mit seiner erfreulicherweise sehr weitreichenden Studentenbewegung und dem ersten Universitätsgesetz, in dem mit der Auflösung der Fakultäten Fachbereiche geschaffen wurden, gerade dort hat sich die Abgangsrate von Hochschullehrern von der Universität nicht vergrößert. Welchen Grund hätten sie auch zu gehen, sind sie doch in ihren alten Rechten — zumindestens da, wo es materielle Auswirkungen hätte — nicht beschnitten.

Zwar bleiben in Hessen die Institute nicht bestehen, aber mit der Ersatzeinrichtung der ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten ist auch hier ein hinreichend umfangreiches Instrumentarium zur Professoren-Befriedung geschaffen.

Daß sich natürlich jeder Versuch, eine ständige wissenschaftliche Betriebseinheit einzurichten, gegen die Interessen der Studenten richtet, versteht sich nach dem nunmehr Gesagten von selbst.

Daß während der Entwicklung der Hessischen Hochschulgesetzgebung nicht immer an derartige Kompromißlösungen gedacht wurde, geht aus dem Papier des Hessischen Kultusministers „Schwerpunkte einer Novellierung des Hochschulgesetzes vom 16. 5. 1966“ hervor. Dort wird im Abschnitt I „Grundsätze“ unter Punkt 2 gesagt:

„... Außer der zentralen Verwaltungskompetenz des Präsidenten ist als zweite Ebene der Verwaltung der Fachbereich vorgesehen, innerhalb dessen es andere autonome Arbeitseinheiten — Institute, Lehrstühle — nicht mehr geben wird ...“

Geht man noch weiter zurück, etwa bis zu Beginn der 60er Jahre, und verfolgt man die Diskussion über die Neuordnung der Universität bundesweit, ergibt sich (hier natürlich nur sprunghaft an einigen Zitaten dargestellt) etwa folgendes Bild:

Zum einen erwiesen sich damals die traditionellen Fakultäten als nicht mehr fähig, die tragenden Säulen von For-



- nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter. § 24 Abs. 4 bleibt unberührt;
9. Fachbereichsausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten:
Der Dekan und ein Hochschullehrer,
zwei wissenschaftliche Mitarbeiter,
zwei Studenten;
 10. Fachbereichsausschuß für Forschungsangelegenheiten:
Der Dekan und zwei Hochschullehrer,
zwei wissenschaftliche Mitarbeiter,
ein Student;
 11. Fachbereichsausschuß für Haushaltsangelegenheiten:
Der Dekan und zwei Hochschullehrer,
zwei wissenschaftliche Mitarbeiter,
ein Student,
ein nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter;
 12. Direktorium der Wissenschaftlichen Zentren und ständigen Betriebseinheiten (§ 27):
Die in den ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten und Wissenschaftlichen Zentren hauptberuflich tätigen Hochschullehrer bilden das Direktorium. Dem Direktorium gehören außerdem zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, ein Student und ein nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter an. Nr. 16 bleibt unberührt;
 13. Geschäftsführender Direktor (§ 27 Abs. 2):
Das Direktorium wählt den geschäftsführenden Direktor aus dem Kreis der beamteten Hochschullehrer.

Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen
Hochschulgesetz vom 16 Mai. 1966

§ 40
Wissenschaftliche Anstalten

(1) Wissenschaftliche Anstalten sind die der Forschung und Lehre dienenden Institute, Seminare, Kliniken und Betriebe. Sie werden auf Vorschlag des Senats oder der Fakultäten vom Kultusminister errichtet. Die Anglie-

schung und Lehre der Universität abzugeben. Die Fehlentwicklung an den großen Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten wurde offenkundig, wo durch jahrzehntelange naturwüchsige Ausdehnung so viele verschiedene Fachgebiete in einer Fakultät zusammengefaßt waren, daß u. a. kaum noch vernünftig über Promotionen und Habilitationen entschieden werden konnte. Um zu einer effektiveren Organisation der Universitäten zu gelangen, wurde die Forderung nach kleineren Einheiten laut. Ein erster Versuch bei der Neugründung der Ruhr-Universität in Bochum wurde unternommen: Die Universität wurde anstelle von Fakultäten unter Beibehaltung von Instituten und Lehrstühlen in eine Vielzahl von Abteilungen untergliedert. Andernorts kam durch zurückkehrende Wissenschaftler aus den USA die Forderung nach der Einführung des amerikanischen Department-Systems auf, was zu einem praktischen Versuch in der Münchener Physik führte. Generell setzte sich nach und nach die Ansicht durch, im Rahmen der Hochschulgesetzgebung der Länder, die Fakultäten aufzulösen und durch Fachbereiche zu ersetzen. Die Forderung nach Fachbereichen schloß in der Regel die Feststellung ein, daß sie Grundeinheiten seien und damit nicht weiter untergliedert werden sollten — im Gegensatz zum Abteilungssystem von Bochum. Die Überlegungen einer Neuordnung gingen von rein technokratischen Ansätzen aus. Es galt, uneffektiv gewordenes effektiv zu gestalten.

Zum anderen erwiesen sich vielfach die Institute als nicht mehr arbeitsfähig. Der Wissenschaftsbeirat beschreibt das in seinen Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen vom November 1960 so:

„... Entsprechend der Entwicklung der Wissenschaft sind die meisten Hochschul-institute ursprünglich für sehr große Gebiete geschaffen worden, z. B. für das gesamte Gebiet der Chemie und der Physik. Seit der Gründung der Universitätsinstitute in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich indessen die Wissenschaft in fast allen Disziplinen reich gegliedert. Der Gelehrte vermag heute in der Regel nicht mehr die Gebiete zu übersehen, die seine Vorgänger vor zwei Generationen noch ohne Schwierigkeiten in Lehre und Forschung allein vertreten konnten. In den Bereichen,

in denen sich eine solche Entwicklung vollzogen hat, besteht die Gefahr, daß die Institutsorganisation hinter der Entfaltung der betreffenden wissenschaftlichen Disziplin zurückbleibt...“

Schon in seinen Empfehlungen vom 6. 3. 1959 stellt der Wissenschaftsrat dazu fest:

„... Die einheitlich geleiteten wissenschaftlichen Institute (Direktoren-Prinzip) an Hochschulen sollten nicht zu groß sein, damit der Institutsleiter noch eine eigene Forschungstätigkeit ausüben kann...
... Es sollte darüber hinaus erwogen werden, ob in solchen Fällen (der großen in Abteilungen untergliederten Institute; Red.) das Direktorial-Prinzip durch eine kollegiale Verwaltung (evtl. mit wechselnder Geschäftsführung) ersetzt werden kann.“

Sehr deutlich wird hier der rein technokratische Ansatz, der keinerlei Überlegungen über eine mögliche Demokratisierung dieser Institutionen mit einschließt. Im Gegenteil. — In den Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen vom 10. 2. und 26. 5. 1962 findet sich folgender Abschnitt:

„Die Institute und Seminare als die eigentlichen Stätten der Forschung und der Einübung der Studenten sind heute aus keiner Hochschule mehr wegzudenken. In ihnen vollzieht sich auch am ehesten die persönliche Begegnung von Lehrern und Schülern und bilden sich Arbeits- und Diskussionsgemeinschaften zwischen Studenten und Assistenten. Insofern ist es ein Zeichen gesunden Gruppenlebens, wenn sich hier jeweils ein besonderer Institutsgeist mit der daraus folgenden Absonderungstendenz entwickelt...“

Auch die sich anschließende Bemerkung, daß einer Isolierung entgegenzuwirken sei, läßt in dieser makabren Stellungnahme des Wissenschaftsrates keinen Zweifel, daß es allein darum geht, den Ordinarien bei der „Einübung der Studenten“, der Förderung „gesunden Gruppenlebens“ und der Weckung eines absonderlichen „Institutsgeistes“, sprich: bei der Findung ihres eigenen Wohlbefindens behilflich zu sein. Dieses Wohlbefinden war durch die etwas ins Kraut geschossene Organisation ihrer Institute gestört worden. Dem galt es, Abhilfe zu schaffen.



Im Zuge der vor allem von studentischer Seite geforderten Demokratisierung der Hochschule wurden die Institute von eben dieser Seite unter ganz anderem Blickwinkel als dem des Wissenschaftsrats Anfang der 60iger Jahre in Frage gestellt. Zur Zusammenfassung der Forderungen nach Demokratisierung eine kurze Stelle aus den Grundsätzen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur Reform der wissenschaftlichen Hochschulen vom 3. 4. 1968:

„Die Institutionen des Lehrstuhlinhabers und des Institutsdirektors sind abzuschaufen. Sie sind einer der wesentlichen Ursachen für die ineffektive hierarchische Ordnung und die autoritäre Gestaltung des Wissenschaftsbetriebes der Hochschulen. Sie sind durch die Gliederung in Fachbereiche zu ersetzen, in der wissenschaftliche Einrichtungen gleicher oder verwandter Fachgebiete zusammengefaßt sind. Die Unterscheidung zwischen Ordinarien und Nichtordinarien ist aufzugeben. Die Selbstverwaltung eines Fachbereichs wird in einer Fachbereichsleitung von den hauptberuflichen Hochschullehrern, den wissenschaftlichen Mitarbeitern und den Vertretern der Studentenschaft des Fachbereichs in paritätischer Zusammensetzung wahrgenommen. Auf diese Weise wird u. a. die persönliche Abhängigkeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter (mittelbar) von den Ordinarien und Institutsdirektoren weitgehend aufgehoben.“

Während also einerseits die Forderung nach Untergliederung der Universität in Fachbereiche sich gründet auf die Einsicht in die Funktionsunfähigkeit der Fakultäten, macht dieser politische, nichttechnokratische Ansatz der GEW zur Kritik der Institutsstruktur deutlich, was gleichzeitig Fachbereiche als Nachfolgeeinrichtungen der Institute zur Demokratisierung der Universität beitragen können. Daß in dieses Demokratisierungsmodell eine weitere Untergliederung der Fachbereiche etwa im Sinn der ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten nicht hineingehört, liegt auf der Hand. Selbst der technokratische Wissenschaftsrats machte bis zum Jahre 1968 einen Lernprozeß durch. In seinen Empfehlungen zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten von Dezember 1968 stellte er fest:

„Dem Fachbereich wird ... die Verwaltungskompetenz der Lehrstühle und In-

stitute zu übertragen sein. Demgemäß wird der Fachbereich über die zu seinem Bereich gehörenden Personalstellen und die Sachmittel und damit und insoweit über die Seminare und Institute im Gesamtinteresse der Beteiligten verfügen.“

Im gleichen Monat am 17. 12. 1968 äußerte sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz im selben Sinne. Zwar handelt es sich in beiden Fällen um rein technokratische Ansätze, doch wäre es möglich gewesen, sie durchaus mit Inhalt zu füllen. Auf dem gleichen Stand bewegte sich die bereits oben erwähnte Darstellung der „Schwerpunkte einer Novellierung des Hochschulgesetzes“ des Hessischen Kultusministers. Doch offensichtlich erschreckt durch die sich ausweitende Studentenbewegung wurden bald von allen Seiten Rückzieher gemacht. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz formulierte in ihrem MINIMA LEGALIA vom 29. 5. 1969 die qualifizierte und damit eingeschränkte Mitbestimmung. Schon der Referentenentwurf für ein Hessisches Universitätsgesetz sah, wenn auch sehr beschränkt ohne eigene Kompetenz, Betriebseinheiten unterhalb der Fachbereiche vor. Dem folgte im März 1969 die Vorlage der Landesregierung für ein Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen, in der alle Regelungen über die ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten vorgesehen waren, wie sie nun auch heute das HUG aufweist. Die Begründung der Landesregierung war:

„Die Regelung für die ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten paßt § 40 HG 66 (der Paragraph über die Institute im Hochschulgesetz von 1966; Red.) der neuen Organisationsstruktur der Universität an.“

Mit anderen Worten: Inhaltlich hat sich nichts geändert, nur der Dienstweg ist länger geworden. Konnten die Institutsdirektoren bisher direkt zum Kultusminister laufen, so führt der Weg jetzt über Dekan, Präsident und Präsident des Landeshochschulverbandes zum Kultusminister. Nun, vielleicht war es der Minister leid, Professoren mit „Spuren aschgrauer Furcht im Gesicht“ (Arbeitgeber) in seinem Dienstzimmer zu sehen.

derung anderer wissenschaftlicher Anstalten an die Hochschulen bedarf der Genehmigung des Kultusministers.

(2) Auf Vorschlag der Fakultäten oder des Senats werden Hochschullehrer des Fachgebiets, dem die wissenschaftliche Anstalt zugeordnet ist, vom Kultusminister zu Direktoren bestellt. Für die Institute für Leibesübungen können auch Direktoren bestellt werden, die keine Hochschullehrer sind.

(3) Die Direktoren leiten die wissenschaftlichen Anstalten. Sie erlassen für die Verwaltung und Benutzung der ihnen unterstellten Anstalten eine Ordnung, an deren Aufstellung die Versammlungen der Nichtordinarien und der Nichthabilitierten zu beteiligen sind. Der Kanzler ist vor Erlaß der Anstaltsordnung zu hören.

(4) Der geschäftsführende Direktor wechselt nach Maßgabe der Anstaltsordnung.

(5) In den wissenschaftlichen Anstalten arbeiten die Hochschullehrer im Rahmen der Anstaltsordnung gleichberechtigt zusammen. Den wissenschaftlichen Mitarbeitern ist weitgehend Gelegenheit zur eigenen Forschung zu geben. Die Bildung von Forschungsgruppen ist zu fördern.

Universitätspräsidenten: Wer hält durch?

Präsidialverfassung – das heißt Zusammenlegung der bisherigen akademischen Verwaltung mit ihren Immatrikulations- und Prüfungssekretariaten unter der Leitung des Rektors und der Haus- und Wirtschaftsverwaltung unter der Leitung des Kanzlers zu einer Einheitsverwaltung unter der Führung einer Person, dem Präsidenten der Universität. Ein Verwaltungsakt, so möchte es scheinen. – Doch mit diesem Schritt verbindet sich weit mehr als ein bloßes Zusammenlegen von Büros. Erkennlich wird die Bedeutung dieser neuen Verwaltungsstruktur, benennt man Stellung und Funktion der beiden bisherigen Köpfe der Universität, Rektor und Kanzler.

Der Rektor war der Repräsentant der Universität, gewählt von der akademischen Selbstverwaltung für ein Jahr und somit auch der Interessenvertreter der in ihr tätigen Mitglieder der Universität. So war er früher der Vertreter der Ordinarien; mit der Reformierung der Universität und der Einführung einer Beteiligung sowohl der Assistenten und der Studenten an der akademischen Selbstverwaltung vor allem wenn das für die Rektorwahl zuständige Organ paritätisch besetzt war – wurde er tendenziell zum Vertreter der Gesamtuniversität.

Der Kanzler war der leitende Verwaltungsbeamte der Universität, in Darmstadt hieß er früher deshalb auch Verwaltungsdirektor, bis einheitlich die Bezeichnung Kanzler eingeführt wurde. Als Beamter auf Lebenszeit leitete er selbständig die Haus- und Wirtschaftsverwaltung, verantwortlich nur gegenüber dem Kultusministerium. Das Ergebnis dieser Konstruktion war, daß damit de facto die Kultusbürokratie einen verlängerten Arm innerhalb der Universität hatte.

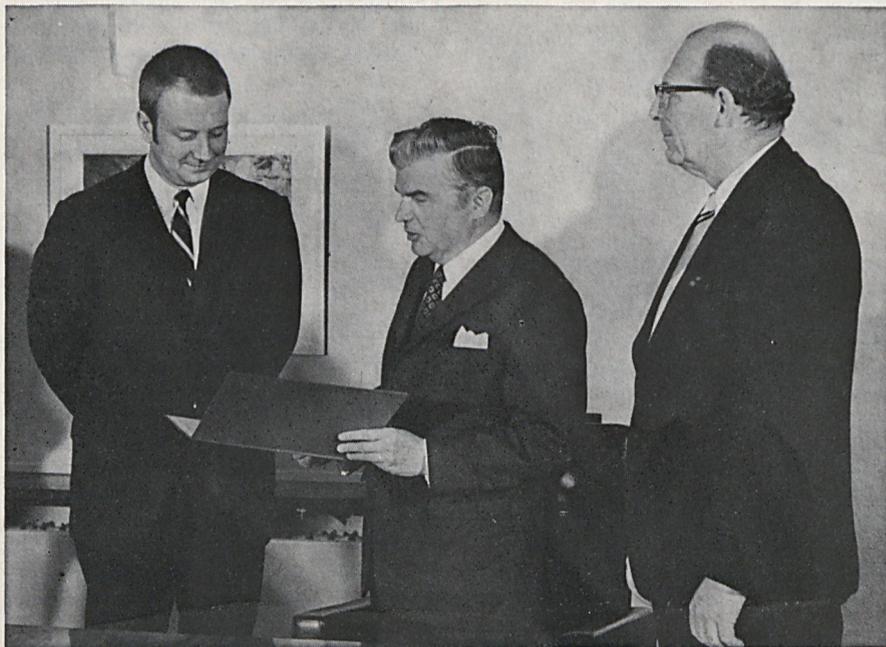
Nunmehr sind beide Funktionen in einer Person vereinigt. Zwar wurde die Position des Kanzlers in die neue Struktur übernommen, doch unterliegt er dem Weisungsrecht des Präsidenten. Der Präsident ist damit Repräsentant und oberster Verwaltungsbeamter der Universität zugleich. Zum einen muß er die Forderungen der Universität nach außen, daß heißt vornehmlich gegenüber der Kultusbürokratie, artikulieren, zum anderen wird die Kultusbürokratie versuchen,

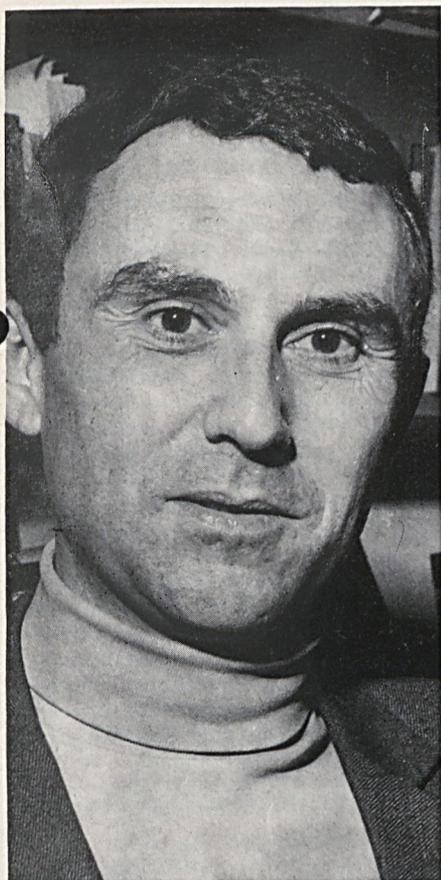
ihre Interessen im universitären Bereich über die Person des Präsidenten, so wie sie es bisher über den Kanzler konnte, durchzusetzen.

Der Präsident, der gleichzeitig das, was an der Universität entschieden wird, nach außen zu verantworten hat, befindet sich daher in einer widersprüchlichen Situation. Allein ist er kaum in der Lage, sämtliche gleichzeitig vorstatten gehende Vorgänge zu überschauen. Was er braucht, um überhaupt die Arbeit bewältigen zu können, ist ein kleiner Kreis von Personen, der ständig mit ihm zusammenarbeitet, der entscheidet, welche Problemstellungen überhaupt relevant sind, an die Person des Präsidenten herangetragen zu werden.

Bisher gibt es noch nicht sehr viele Universitätspräsidenten in Westdeutschland und Westberlin. Aus dem Kreis der im Amt befindlichen Präsidenten seien hier, um das Problem zu illustrieren, drei Präsidenten zur näheren Betrachtung ausgewählt, um zu zeigen, wie ein Präsident sinnvollerweise **nicht** an sein Amt herangehen sollte.

Der erste Präsident einer Universität in der BRD und Westberlin war der Präsident der FU Berlin, Kreibich. Erst nachdem mehrere prominente Bewerber abgesagt hatten, fand sich ein Wahlbündnis, an dem auch zunehmend Studenten beteiligt waren. Dieses Bündnis mehr oder minder dezidierter Linker aus allen Gruppen arbeitete in einem informellen Beratergremium zusammen, das ein Programm für die Präsidentschaft Kreibichs formulierte. Aber Kreibich hielt sich nur solange an dieses Gremium und die dort erarbeiteten Stellungnahmen zu Grundsatzfragen, bis er die dreistesten Reaktionäre an der FU weit genug zurückgedrängt hatte. Danach erklärte er, er brauche dieses Gremium nicht mehr, seine Heimat sei die Charlottenburger SPD. Kreibich entfernte sich somit von der ihn tragenden Basis und lehnte sich, da er sich keinesfalls auf die Reaktion stützen wollte, an den politischen Senat Westberlins, insbesondere an Wissenschaftssenator Stein an. Von Effektivierung der Universität und pragmatischen Lösungen träumend, schwebt er als vermeintlicher Vater der FU über den Gruppen und





den tatsächlichen politischen Kräften. Diese Entwicklung wurde auch dadurch gefördert, daß sich Kreibich und sein Stab im Präsidialamt nicht auf den riesigen Verwaltungsapparat der FU stützen konnten. Die Ursachen dafür liegen sowohl in der Person Kreibichs als auch im Aufbau von Universitäts- und Verwaltungsspitze. Es ergab sich eine Gliederung mit einem weit oben stehenden Universitätspräsidenten, dem nach gehörigen Abstand sein Stab im Präsidialamt folgt, der wiederum ohne Bezug weit über der Verwaltung steht.

Ein anderes Beispiel für eine gescheiterte Präsidentschaft bietet Fischer-Appelt, der Präsident der Universität Hamburg. Er wurde binnen kurzer Zeit „Außenminister“ der Universität, das heißt, er vertritt die Hamburger Universität bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz, bei HIS, bei der Europäischen Rektorenkonferenz, bei internationalen Organisationen und Tagungen und bei der Leningrader Partneruniversität. Die eigentliche Leitung der Universität liegt in den Händen des Vizepräsidenten Sinn, der schon vor Fischer-Appelt Rektor der Uni Hamburg war und auch jetzt die politischen Entscheidungen trifft. Hinzu kommt der Leitende Verwaltungsbeamte (Kanzler) Kreyenberg, der neben Sinn der Manager einer relativ eigendynamischen Verwaltung ist. Charakteristisch für Hamburg ist unter anderem, daß sich die alten Fakultäten in Form von akademischen Prüfungsämtern weiter am Leben gehalten haben und dort ein Hort reaktionärer Gegenmacht sogar als Institution existiert.

Zuletzt sollte man noch Kantzenbach, den Präsidenten der Universität Frankfurt, nennen, der von der Reaktion und einigen Technokraten als Instrument gegen die Verwirklichung des HUG und seiner ansatzweisen Überwindung alter Herrschaftsstrukturen konzipiert wurde. Genau diese Funktion erfüllt Kantzenbach vollständig, indem er im wahrsten Sinne des Wortes nur als Präsident, das heißt Vorsitzender der Ständigen Ausschüsse fungiert und sich als deren Spielball darstellt. Daneben besteht relativ unberührt von der hochschulpolitischen Szene die Verwaltung unter Leitung des Kanzlers. Kantzenbach ist in Fragen der Organisation der Fachbereiche, von Lehr- und Studienangelegenheiten usw. Steigbügelhalter

der Rechten an der Uni Frankfurt; andererseits wird er sich der normativen Vorplanung in der Verwaltung nicht entziehen können, die zum Teil im Interesse der Kultusbürokratie liegt, mit der sie seit eh und je zusammenarbeitet.

Bisher sind die hier genannten Universitätspräsidenten zumindest politisch gescheitert. Denn:

1. Sie haben sich von der sie tragenden Basis entfernt; damit mußten sie zwangsläufig in eines der anderen Lager umfallen.
2. Sie versuchten als Herrscher im Präsidentensessel zu regieren, und legten sich keine politisch zuverlässigen, sachkundigen Berater zu, die sie zu sinnvollen Entscheidungen befähigt hätten.
3. Sie arbeiteten nicht mit den Kanzlern sondern zum Teil sogar gegen sie. Insbesondere der Kanzler muß weitgehend mit dem hochschulpolitischen Bild des Präsidenten übereinstimmen und verantwortlich in der Universitätsleitung mitarbeiten.

„... ich bin vielleicht ein gewisses Mittelmaß...“



dsz: Sie gelten als einer der progressivsten Wirtschafts-Historiker in der Bundesrepublik. Inwiefern liegt da der Schwerpunkt auf Wirtschaft?

Böhme: Wirtschafts-Historiker heißt, daß der Schwerpunkt meiner Forschung nicht nur darin lag, wirtschaftliche Sachverhalte zu analysieren, die vergangen sind, sondern daß ich in den ökonomischen Entwicklungen jene vielleicht entscheidenden Tendenzen zu erkennen und nachzuweisen versuche, die für die Entwicklung unserer modernen Gesellschaft, für die politische Willensbildung bestimmend sind. Deswegen würde ich sagen, daß ich kein Wirtschaftshistoriker in dem Sinne bin, der sich nur um die isolierte wirtschaftliche Entwicklung kümmert. Ich möchte die Rolle der „Ökonomie“ als Faktor und begründetes Element politischer Entscheidungen an der historischen Überlieferung nachprüfen, um kritisch festzustellen, was ist an dem Theorem, zum Beispiel, daß Ökonomie das politische Faktum bestimme, richtig. Das heißt, ich frage, kann die Kenntnis soziologisch-ökonomischer Strukturen bereits hinreichend begründete Aussagen geben über das, was als politisches Handeln überliefert wurde. Das ist also wie gesagt nicht als Ergebnis da, sondern das ist für einen Historiker eine Fragestellung.

dsz: Sie haben von „unserer modernen Gesellschaft“ gesprochen?

Böhme: Als unsere moderne Gesellschaft verstehe ich jenes Höchstmaß an wirtschaftlich-politischer Integration zur Erhaltung einer gesellschaftspolitischen Ruhelage.

dsz: Ruhelage?

Böhme: Ruhelage, ja. Konservativ; conservare, das bedeutet bewahren; übertragen interpretiert, beruhigen; versuchen in evolutionärer Weise ein gewisses Maß an, na ja, Sprengstoff oder Klassenentwicklung abzdämpfen.

dsz: Begrüßen Sie das?

Böhme: Was heißt da begrüßen? Als Historiker, als Wissenschaftler kann ich das nie begrüßen, denn ich meine, daß die Vorstellung einer Ruhelage als Ziel politischen Handelns eine ideologisch gebundene Aussage ist. Ich glaube nicht, daß wir im Konservieren – obwohl dieses Konservieren als ein wesentlicher Teil politischer Entwicklung berücksichtigt werden muß – die Möglichkeit haben,

die Probleme, die uns heute sowohl hier in der Bundesrepublik als auch woanders gestellt sind, zu lösen.

dsz: Wir entnehmen dem, daß Sie dieser Gesellschaft durchaus kritisch gegenüberstehen.

Böhme: Ja, das können Sie dem entnehmen, wenn ich auch jetzt fragen müßte, was „dieser Gesellschaft“ heißt. Im übrigen wäre ich, würde ich dieser Gesellschaft, in der ich lebe, nicht kritisch gegenüberstehen, wohl als Historiker am falschen Platz. Denn ein Historiker ist ja nicht nur einer, der Traditionen pflegt, sondern er hat nach meiner Meinung vor allem die Pflicht, das Selbstverständliche, das naiv Vorgestellte oder doktrinär Konstruierte mit Hilfe der Analyse hin zu relativieren und damit zugleich die Relativität von Urteilen bewußt werden zu lassen. Der Historiker hat in der Reflexion auf die Möglichkeiten, die Grenzen und die kritische Funktion seiner Wissenschaft die Chance, in besonderer Weise Manipulierung, Ideologisierung und Indoktrination erkennen zu lassen; denn um das Gegenwärtige in den Griff zu bekommen, muß auch das Vergangene begriffen sein.

dsz: Sie haben offensichtlich Marx gelesen?

Böhme: Ja, ich habe auch Karl Liebknecht herausgegeben.

dsz: Sie haben also ein gewisses Verhältnis zum Kapitalismus, ...

Böhme: kritisches Verhältnis!

dsz: ... das darauf hinausläuft, daß Sie diesem Kapitalismus nicht durchweg positiv gegenüberstehen.

Böhme: Das ist sehr nett gesagt!

dsz: Im Rahmen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse wäre es interessant, die Bedeutung der Universität ein wenig zu umreißen. Was kann von der Universität ausgehen und was kann sie überhaupt leisten?

Böhme: Und was kann sie nicht leisten?

dsz: Sie müßten da etwas eingehen auf die Studentenbewegung. Welche Bedeutung kommt der Studentenbewegung zu?

Böhme: Gut. Ich habe schon mehrfach betont, daß ich der Überzeugung bin, daß ohne die Studentenbewegung – und zwar in ihrer Gesamtheit – jene Entwick-

lung, die wir in den Universitäten, aber auch, wenngleich verschieden deutlich akzentuiert, in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren feststellen konnten, nie hätte stattfinden können wie es der Fall war. Ich sehe die Studentenbewegung, wenn auch nicht als einen vollen Erfolg, aber doch als einen gewissen Erfolg. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, daß ein Universitätspräsident jetzt hier am Tisch sitzt und versuchen muß, Ihre Mitsprache, Ihr kritisches Mitdenken und Mithandeln an dieser Hochschule zu ermöglichen, zu beachten, einzuordnen. Die Studentenbewegung ist aber für mich nicht nur eine Bewegung gewesen, die nur auf die Hochschule bezogen einen Erfolg gehabt hat. Denn nicht nur hier an der Hochschule müssen Strukturveränderungen durchgeführt werden. Ich finde, daß die Studentenbewegung auch in der Öffentlichkeit – gerade durch die verschiedenen Spielarten in Frankreich, Italien, England und hier in Deutschland – ein bislang noch nicht voll erkennbares Maß an Bewußtseinsbildung auch beim Einzelnen erzeugt hat. Und das bedeutet etwas, da in Deutschland seither grundsätzlich das Herz rechts steht, wenigstens bislang immer rechts gestanden hat.

dsz: Sie sagen: das Herz steht rechts und nicht schlägt rechts.

Böhme: Ich habe ja schließlich auch mal Germanistik studiert!

dsz: Worauf führen Sie nun das Scheitern der Studentenbewegung zurück?

Böhme: Ganz klar führe ich das Scheitern darauf zurück, daß die Basis verloren wurde, die Basis nämlich insofern, daß in der Studentenbewegung vergessen wurde, daß die Hochschule nicht gleichsam der Mikrokosmos der Gesellschaft ist. Daß also die stark auf das Wort und nach außen gerichtete Aktivität notwendig dann abbrechen mußte, als die Träger dieser Aktivitäten, dieses Prozesses von Bewußtseinsmachung, selbst zu Trägern bürgerlichen Fortschritts wurden. Sie wissen, ich hatte Kontakt mit jenen Gruppen des SDS, die nach 1959 die ersten Schritte in Richtung Hochschulreform unternahmen. Und ich würde meinen, wenn Sie diese Gruppen heute sehen, dann werden Sie erkennen, daß eine Integration in unsere Gesellschaft stattgefunden hat, denken Sie an Jens Litten. Und auch ich bin meiner Person keineswegs so sicher, nicht bereits voll integriert zu sein; es ist nämlich ein verdammtes Geschäft, es ist so leicht,

etabliert zu werden.

Nach meiner Meinung ist dies genau die Entwicklung, die kritisch zu betrachten ist, nämlich, daß die Verbindung mit der Öffentlichkeit zu kurzatmig gesehen wurde und im Grunde genommen in der breiten Schicht der Arbeiter Lächerlichkeit, mindestens Distanz ausgelöst hat mit diesem übertriebenen Bemühen, hier eine proletarische Universität aufzubauen, wobei die Revolution von lauter Bürgersöhnchen getragen wurde. Ich möchte ganz offen und kraß sagen, daß nach meiner Meinung der theoretisch-kritische Ansatz noch bewältigt werden muß. Die Universität kann dabei selbstverständlich eine Aufgabe haben, diesen Bewußtseinsbildungsprozeß in kritischer Weise zu ermöglichen, aber sie kann nicht – und ich glaube ihrer ganzen Struktur nach nicht, auch nicht durch das neue Gesetz – gleichsam Bannerträger für revolutionäre Taten sein.

dsz: Sehen Sie überhaupt die Möglichkeit, daß die Hochschule als offizielles Organ dieser Gesellschaft etwas derartiges leisten kann, oder sollten nicht sehr viel mehr die Mitglieder dieser Universität im Rahmen politischer Gruppierungen an die Gesellschaft herantreten?

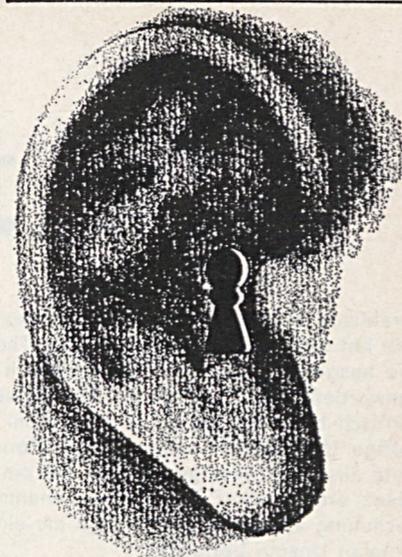
Böhme: Genau! Ich bin froh, daß Sie es so sagen. Das ist meine Antwort! Die Universität als Körperschaft des öffentlichen Rechts kann das nicht leisten, sondern wenn überhaupt dann können das die einzelnen Mitglieder.

dsz: Wir sprachen über die Studentenbewegung und weshalb sie gescheitert ist, vielleicht sogar notwendig gescheitert ist in dieser historischen Situation.

Böhme: Ich meine, daß sie notwendig gescheitert ist, scheitern mußte. Aber sie ist nur gescheitert, wenn Sie an die Studentenbewegung den größten aller Maßstäbe setzen, nämlich den der gesellschaftlichen Revolution. Ich würde sagen, das ist kein Vorwurf. Sie ist nach meiner Meinung im wesentlichen Teil, nämlich in der Aktivierung neuer Fragen, neuer politischer Reserven nicht gescheitert.

dsz: Es sind Fehler gemacht worden. Sie haben Sie selbst angerissen. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die weitere Entwicklung? Wie könnte die Nachfolge der Studentenbewegung aussehen, um Bewußtsein zu bilden, um Klassenbewußtsein zu bilden?

Böhme: Um in der gleichen Wortwahl zu bleiben würde ich sagen, sie müßte



Achten Sie auf Reihe Hanser

Eldridge Cleaver/Lee Lockwood
Gespräche in Algier
Band 58. Ca. 7.80 DM

Hermann Schürer
Europa: Die Toten haben nichts zu lachen
Band 59. Ca. 5.80 DM

Paul Lüth
Ansichten einer künftigen Medizin
Band 60. Ca. 7.80 DM

Wolf Lepenies/Helmut Nolte
Kritik der Anthropologie
Marx und Freud. Gehlen und Habermas.
Über Aggression. Band 61. Ca. 7.80 DM

Witold Wirpsza
Der Mörder
Erzählungen. Band 62. Ca. 5.80 DM

Verwaltete Musik
Analyse und Kritik eines Zustandes.
Herausgegeben von Ulrich Dibelius.
Band 63. Ca. 7.80 DM

Die Unterhaltung der deutschen Fernsehfamilie
Ideologiekritische Untersuchungen.
Herausgegeben von Friedrich Knilli.
Band 64. Ca. 7.80 DM

Alain Labrousse
Die Tupamaros
Stadtguerilla in Uruguay. Band 65. Ca. 9.80 DM

Die Tabus der bundesdeutschen Presse
Aufsätze von L. Gothe, R. Kippe, K. P. Kisker,
H. D. Müller, H. Ostermeyer, H. Schweppenhäuser,
A. Skriver, U. Sonnemann, R. Sülzer,
G. Wallraff. Herausgegeben von Eckart Spoo.
Band 66. Ca. 9.80 DM

Michael Hatry
Aus lauter Liebe
Band 67. Ca. 5.80 DM

Leo Navratil
a + b leuchten im Klee
Psychopathologische Texte. Band 68.
Ca. 7.80 DM

Das Rechtskartell
Reaktion in der Bundesrepublik.
Herausgegeben von Harald Jung und
Eckart Spoo. Band 70. Ca. 7.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom
Carl Hanser Verlag, 8 München 86,
Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen
Sonderprospekt.

praktisch werden; Theorie und Praxis – sie hat sich bislang zu sehr an der Theorie ausgerichtet, sie ist nicht praktisch geworden. Und das zweite, das ich sehr kritisch beurteile, ist diese fast affenartige Nachbeterei stalinistischer Konvolute aus den zwanziger Jahren, die ein ganz erstaunlicher Teil der sogenannten Schulung ausmacht, und die ich als einen totalen Unsinn betrachte.

Was notwendig ist, und wo ich glaube, daß tatsächlich weiter gearbeitet werden kann oder wo möglicherweise für Bewußtseinsbildung ein Weg sein könnte – als Präsident antworte ich da gar nicht, sondern da antworte ich als Professor, wenn man so will – ist, daß Sie die Hochschule nicht als einziges und alleiniges Terrain Ihrer Aktivität betrachten, sondern daß Hochschule und Nicht-Hochschule miteinander im Kontext gesehen werden müssen, und Sie müßten auf beiden Ebenen, aber nicht bloß auf ein paar Monate, zu Hause sein. Sie werden sonst hoffnungslos in die Ecke gedrängt und Sie schaffen keine Bewußtseinsbildung, wenn Sie nur hier in diesem gleichsam Zoologischen Garten großgezogen werden und dann plötzlich hinauskommen. Dann ist es aus.

Was aber nun unter praktischer Studentenbewegung nicht in erster Linie verstanden werden sollte, ist diese nach außen gerichtete Aktivität, Demonstration um jeden Preis, hysterische Reaktion auf jeden politischen Sachverhalt. Der Versuch, Bewußtsein zu bilden an Gegenständen, die durchaus außerhalb der Universität liegen, war und ist möglich. Denken Sie an die ersten Entwicklungen: Schah-Besuch, dann, wie hat er geheißen, der Perser?

dsz: Nirumand!

Böhme: Nirumand, ja! Das war ein indirektes Reagieren auf nicht näher definierte politische Tatbestände in einer überfälligen, dumpfen Luft einer konturlos verordneten formierten Gesellschaft, die bereits aus dem Leim gegangen war. Ich würde meinen, man sollte hier sehr klar die verschiedenen Phasen unterscheiden, in denen damals Hochschulpolitik zu initiieren, und die Notwendigkeit gesellschaftspolitischer Aktionen versucht wurde bewußt zu machen und dies dann auch umzusetzen. Heute müssen wesentlich andere Aufbauarbeiten weitergeführt werden, die im Grunde genommen bereits ein gewisses Maß an, ich muß es nochmal wiederholen, Erfolg gehabt haben. Sonst würden Sie hier nicht

mit einem Präsidenten und dann mit dem Präsidenten Böhme sitzen, wenn ich natürlich auch für Sie oder für diese Bewegung also wirklich nicht das Beste des Möglichen darstelle. Aber ich bin vielleicht ein gewisses Mittelmaß gemessen an dem, was gegeben ist außerhalb der Universität und das gewachsen ist in der Tradition der Universität. Allerdings zu wenig praktisch bin auch ich, das weiß ich.

dsz: Welche Möglichkeiten glauben Sie als Präsident innerhalb dieser Universität zu haben?

Böhme: Von den Möglichkeiten hier könnte man auf den ersten Blick sagen, der Kerl der kann alles machen, was er sich vorstellt. Aber beim zweiten Blick wird die Sache bedeutend schwieriger, das Handeln – was nur konsequent ist – eingeeengter. Die Konventzusammensetzung, die mich gewählt hat – mit einer Stimme Mehrheit möchte ich noch einmal betonen – hat schon jetzt gezeigt, wie schwierig es ist, überhaupt einen gewissen Konsensus für die Bildung der Ständigen Ausschüsse und natürlich auch für den Vizepräsidenten zu bekommen. Im übrigen bin ich nicht der Meinung, daß ich jede Woche etwas Neues zur Universitätspolitik, zur Studienreform, zu irgendetwas beitragen sollte. Wenn es um Dinge geht, wie z. B. mit der Chemieschule oder mit dem Hilton-Super-Hotel hinter dem Mollerbau, wenn es um die Beteiligung der TH geht in Umweltfragen, oder um Veränderungen von Studienabläufen durch Oktroy, oder wenn es um die Entwicklung einer Rahmenkonzeption, von Planungen geht, da würde ich meinen, habe ich aktiv zu sein und Zeichen zu setzen. Das sind Dinge,

die nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen und die eine gewisse Beschleunigung brauchen. Dabei sehe ich weiter vornehmlich in der Entwicklung von Entscheidungsalternativen, der kontinuierlichen Wahrnehmung der Interessen der Technischen Hochschule und ihrer Mitglieder sowohl nach außen als auch in der Entwicklung von Gruppenmehrheiten meine Aufgabe. Aber wenn es um kritische Dinge geht, um Studienreform oder Prüfungsordnung, von Inhalten des Studiums, um die Art und Weise, wie Wissenschaft vermittelt werden kann, um intellektuelle Selbständigkeit zu wecken im Bewußtsein, daß diese Wissenschaft immer auch politisch ist, politische Folgen hat und nur unter politischen Bedingungen existieren kann, dann bin ich nicht die Instanz, die diese Dinge initiativ wie ein König offerieren kann. Vielmehr sehe ich es andersherum. Ich sehe, daß ich auf die Arbeit der Basis angewiesen bin, auf Kritik, Engagement, Effektivität und das Potentielle dieser Basis, auch Ihrer Basisarbeit. Das wird entscheiden darüber, ob ich als Präsident dieser TH eine Chance habe, eine angemessen reformerische Politik einleiten und durchführen zu können oder nicht. Ich halte mich da ganz strikt an die Erfahrungen, die Wittkowsky (Präsident der TU Berlin, d. Red.) mir gesagt hat. Er hat mir völlig die Illusion geraubt, daß von der Spitze her grundsätzliche Initiativen gestartet werden können. Ich weiß, daß dies eine Vorstellung von Kreibich (Präsident der FU Berlin, d. Red.) ist, die ich aber nicht teile.

dsz: Mit Basis meinen Sie jetzt also nicht den Konvent, die anderen Organe, die laut Gesetz ...

Böhme: Laut Gesetz ist natürlich der Konvent die umgreifende und höchste Instanz, die mich zur Verantwortung zieht. Gleichzeitig sind aber für mich alle Teile dieser Hochschule Elemente dieser mehr oder minder ausgeprägten Basis. Für mich ist es wichtig, wenn ich überhaupt eine Chance haben kann, die TH „zeitgemäß“ zu entwickeln, daß ich in Auseinandersetzungen, die von der Sache her begründet werden, gezogen werde. Die sich hieraus entwickelnden Forderungen und Überlegungen sind dann nicht nur an mich gebunden, sondern sie binden die Gruppen durch Verantwortung und das ist für mich dann, gibt mir dann eine Basis.



Hochschulfest '71

26. 6. 71, 19.30 bis 27. 6. 71, 4.00 Uhr

● **Schloß, Landesmuseum, TH-Hauptgebäude, Otto-Bernd-Halle
Dach des Audimax.**

mit:

**Fashion Pink, Joy Unlimited, Jo Flinner Group, Happiness,
Springflute, Barrel House Jazzband,
Kapelle Gussmann (Bayernkapelle),
Konnie-Jockel-Orchester,**

● **dazu:**

**Zeichentrickfilme, Kurzfilme, Bier- Sekt-, Schnapsausschank,
Weinlaube, Bar und Discothek, Wurfbude, Ochs am Spieß, Würstchen,
Schaschlik, belegte Brötchen.**

Vorverkauf: ca. ab 14. 6. 1971

**Hochschulfestausschuß; Telefon: (nur Dienstag 12.00 — 14.00 Uhr und
Donnerstag 12.30 — 14.00 Uhr) 16/3400**

dsz: Von dieser Beurteilung aus ist dann vermutlich auch das zu verstehen, was Sie kürzlich etwas pauschal übertreibend gesagt haben: Mit 10,1 km kann ich alles machen! (gemeint ist § 10,1 des HUG: „Der Universitätspräsident (Präsident) repräsentiert und vertritt die Universität. Er fördert gemeinsam mit den anderen Organen, den Fachbereichen, den Mitgliedern und Angehörigen der Universität ihre zeitgerechte innere und äußere Entwicklung.“ d. Red.)

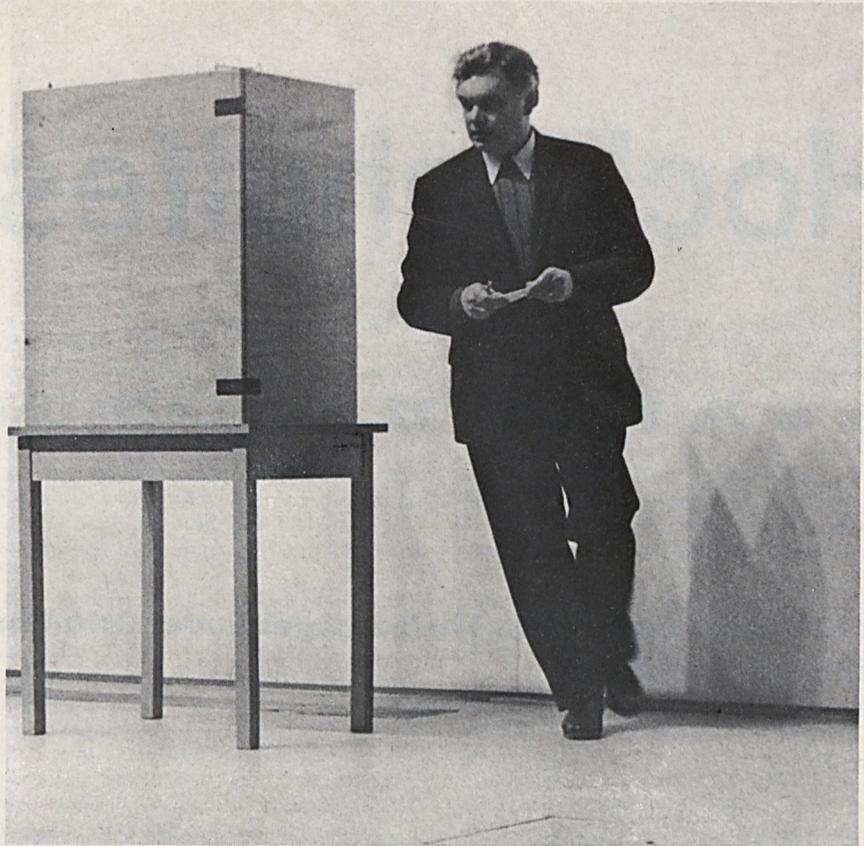
Böhme: Mit 10,1 kann ich theoretisch, wenn es hart auf hart geht, sehr weit kommen, ja ich muß wohl sogar sehr weit kommen. Das „alles machen“ möchte ich aber so verstehen: Wenn ich die Unterstützung der Mehrheit dieser Universität in den verschiedenen Gruppen habe – die Unterstützung kann dabei sehr verschieden sein, siehe Konvent – dann könnte ich alles machen, aber natürlich auch wiederum nur in dem Rahmen, den das Ministerium mir vom Geld her gibt und weiter in dem Rahmen, was politisch möglich ist. Aber ich werde nicht alles machen!

Ich habe immer gesagt, daß ich keine Garantie geben kann, wie das alles gehen wird; aber eine Garantie möchte ich geben: ich werde versuchen, daß die Ausbildungsziele, die entsprechenden Qualifikationen, die Auswahlkriterien der wissenschaftlichen Inhalte und die Vermittlungsweise definiert werden, und daß Ihre Aktionen und Reaktionen, die Entwicklung Ihrer Aufmerksamkeit und Ihrer Frageenergien nicht administrativ inhibiert werden. Sie sollen die Stereotypiebereitschaft zersetzen und das weiterentwickeln, was nach meiner Meinung an einer Universität so notwendig ist wie die fachliche Ausbildung, nämlich die Ausbildung zum kritischen Denken, zur begründeten Konfrontation. Das heißt aber, daß ich nicht meine, daß man sich gegenüber dieser Gesellschaft abschließen könnte, denn dann würde man widerstandslos, so wie die Lappen – empfindlich gegen Grippeviren. Ich glaube, man muß sich viel öfter und viel krasser zur Diskussion stellen.

dsz: Was halten Sie von dem Phänomen von Friedeburg?

Böhme: Gar nichts, weil er kein Phänomen ist. Er ist für mich eine Realität!

dsz: Friedeburg war ja früher in Frankfurt und hat mit Leuten wie Habermas, Horkheimer, Adorno zusammengearbeitet.



Böhme: Da bin ich also, muß ich ehrlich sagen, überfragt, weil ich die Arbeiten von Friedeburgs nicht so gut kenne. Eines muß ich nun allerdings sagen: Er stellte sich erstaunlicherweise dann doch praktischer Tätigkeit. Das ist für mich der wesentliche Unterschied, er geht nicht an den Starnberger See (wie Habermas, d. Red.), sondern er macht den Kultusminister.

dsz: Er stellt sich wohl praktischer Tätigkeit, aber die praktische Tätigkeit widerspricht seiner eigenen Theorie.

Böhme: Das weiß ich nicht, aber ich könnte mir dies vorstellen, daß Sie das so sehen. Aber wenn wir der Theorie der ökonomisch-gesellschaftlichen Abhängigkeiten einigermaßen Tragkraft zubilligen, dann können wir nicht vom einzelnen Individuum plötzlich ein übermenschliches Maß erwarten, daß er kraft seiner theoretischen Einsichten diese Verhältnisse ändern könnte. Da bitte ich doch, von diesen Erkenntnissen auszugehen und die Bedingtheit von individuellem Wollen und den existentiellen Möglichkeiten innerhalb gesellschaftlich-ökonomischer Bezüge zu beachten.

dsz: Das, was Sie eben über Friedeburg sagten, übertragen auf die Hochschule,

entspricht dann dem, was Sie von Ihrer Stellung als Präsident denken?

Böhme: Nein; ich würde meinen, ich habe nur noch weit weniger die Chance, mich über die ökonomischen Bedingungen hinwegzusetzen. Wenn ich überhaupt ein Ziel erreichen kann, dann ist es dies, was ich mal mit Transparenz angesprochen habe. Mehr ist nämlich hier momentan nicht zu leisten. Denn ich bin mir sehr klar der Bedingungen bewußt, unter denen hier gearbeitet werden kann und vor allem unter denen ich auch zu arbeiten habe. Erst wenn ich klar erkennen kann, wie meine Position hier ist, in diesem Geflecht von Tradition und möglicher, oder besser, verordneter Reform, habe ich eine Chance, überhaupt etwas zu tun. Sonst würde ich selber manipuliert und krähe rum, daß ich theoretisch gesehen der Obermoltz sei, ohne überhaupt eine Funktion zu haben, als eventuell zu reisen. Da macht mich das Verwaltungsrecht kaputt, ehe ich überhaupt anfangen kann. Denn die Tradition des römischen Rechts, die alma mater politica, die zu überwinden ein hartes Geschäft ist, kann nur gelingen, wenn andere Bewußtseinsinhalte akzeptiert werden als jetzt. Schauen Sie sich andere Hoch-

schulen an. Zum Teil ist deren Hauptgeschäft, sich nur mit der römischen Tradition unserer Gerichte herumschlagen zu müssen. Un dös will i net! Darum bin ich bestrebt, daß diejenigen Initiativen, die von der Basis kommen, auch die Chance haben, durchgesetzt zu werden und nicht scheitern. Denn sonst wäre der gesamte Aufwand an Zeit, das gesamte Engagement, ohne das eine Hochschule ihre Autonomie nicht ausüben kann, beim Teufel.

dsz: Aber schwierig wird es dann, wenn von außerhalb der Hochschule Zwänge ausgeübt werden.

Böhme: Ich bin natürlich zum Beispiel bei diesen Dingen, wo Zwänge von außerhalb in die Universität eingreifen, wesentlich auf eine klare Information seitens der Fachbereiche, seitens der Gruppen und Arbeitsgruppierungen angewiesen. Wenn ich diese Information erhalte, habe ich die Möglichkeit, auf verschiedenen Ebenen diese Zwänge zu relativieren. Aber hier kann ich ebenso wenig wie bei anderen Sujets auch einen Alleingang machen, sondern werde versuchen, einen Konsensus zu finden, sei es in den Ständigen Ausschüssen, dem Senat, dem Konvent oder mit den Fachbereichen.

dsz: Und wenn das Kultusministerium auf Sie einwirkt?

Böhme: Dann wird es außerordentlich schwierig, ohne Zweifel, denn die Verbindung mit dem Kultusministerium wird bei allen Auseinandersetzungen notwendig bleiben. Wir haben unsere Autonomie für Lernende, Lehrende und Bedienstete zu wahren, aber wir wollen uns über die Garantierung dieser Autonomie nichts vormachen. Zweierlei wird – so meine ich – bei Repressionen von staatlicher Seite allerdings zu beachten sein: 1. die unmittelbare Reaktion und 2. die grundsätzliche Begründung einer Politik der Hochschulautonomie. Im ersten Fall wird es darauf ankommen, welche Berater man hat, da die Sprache des Kultusministeriums in diesem Bereich natürlich vornehmlich die juristische ist. Das Parieren auf solche Aktivitäten, glaube ich, ist mittlerweile gelernt worden, da kann ich auf Erfahrungen aufbauen. Sie politisch abzuwehren wird allerdings bedeutend schwieriger sein. Die Autonomie dieser Hochschule, für mich das Zentrum meiner Überlegungen überhaupt, kann ich nur dann wahren, wenn innerhalb der Hochschule ein gewisses Maß an Be-

reitschaft da ist mitzuarbeiten, wobei der Rahmen, innerhalb dessen man sich verständigenden kann, von der politischen Willensbildung innerhalb der Hochschule abhängt. Wenn dies nicht der Fall ist, könnte ich gleichsam wie eine Laus zwischen den beiden Steinen: extreme Gruppenbildung in der Hochschule und Kultusministerium, zerquetscht werden. Dann habe ich keinerlei Chance mehr. Deswegen ist natürlich mein Interesse, etwas mehr Konstitutives im Konvent zu haben und in den Gruppierungen.

dsz: Welche Möglichkeiten sehen Sie, der Bildung Ständiger Betriebseinheiten, wie sie nach dem HUG ja leider doch möglich sind, entgegenzuwirken?

Böhme: Auch hier – ich glaube, ich habe das in meinem allerersten Interview mit dem Darmstädter Echo, wo ich gegen Herzogtümer auftrat, deutlich gesagt – auch hier wird es nicht von heute auf morgen möglich sein, eingefahrene Traditionen aufzuheben. Wir haben erstens kein Geld, weniger Geld, als wir hofften zu haben; zweitens müssen wir die Personalstruktur durchführen, ohne daß sichergestellt ist, wie die Lehre fortgeführt werden kann, da auch hier kein Geld da ist; drittens müssen wir überhaupt die Organisation der neuen Gremien vorbereiten, die Fachbereiche haben und das auch noch weitgehend ohne mehr Geld und ohne die Stellen, die die TH angemeldet hat. Erst dann ergibt sich viertens die Möglichkeit, die entscheidende Möglichkeit, und zwar über die Verteilung der Mittel – das Geld! – die alten Einheiten überzuführen. Überhaupt scheint mir der einzige Weg, die neuen Organisationen überhaupt ernsthaft anstreben zu wollen, im wesentlichen nur über die global dem Fachbereich zugewiesenen Mittel und Stellen zu laufen. Das ist die einzige Möglichkeit, die ich momentan sehe; und dann natürlich auch der Versuch, daß sich doch gewisse Vorbilder ergeben. Ich weiß natürlich, daß diese Vorbilder momentan keine besonders guten Auswirkungen, besonders in den technischen Fakultäten, haben können, aber irgendwo müssen wir anfangen, und für mich sind alle Überlegungen bereits ein Hoffnungsschimmer. Zum Beispiel bei den Architekten: Da sammeln sich jetzt schon Gruppierungen, die also keinen eigenen Assistenten, die keine eigene Sekretärin mehr haben, sondern eine organisatorische Einheit, die sich ganz bestimmten Ausbildungsaufgaben verpflichtet weiß.

dsz: Von den Architekten zu den Maschinenbauern ist leider immer noch ein großer Schritt.

Böhme: Ein großer Schritt, ja.

dsz: Dort wird es also wahrscheinlich sehr viel schwerer werden.

Böhme: Ja, möglicherweise. Hier, das habe ich immer wieder gesagt, liegt natürlich meine Hoffnung trotz allem auf zwei Dingen: erstens, wir erhalten mehr Professoren, wir haben keine Assistenten mehr, das ist das eine. Daraus folgt weiter, daß sich ganz neue Konkurrenzmöglichkeiten ergeben, und ich glaube kaum, daß ein Lehrstuhl so fortfahren kann mit der Mittelverteilung, der Mittelbestimmung, wie seither. Denn die H4-Professur ist eine H4-Professur, und sie ist nicht mehr und nicht weniger wert und der H4-Professor hat keine Befehlsgewalt und keine Weisungsbefugnis gegenüber den H3- oder den H2-Professoren, sondern die Entscheidungsbefugnis wird die Fachbereichskonferenz haben. Es ist dies nur eine Hoffnung, auf diesem Weg dem Gesetz entsprechen zu können, denn wenn die Fachbereichskonferenz, wo auch Studenten und Assistenten drin sind, der Meinung ist, daß die alten Lehrstühle als neue Betriebseinheiten erhalten bleiben, glauben Sie, daß der Präsident dann große Chancen hat, das zu ändern?

dsz: Die Zusammensetzung der Fachbereichskonferenzen läßt allerdings nicht allzuviel Gutes erhoffen.

Böhme: Daran kann ich arbeiten in einer Novellierung. Aber bislang werde ich mich hüten, an dieses Gesetz zu rühren, das ich nicht voll unterstütze, dessen Grenzen ich kenne. Ich muß ja mit ihm arbeiten und versuchen, es ein bisschen mit Leben zu füllen. Ich bitte Sie, die Zeichen zu sehen, was los ist. Wenn ich weiß, wir würden eine positive Novellierung erreichen können, dann ja, ich werde mich bemühen. Aber wenn man, verstehen Sie, einen Pfropfen irgendwo rauszieht und man weiß nicht, kommt's vielleicht ganz anders, als ich es erwartet habe, dann laß ich lieber den Pfropfen vorläufig drin.

dsz: Sie fürchten, es könnte Essig statt Wein rauskommen.

Böhme: Ja.

dsz: Wir danken Ihnen für das Gespräch, Herr Böhme.

Die publizistische Verfolgung eines Universitätspräsidenten unter der Leitung des Prof. Dr. Rohmert



Die Wahl Helmut Böhmes zum Präsidenten der TH Darmstadt erfolgte am 17. 2. 1971 mit 46 Ja- und 43 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Wie groß der Schreck in den Reihen der Reaktion war, die sich eine gute Chance für ihren Kandidaten Krupp ausgerechnet hatte (48:42 für Krupp), ist an einer Zuschrift Prof. Dr.-Ing. Walter Rohmerts an das „Darmstädter Echo“ abzulesen. Das „Darmstädter Echo“ veröffentlichte diese Zuschrift am 25. 2. 1971 in ihrem redaktionellen Teil unter dem Titel „Ein Pyrrhus-Sieg gegen die Professoren“. Rohmert, Arbeitswissenschaftler an der TH, ehemals Prorektor unter dem Rektor Schulz, Normenkontroll- und Verfassungskläger, derzeit Mitglied der Liste Schultz im Konvent, noch kommissarischer Vorsitzender des Hauptförderungsausschusses, stellt in seiner Zuschrift mit unglaublicher Giftigkeit seine Ansichten zur Wahl und zur Person Böhmes dar. Ein Kommentar erübrigt sich. Da der Artikel im „Darmstädter Echo“ zu einer Zeit erschien, als die Mehrzahl der Studenten wegen der Semesterferien nicht in Darmstadt weilte, druckt die dsz dieses recht denkwürdige Produkt hiesiger Reaktionen ab und wünscht recht viel Spaß beim Lesen:

„Die Wahl zum Präsidenten der THD am 17. Februar verdeutlicht instruktiv die Wirkungsweise einer politisierten Organstruktur der Wissenschaftlichen Hochschule: Der aus 27 Hochschullehrern, 27 wissenschaftlichen Mitarbeitern, 27 Studenten und 9 nichtwissenschaftlichen Bediensteten zusammengesetzte Konvent wählte mit knaptester Mehrheit (46 von 90 Stimmen) den Historiker Prof. Dr. phil. Helmut Böhme zum Präsidenten der Technischen Hochschule. Der von einer breiten Mehrheit der Assistenten und Professoren gestützte Gegenkandidat, der Frankfurter Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp (an der THD diplomierter, promovierter und für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie habilitierter Wirtschaftsingenieur), bekam 44 Stimmen im ersten Wahlgang. Böhme war bereits während der Wahlen zum Konvent von einer Hochschullehrerliste (angeführt vom ehemaligen Staatskommissar Guther) im Einvernehmen mit marxistisch-leninistischen und Basisgruppen-Studenten als Präsidenschaftskandidat propagiert, alsdann auch von weiteren studentischen Gruppierungen und einer Minderheitsgruppe der Assistenten auf den Schild gehoben worden. Die Haltung der Darmstädter Hochschullehrer zu der eindeutigen Konfrontation war ebenso eindeutig; das Ergebnis der Konventswahl der Gruppe der Hochschullehrer läßt keine Fehlinterpretation zu: Mehr als 82 Prozent wählten für den Konvent Kandidaten der beiden Listen, die von Prof. Dr. jur. Dietrich Schultz (letzter rechtmäßig gewählter Rektor der TH und entschiedener Gegner der Indoktrination und Politisierung von Wissenschaft und Hochschule, Mitinitiator der Godesberger Rektorenerklärung zur Hochschulreform vom 6. 1. 1968) und von Prof. Dr.-Ing. Helmut Weigler (wie Schultz Promotor realer Maßnahmen konkreter Hochschulreform, Mitglied des Verwaltungsrats der Technischen Hochschule und des Präsidiums der Hochschullehrerversammlung der TH) angeführt wurden. Sie erhielten 23 — die Liste „Guther u. a.“ nur 4 — der insgesamt 27 Hochschullehrersitze und erteilten der Kandidatur Böhme eine eindeutige Absage. Ähnlich, wenn auch nicht so überdeutlich, war es bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern: die klare Mehrheit der Konventsmitglieder auch dieser Gruppe suchte und unterstützte eine Alternative zu Böhme, eben den bereits erwähnten Frankfurter Professor Krupp. Mit einer Stimme Mehrheit siegten im Konvent nun die Propagandisten der Kollisionspolitik: Der Anti-Professoren-Präsident

wurde etabliert. Daß Böhme den Professorentitel führt, ist für die Beurteilung der Sachlage ebensowenig von Belang wie der Umstand, daß im Konvent maximal vier Professoren für ihn gestimmt haben dürften. Bei diesen handelt es sich im wesentlichen um Vertreter derselben ideologisch geprägten, auf progressivistisches Image bedachten Mini-Gruppe, die schon einmal — im Sommersemester 1969 — versuchte, im Bündnis mit radikalen studentischen und assistentischen Aktivisten das Steuer der Hochschule an sich zu reißen und sie nach ihren Vorstellungen umzufunktionieren. Das seinerzeitige „Reform“-Resultat: nahezu totaler Zusammenbruch der Hochschulselbstverwaltung, sowie Stagnation und Verfall der zuvor in konkreten Schritten vorangetriebenen kontinuierlichen Studienreform und realen Verbesserung der Situation der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Jener Versuch ist gescheitert, seine Auswirkungen aber sind längst nicht überwunden. Offenbar unfähig oder nicht willens, daraus Lehren zu ziehen, vollzieht man aufs Neue eine Inthronisierung des höchsten Amtsträgers der Hochschule, die erklärtermaßen gegen die Hochschullehrer erzwungen und gerichtet ist. Was kann eine Hochschule bei dieser Sachlage eigentlich von ihren Professoren noch erwarten? Abgesehen davon, daß der Sieg der kollisionsbeflissenen Gruppen sich als Pyrrhusieg erweisen wird, die schwerwiegenden Folgen dieses Trauerspiels haben letztlich nicht die Akteure, auch nicht so sehr die Hochschullehrer, sondern die Allgemeinheit und jedermann in unserem Land auszubaden.“

Wirtschaft und Wissenschaft

Nicht nur die Neuorganisierung der bestehenden vier hessischen Universitäten in Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt steht auf dem Programm des Landes (siehe Artikel zur Fachbereichseinteilung, ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheiten und Personalstruktur), sondern auch die Eröffnung einer neuen Universität zum Wintersemester 1971/72 in Kassel. Dort soll zum ersten Mal das Projekt einer integrierten Gesamthochschule verwirklicht werden – einer Universität mit differenzierten Abschlüssen. Zu dem Zweck sollen die in Kassel bestehenden Ingenieurschulen und dazu gleichwertige Bildungseinrichtungen in die Gesamthochschule eingefügt werden. (Wir berichteten darüber bereits in der dsz Nr. 113/114 vom Juli 1970): „Neue Uni – alles beim Alten. Industrie plant die Gesamthochschule Kassel.“)

Das Land Hessen hatte ursprünglich kein sonderliches Interesse an einer Neugründung. Zum Promotor einer Universität Kassel machte sich die nordhessische Industrie, die sich durch bessere Einwirkung in die Ausbildungsmöglichkeiten eine bessere eigene Entwicklungschance erhoffte.

Dabei dachte sie an die Gründung einer Stiftungsuniversität, also an eine durch private Gelder, das heißt durch Gelder der Industrie, finanzierte Hochschule. Die Forderung nach einer derartigen, un-mittelbar von der Industrie gesteuerten Universität wurde seit 1968 von der Kasseler CDU, der Industrie- und Handelskammer im Verein mit dem bildungspolitischen Sprecher der CDU, Dr. Martin, erhoben. Im Jahre 1969 konstituierte sich der Arbeitskreis Universität Kassel (AUK), jüngst umgenannt in Arbeitskreis Gesamthochschule Kassel, bestehend aus Kasseler CDU- und Industriekreisen. Insbesondere seien dabei als Gründungsmitglieder die Herren Josef Rust (Wintershall AG) und Otto Braun (Präsident der Industrie- und Handelskammer [IHK] Kurhessen) erwähnt. Rust wurde Vorsitzender des Arbeitskreises.

Doch die Überlegungen des Jahres 1968, eine Stiftungsuniversität der deutschen Wirtschaft zu gründen, wurden sehr bald fallen gelassen, als man sich der für die Wirtschaft entstehenden Kosten bewußt wurde. Es setzte sich die Einsicht durch, daß es sehr viel günstiger sei, die Grundausrüstung (Gebäude etc.)

vom Staat, also von der Gesellschaft, tragen zu lassen. In den Vordergrund rückten Gedanken über Stiftungslehrstühle. Man war der Ansicht, auch relativ kleine Lehrstühle könnten die wirtschaftliche Entwicklung des Raumes Kassel im Sinne der Industrie positiv beeinflussen. Als Beispiel wurde die Bedeutung der Fachrichtung Papieringenieurwesen der TH Darmstadt für die Darmstädter Industrie angeführt. So reflektierte beispielsweise AUK-Mitglied und IHK-Präsident Otto Braun, der gleichzeitig in Melsungen Besitzer einer Fabrik für medizinisch-technisches Gerät ist, darauf, für sich selbst einen Lehrstuhl für medizinische Technik einzurichten. Des weiteren war an Lehrstühle zur Unterstützung der nordhessischen Kautschukindustrie gedacht.

Aber auch diese Überlegungen wurden im Zuge der Entwicklung zur konkreten Planung in Kassel fallen gelassen. Stiftungslehrstühle sind nicht rentabel für die Industrie. Die für sie günstigste Einflußnahme auf den universitären Bereich erfolgt immer noch über die Auftragsforschung. Auf diese Art und Weise werden die hauptsächlichsten Kosten für die Forschung (Unterhaltung der Forschungseinrichtungen) vom Staat, also von der Gesellschaft, getragen, während die profitablen Ergebnisse in die Hände der privaten Industrie fallen.

Mittlerweile sind die Planungen für Kassel in eine konkrete Phase getreten. Die Berufungskommissionen arbeiten bereits. Zu Beginn des Jahres interviewte Gerd Mangel (SHB), ehemaliger Marburger AStA-Vorsitzender und derzeit u. a. studentisches Mitglied des vom Kultusminister berufenen Gründungsbeirates für die Gesamthochschule Kassel, den Vorsitzenden des AUK, Josef Rust von der Winterhall AG. Übrigens hat der AUK seine Geschäftsstelle bei derselben Firma. Bis zum Erscheinen des Interviews in den „Marburger Blättern“ (Marburger Studentenzeitung) samt eines Lebenslaufes des Herrn Rust, war dieser wie Mangel Mitglied des Gründungsbeirates. Nach den Veröffentlichungen trat Rust von diesem Posten zurück; Vorsitzender des AUK ist er immer noch.

Die dsz druckt an dieser Stelle das Interview und den Lebenslauf des „Universitätsgründers“ Josef Rust ab:

Interview

mb.: Herr Dr. Rust, Sie sind ein Vertreter der Kasseler Wirtschaft, Sie sind zumindest hier bei der Wintershall A.G. Vorstandsvorsitzender. . .

Rust: Jetzt Vorsitzender des Aufsichtsrats. . .

mb.: Vorsitzender des Aufsichtsrats bei Wintershall, Sie sind gleichzeitig Vorsitzender des ‚Arbeitskreises Universität Kassel‘. Was hat Sie dazu bewogen, als Mann der Wirtschaft sich in hochschulpolitischen Fragen zu engagieren?

Rust: Schon vor Jahr und Tag habe ich aus Anlaß einer Tagung in Bad Hersfeld auf die Notwendigkeit hingewiesen, von der Wirtschaft her in den Bereichen der Hochschulpolitik aktiv mitzuwirken und zwar aus folgendem Grunde: Die Wirtschaft von heute hat an das Morgen und an das Übermorgen zu denken. Sie wissen, wie die Wirtschaft heute mehr denn je in die Technologie und in die Wissenschaft eingebettet ist, und da muß es ein Anliegen sein, gerade diese Grundlagen im wissenschaftlichen Bereich für die Zukunft zu festigen, zu stärken und zu verbreitern, damit auf dieser Basis eine gesunde aktuelle Wirtschaft sich auch in den späteren Zeiten entwickeln kann. Ja, ich möchte sagen, um für spätere Zeiten unser wirtschaftliches Leben absichern zu können gegenüber den Anforderungen des zukünftigen Umweltgeschehens.

mb.: Herr Dr. Rust, Sie sprechen einen Bereich an: den Komplex Notwendigkeiten zu Bildungsinvestitionen, um z.B. ein Wirtschaftswachstum zu garantieren, Wirtschaftswachstum mit allen seinen, auch sozialen, Konsequenzen. In einer der letzten Nummern des ‚Arbeitgebers‘ stand in einem Aufsatz über Bildungsforschung, daß jetzt in der Bildungspolitik der Übergang von einer reaktiven zu einer aktiven Phase gekommen sei. Was sind, Ihrer Meinung nach, die Ursachen dafür?

Rust: Man hat inzwischen erkannt, auch aus dem Geschehen der übrigen Welt, wie entscheidend es ist, aktiv an dem Ausbau der Wissenschaft, sowohl nach dem Umfang wie auch nach der Art hin mitzuwirken. Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, daß der Staat, die Institutionen des staatlichen Lebens von sich aus im alten Trott ihre Bildungspolitik fortsetzen, so wie sie es in den früheren Jahrzehnten und in den früheren Zeiten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik getan haben. Dies würde

einfach den ständig steigenden Anforderungen im wirtschaftlichen Leben nicht mehr für die Zukunft genügen.

mb.: Der Bildungsbericht der Bundesregierung spricht in diesem Zusammenhang davon, daß die ‚antiplanerischen Affekte‘, die bis in die Mitte der sechziger Jahre vorgeherrscht hätten, nun allmählich überwunden würden. Die Mitte der sechziger Jahre ist zumindest im Wirtschaftsablauf der Bundesrepublik ein markantes Datum, die erste große, oder größere Rezession. Führen Sie die Aktivitäten im bildungspolitischen Bereich die danach erfolgen, auf Konsequenzen zurück, die sich aus dieser wirtschaftlichen Entwicklung ergeben haben?

Rust: Sicher ist das der Fall. Für die Wirtschaft, so komisch das klingen mag, war die Zeit des Aufbaus verhältnismäßig leicht. Alle Mann wurden zur Mitarbeit aufgerufen. Es ging zunächst einmal darum, die Grundlagen, die faktischen Grundlagen für eine Wirtschaft überhaupt nach den furchtbaren Zerstörungen und Konsequenzen der ersten Nachkriegszeit zu schaffen. Diese Phase der Wirtschaft liegt hinter uns, und wir bewegen uns nun in der zweiten Phase, wo es darum geht, im Wettbewerb der Weltwirtschaft zu bestehen, um das Geschaffene nun fortzuentwickeln und zu festigen. Da stoßen wir eben an die Grenzen der Vergangenheit, die Grenzen, die uns zum Teil die großen Lücken in der wirtschaftlichen Fortentwicklung, in der wissenschaftlichen Fortentwicklung aus dem sogenannten Dritten Reich und vor allem aus der Kriegs- und ersten Kriegsnachfolgezeit beschert haben. Es gilt, die Lücken zu schließen, um dann, auf einer lückenlosen Basis, Schritt zu halten mit den großen Entwicklungen technischer, wissenschaftlicher Art in den großen Bereichen der Welt; ich denke an die USA, und denke auch dabei an den sogenannten Ostblock.

mb.: Wenn man jetzt von Bildungsinvestitionen spricht, und sie in diesem Zusammenhang, im Zusammenhang mit der Entwicklung von Technologien, einführt, so ist hier vielleicht eine Gewichtung möglich: Auf der einen Seite besteht ein akuter Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften auf der Arbeitsmarkt, woran sich etwa Bildungsinvestitionen orientieren können; auf der anderen Seite braucht man bestimmte Ergebnisse der Forschung, die auch umsetzbar sind in eine industrielle Produktion im Zu-

sammenhang mit der Entwicklung von Technologien. Wie würden Sie jetzt diese beiden Komplexe gewichten, wenn man jetzt die bildungspolitischen Maßnahmen im Auge hat?

Rust: Ich will es einmal so formulieren: Die Investitionspolitik eines Unternehmens ist das A und O der wirtschaftlichen, planerischen Tätigkeit für die Zukunft. Diese Investitionspolitik habe ich, solange ich in der Wirtschaft bin, — Sie wissen, ich habe erst '59 die Verwaltung verlassen — diese Investitionspolitik habe ich immer in zwei große Bereiche eingeteilt: einmal in den Bereich der Sachinvestitionen und dann in den Bereich der personellen Investitionen. Vielleicht ist diese Einteilung nicht so allgemein gebräuchlich, wie es faktisch aber auch seit eh und je gehandhabt werden mußte. Aber es ist eben deutlicher geworden aus der Zeit, die wir, wie wir es eben sagten, jetzt angetreten haben, wo eben größere Anforderungen gestellt werden an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und wo die personellen Situationen schlechthin schwieriger geworden sind. Und in diesen personellen Investitionen sehe ich die Schaffung eines wissenschaftlich hochgebildeten und modern gebildeten Nachwuchses, den wir mit der Grunderfahrung, der wissenschaftlichen Grundausbildung im wirtschaftlichen Geschehen übernehmen und den wir dann spezifisch aus den praktischen und faktischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten weiterbilden, bis sie dann eines Tages — hoffentlich recht bald — unsere Nachfolge, die Nachfolge der älteren Generation in der Wirtschaft antreten können. Wie gesagt, Voraussetzung für die Fortbildung innerhalb der Wirtschaft ist ein großes Reservoir wissenschaftlich Vorgebildeter, und diese wissenschaftliche Vorbildung, die bis zu einem gewissen Grad hin auch schon in die Praxis reinreicht, können nur die allgemeinen wissenschaftlichen Institutionen schaffen. Das wäre niemals Aufgabe oder auch nur Möglichkeit der Industrie oder Industriesparten schlechthin. Das wäre falsch unter dem Gesichtspunkt einer zu spezifischen Ausbildung; das wäre falsch unter dem Gesichtspunkt, daß eine Reihe von Unternehmen dazu gar nicht in der Lage wären oder eine Reihe von Unternehmensbereichen; das wäre auch falsch, wenn ich das Wort einmal gebrauchen darf, unter dem Gesichtspunkt der arbeitsteiligen Wirt-

schaft und Aufgabenverteilung schlechthin.

mb.: Könnte die Situation eintreten, wenn man nicht sieht, daß Rationalisierungsmaßnahmen auch Veränderungen der Qualifikationsstruktur innerhalb eines Betriebes beinhalten können, könnte dann die Situation eintreten, wo unter Umständen weitere Rationalisierungsmaßnahmen deshalb nicht möglich sind, weil nicht genügend Kapital zur Verfügung stünde, sondern deshalb nicht möglich sind, weil die dafür notwendigen Arbeitskräfte fehlen?

Rust: Zweifellos ist das zu bejahen. Wir werden in den nächsten Jahren eine gewisse Sorge haben mit der Bereitstellung der nötigen Kapitalien für die uns notwendig erscheinenden Investitionen zur Sicherung und Absicherung der Zukunft. Aber ich sagte schon eben im Nebensatz, wir stoßen schon heute an die Grenzen der personellen Möglichkeiten, und die sind nicht von heute auf morgen zu beseitigen, das wissen Sie. Um die zu beseitigen, bedarf es einer langfristigen und lang andauernden Ausbildung, Weiterbildung und so weiter und so fort. Dort sind heute echt schon der deutschen Wirtschaft starke Grenzen gesetzt, heute, und das gilt sicher noch für morgen und übermorgen.

mb.: Die Tendenzen der Bildungspolitik, die Haupttendenzen gehen ja davon aus, die etwas ins Kraut geschossenen, vielfältigen Bildungsinstitutionen, sowohl auf dem allgemeinbildenden wie auf dem beruflichen Bildungssektor, zusammenzufassen in ein zweigliedriges Bildungssystem — Stichwort: Gesamtschule, Gesamthochschule. Sehen Sie Zusammenhänge zwischen dem Qualifikationsbedarf, der sich in dieser Gesellschaft stellt, und der Diskussion, die vielfältigen Institutionen zusammenzufassen, bestimmte institutionelle Schranken und Filter, die Ausbildung zu bestimmten Qualifikationen verhindern, abzubauen? Sehen Sie einen direkten Zusammenhang zwischen dem Bedarf an Qualifikationen und dieser Diskussion, oder ist das eine Diskussion unter anderen?

Rust: Nein, ich sehe einen Zusammenhang darin. Sie wissen, daß wir in der Wirtschaft schon lange den Weg gegangen sind, den wir jetzt im Bildungsbereich gehen wollen und auch gehen müssen. Wir haben die Laufbahnen und Zusammenhänge im wirtschaftlichen Ablauf viel uniformer, viel transparenter,

d. h. viel durchlässiger von oben... , von unten nach oben gemacht, als das in früheren Zeiten der Fall war. Ein Gebiet, das wir kurz zusammengefaßt mit den Fusionen bezeichnen, gehört zweifellos hierzu, denn die Durchlässigkeit im Zuge dieser großen Fusionen geht auch durch die einzelnen Unternehmungen und Branchen hindurch. Was wir in der Wirtschaft machen, nämlich die Dinge uniformer zu gestalten nach dem personellen Ablauf wie nach dem Sachablauf, das sollte man auch in den übrigen Lebensbereichen, also auch im Wissenschafts- und Bildungsbereich machen. Dort die vielen Abschnitte getrennt voneinander, nebeneinander zu erhalten, wie das in der Vergangenheit war, wäre, nach meiner Auffassung, nicht rationell und beeinträchtigt die Überschaubarkeit der ganzen Lage. Ich bin im Grunde ein Anhänger dieser Entwicklung, Gesamtschule, Gesamthochschule. Wie die Dinge sich im einzelnen gestalten, das kann man nicht planerisch am Grünen Tisch festlegen, kann man ebensowenig in diesem Bereich, wie wir es in der Wirtschaft konnten. Da bedarf es einer sehr sorgfältigen Entwicklung im praktischen Leben und einer sehr sorgfältigen Beobachtung, welche Ergebnisse diese Neuordnung in den nächsten Jahren und im nächsten Jahrzehnt — das ist sicher eine Entwicklung, die sich über Jahrzehnte hin erstreckt — welche Ergebnisse diese Neuordnung haben. Im Prinzip ist die Schaffung dieser Systeme absolut richtig.

mb.: Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften stellt sich in den verschiedenen Bereichen sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite spricht man sehr stark von einem Bedarf etwa an Ingenieuren, an Technikern, auf der anderen Seite gibt es auch das Wort vom ‚akademischen Proletariat‘, was charakterisieren soll, daß zu große Kapazitäten in bestimmten Bereichen der Hochschule zu groß ausgelegt worden sind, während andere zu gering ausgelegt worden sind. Bietet da eine neue Gesamthochschule auch neue Möglichkeiten?

Rust: Ich glaube ja, weil man bei diesem stark vereinheitlichten und einheitlichen Bildungsgang die Weichen für die spezifischen Richtungen, in denen eine ausgesprochene, wenn ich hier den Ausdruck gebrauchen darf, Unterversorgung besteht, weil man dort die Weichen auch in einem späteren Ablauf des Studiums an Gesamthochschulen und Gesamtschulen noch stellen kann, während nach unserem bisherigen System die

Lebenslauf eines Universitätsgründers

Josef Rust, geboren 1907, studierte nach seiner Schulzeit in Veogesack in Göttingen, München und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften, legte 1929 am Oberlandesgericht in Celle die erste juristische Staatsprüfung ab und promovierte 1930 in Göttingen mit dem Thema: „Die im Handelsregister einzutragenden Tatsachen und ihr Wirkungsbereich nach § 15 des HGB.“ In der nationalsozialistischen Ministerialbürokratie avancierte Rust 1940 zum Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, wurde Oberkriegsverwaltungsrat, Gruppenleiter des Wirtschaftsstabes Ost und schließlich Referatsleiter im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete.

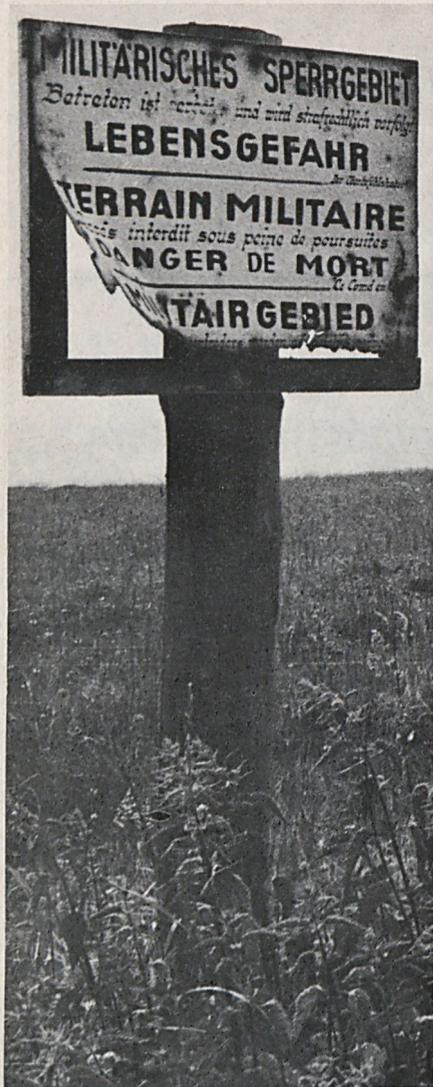
Nach kurzem Aufenthalt auf dem Lande legt Rust 1948 als Oberregierungsrat im niedersächsischen Finanzministerium den Grundstein für seine zweite Karriere. 1949 holte ihn Adenauer als Ministerialrat ins Bundeskanzleramt; Rust wird Leiter des persönlichen Kanzlerbüros. Als enger Vertrauter von Adenauer und Globke wechselt er 1952 unter Übersprung der Position eines Ministerialdirigenten als Ministerialdirektor in das Bundeswirtschaftsministerium und zeichnet sich hier durch seine engen Verbindungen zum Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) aus, was letzterem nach dem Beschluß über die Wiederaufrüstung bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen an westdeutsche Firmen zugute kommt. Vom Leiter der Montan-Abteilung im Bundeswirtschaftsministerium wechselt Rust 1955 auf den Staatssekretärsessel im Bundesverteidigungsministerium. Seine Chefs zunächst Blank und dann Strauß. Bei der Affäre um die Firma Klöckner & Co. und das Schützenpanzer-Geschäft engagiert sich Rust für seine Freunde, die Rüstungslobbyisten, vor dem zuständigen Bundestagsausschuß. Auf sein Anraten wechselt 1957 der damalige Bonner Repräsentant der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz AG als Brigadegeneral und Unterabteilungs-

leiter für Logistik in den Führungsstab der Bundeswehr — sein Name ist Schnez, der später noch Schlagzeilen machen sollte. Der Auftrag an den Schweizer Rüstungskonzern Hispano-Suiza über den Bau des Schützenpanzers HS 30 trägt Rusts Unterschrift. Gutachten über den HS 30 werden erst nachträglich von den Vertretern der Firmen Hanomag und Henschel eingeholt, die ihrerseits zuvor mit Hispano-Suiza einig geworden waren, den HS 30 in Lizenz zu bauen. Dekoriert mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband scheidet Rust 1959 aus dem Staatsdienst aus und beginnt seine dritte Karriere in der Wirtschaft.

Rust wird Vorsitzender des Vorstandes des Kalikonzerns Wintershall AG in Kassel, der Burbach-Kaliwerke AG, der Kali-Bank AG. Er übernimmt den Vorstand des CDU-Wirtschaftsrats und nimmt zahlreiche Aufsichtsratsposten ein, u. a. bei dem Elektrokonzern Brown, Boveri & Ci. (BBC). 1966 übernimmt er den Aufsichtsratsvorsitz bei VW und managt den Nordhoff-Nachfolger Lotz. Auf der Basis seiner einträglichen Tätigkeit als Wirtschaftsboß lehnt Rust 1963 die Offerte Adenauers ab, der ihm die Nachfolge Erhards im Bonner Wirtschaftsministerium anträgt. Als Erhard 1966 seinen Nachfolger Westrick als Kanzleramts-Chef sucht, geht es ihm nicht besser.

Die Verbindung zur Universität hat das Mitglied des „Cartellverbandes der Katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV)“, Rust, solange gesucht und gefunden. Er ist Mitglied des Universitätsbundes Marburg und im Vorstand des Universitätsbundes Göttingen. Seit 1969 ist Rust Vorsitzender des „Arbeitskreises Universität Kassel“, dessen Geschäftsstelle bei der Wintershall AG angesiedelt wird. Seit November 1970 ist Rust außerdem Mitglied in dem vom Kultusminister berufenen Gründungsbeirat der Gesamthochschule Kassel.

Aus: marburger blätter 1/71



Universitätsbauplatz Kassel:
Übungsgelände für Studenten

endgültige Weichenstellung für die Berufsrichtung, nach meiner Auffassung viel früher lag und damit zu gewissen Festlegungen führte für eine spätere Berufswahl, die, wenn die Ausbildung zu Ende ist, unter Umständen unter dem Gesichtspunkt, den Sie erwähnten, eine falsche oder unzumutbare gewesen wäre.

mb.: Im Zusammenhang mit der Gesamthochschuldiskussion und im Zusammenhang mit dem Hochschulrahmengesetz, dem geplanten Hochschulrahmengesetz des Bundes ist ja davon die Rede, daß man zu Kurz-, Lang- und Aufbaustudien kommen sollte, wobei da eine gewisse Differenzierung in den Abschlüssen eintreten soll. Wie sehen Sie diese Tendenz wiederum im Zusammenhang mit einer akuten Notwendigkeit zur Bedarfsdeckung?

Rust: Sie wissen, daß es in der Industrie heute viel mehr üblich geworden ist, als es früher der Fall war, daß wir unsere

jüngeren Mitarbeiter nachträglich in dieser oder jener Richtung wieder zur Schulung ermuntern oder auch zur Weiterbildung freigeben um sie später wieder ihren Platz, dann allerdings an anderer Stelle, einnehmen zu lassen. Wenn wir jetzt dieses System im Bildungslauf schaffen, dann möchte ich meinen, daß es uns möglich sei, Männer, die eine Zeitlang in der Praxis waren, noch verhältnismäßig jung an Jahren und damit noch von verhältnismäßiger Elastizität sind, in die nächste Aufbaustufe hineinzugeben, um dann nach einer gewissen praktischen Arbeit die auch wissenschaftliche Aufbauphase fortzusetzen. Insofern kann ich mir vorstellen, daß das Kommen und Gehen zur Fortentwicklung, zur wissenschaftlichen Fortbildung des einzelnen Angehörigen vereinfacht wird und erleichtert wird.

mb.: Hier in Kassel ist die erste Gesamthochschule im Aufbau begriffen. Das hat zur Folge, daß hier ein gewisser Experimentcharakter vorherrschen muß. Schwerpunkte sollen hier in Kassel sein: einmal naturwissenschaftlich-technische Disziplinen und auf der anderen Seite Lehrerbildung. Es ist in diesem Zusammenhang ja von vielfältigen Bezügen die Rede gewesen: Bedeutung einer Hochschule in der Regionalplanung, Bedeutung einer Hochschule für die regionale Wirtschaft u. ä. Was hat Kassel hier prädestiniert als Standort dieser Gesamthochschule?

Rust: Ich möchte eins vorweg sagen. Als eine Anzahl von Bürgern dieser Stadt sich entschlossen haben für die Schaffung dieser Bildungsstätte in Kassel einzutreten, war Gegenstand der Überlegungen nicht das System dieser Bildungsstätte. So nennen wir uns heute noch Arbeitskreis **Universität Kassel**. Darin sollte keine Festlegung, kein Programm sein, sondern wir haben nur angeknüpft an dem herkömmlichen Begriff, der sich nun eben einmal 'Universität' nannte. Wir werden das ändern, weil inzwischen, wie wir es eben hörten, hier die Gesamthochschule geschaffen werden soll. Ich möchte also vorweg sagen, daß wir, als wir sagten: wir müssen fördern, wir müssen helfen, noch nicht an die Arbeit der Institution dachten. Das zu entscheiden, mitzuentcheiden, dazu Stellung zu nehmen war in dieser ersten Phase der Vorüberlegungen und der Initiative nicht unsere Aufgabe und unser Anliegen. Diese Überlegungen sind dort geboren, wo die

eigentliche Zuständigkeit liegt, nämlich in den zuständigen Verwaltungsdienststellen, an den Universitäten usw. Wir haben uns dann nur diese Überlegungen zu eigen gemacht, haben dies Prinzip anerkannt und wir sind heute der Meinung, das haben ja unsere Diskussionen, die vorweg gingen, ergeben, daß dieses System richtig ist. Sie gebrauchen selbst das Wort 'Experimentieren', in der Tat muß nun zu Anfang einmal in Kauf genommen werden, daß wir in weiten Bereichen, nachdem die Grundlinie und die Grundsätze festliegen, echt experimentieren müssen. Wir müssen nun, wie ich es eben nannte, wir müssen in den nächsten Jahren nun Erfahrungen sammeln, welches System in dieser neuen Anlage praktisch das zweckmäßigste in seiner Endgestaltung ist. Das wäre die Stellungnahme, die ich Ihnen nur geben kann, als Repräsentant des Arbeitskreises — heute noch 'Universität', demnächst umbenannt in Arbeitskreis 'Gesamthochschule' Kassel.

mb.: Mit dem Aufbau dieser Gesamthochschule Kassel sind ja zumindest auch Interessen der Kasseler Wirtschaft verbunden. Es wurden artikuliert vielfältige Beziehungen: Beziehungen von Forschungseinrichtungen, die hier zum Teil in einzelnen Betrieben vorhanden sind, Beziehungen von Studierenden zur Wirtschaft. Es wurde auf Parallelbeispiele, etwa Darmstadt verwiesen, wo durch bestimmte Einrichtungen an der Universität neue Wirtschaftszweige im Druckereigewerbe — entstanden sind. Sind solche Perspektiven hier auch in Kassel anvisiert worden?

Rust: Diese Perspektiven haben, ich spreche da ganz offen, verhältnismäßig wenig Gewicht, wenn ich mir die heutige Situation ansehe. Sie wissen, Kassel ist nicht ein ausgesprochenes Industriezentrum. Kassel ist gar nicht vergleichbar mit den Gebieten um Rhein-Main, dem Stuttgarter Raum oder gar dem Bereich um Essen, Düsseldorf, herum. Sie wissen, daß gerade hier die größeren Unternehmen irgendwie ihre Mütter und ihre Zentralen außerhalb von Kassel haben. Ich brauche Ihnen nur mein eigenes Unternehmen zu nennen, das heute ja seine zentrale Führung, ganz zweifellos bei aller Anerkennung unseres Eigenlebens, in Ludwigshafen am Sitz der BASF hat. Sie wissen, daß ich Vorsitzender von VW bin — wir haben hier auch nur eine Betriebsabteilung, zwar eine beachtliche mit rund 20 000

Beschäftigten — aber die Zentrale liegt in Wolfsburg. Ähnlich ist es mit der ‚Spinnfaser‘ und der AEG, und heute auch mit Henschel. Dies sollte zu Beginn kein Nachteil sein, das sollte uns nur anhalten, in engem Verbund mit der zu schaffenden Einrichtung einer Gesamthochschule gemeinsam zu überlegen, wie man sich nun gegenseitig in Theorie und Praxis, in Wissenschaft und angewandtem Wissen unterstützen kann. Ich kann mir also denken, daß umgekehrt von den einzurichtenden wissenschaftlichen Institutionen her eine Befruchtung der hiesigen Wirtschaft in der Richtung erfolgen kann, daß hier gewisse technische Laboratorien, Zentralen entstehen, um eben die gegenseitige Förderung, die gegenseitige Befruchtung zu ermöglichen und auszugestalten. Darin sehe ich für die Zukunft eine Möglichkeit. Aus der statischen Betrachtung heraus ist zur Zeit nicht allzuviel aus dem Gedanken, den Sie eben äußerten, herauszuholen.

mb.: Herr Braun, der Präsident der Industrie- und Handelskammer, hat auf einer Tagung des Arbeitskreises geäußert, daß gerade die kleinere und mittlere Industrie des nordhessischen Raumes hier ein sehr starkes Interesse hätte an einer Kasseler Universität oder Gesamthochschule, weil gerade diese Industrie nur wenig Kapazitäten hat für eigene Forschung, während das in Großbetrieben, die gerade auch in dieser Hinsicht sicherlich verbunden sind mit ihren ‚Müttern‘, etwas anders gelagert ist. Besteht ein akuter Bedarf, besteht ein spezielles Interesse der kleineren und mittleren Industrie des nordhessischen Raumes, etwa mit einem gewissen Schwerpunkt der Gummi-Industrie, hier enge Verbindung mit einer Kasseler Hochschule zu haben?

Rust: Wenn ich es rein industriell oder kommerziell betrachte, dann kann ich eigentlich nur wiederholen, was ich eben sagte: von heute her gesehen, sehe ich kein aktuelles Plus darin. Ich sehe aber für die Zukunft die positiven Akzente, insofern als ich eine gemeinsame Arbeit in einem gemeinsamen Zusammengehen sehe. Eine gemeinsame Arbeit als Möglichkeit mit dann allerdings guten Grundlagen für eine Fortentwicklung dieser Industrie, aber immer im Zusammenhang mit der werdenden Gesamthochschule und den werdenden Verbundmöglichkeiten und den werdenden gegenseitigen Befruchtungen. Ich glaube wir können



Neubeginn einer Universität: Gesamthochschule Kassel

nur versuchen, hier Arm in Arm, wenn wir schon die wissenschaftlichen Institutionen haben, im Gleichschritt mit wirtschaftlicher Fortentwicklung nach beiden Seiten hin, also gegenseitig zu befruchten und fortzuentwickeln, um das eingangs skizzierte Ziel hier auch regional verstärkt zu erreichen: Eine Sicherung der Basis und des wirtschaftlichen Geschehens in beiderseitigem Interesse.

mb.: Wir bewegen uns hier noch etwas im Bereich der Spekulation.

Rust: Genau das, auch des Experimentierens.

mb.: Es gibt noch keine Gesamthochschule. Die ersten Studenten sollen ja erst zum Wintersemester 1971/72 kommen. Glauben Sie aber, daß die Errichtung einer Gesamthochschule hier in Kassel für den Wirtschaftsraum Nordhessen eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation herbeiführt?

Rust: So generell gefragt, ist die Frage mit einem eindeutigen Ja zu beantworten. Durch die Ansiedlung dieser Bildungsstätten wird die geistige Infrastruktur so attraktiv gemacht, daß von selbst auch wirtschaftliche Einrichtungen, auch wirtschaftliche Unternehmungen sich hier ankrystallisieren werden, sich verstärkt niederlassen werden und sich ausweiten werden. Jede Universität hat für eine Region immer einen positiven Akzent weit über das spezifisch Wissenschaftliche und weit über die spezifische Institution hinaus.

mb.: Zum Abschluß vielleicht: Ist es möglich eine Prognose dieses Experimentierens zu stellen, d.h. eine Prognose in bezug auf die Zusammenarbeit der verschiedensten Institutionen, die sich mit der Gründung dieser Gesamthochschule hier in Kassel beschäftigen, sei es Arbeitskreis Universität Kassel, sei es Gründungsbeirat, sei es Kultusministerium, sei es Arbeitskreis Universität Kassel, sei es die nordhessische Wirtschaft, seien es sonstige Organisationen,

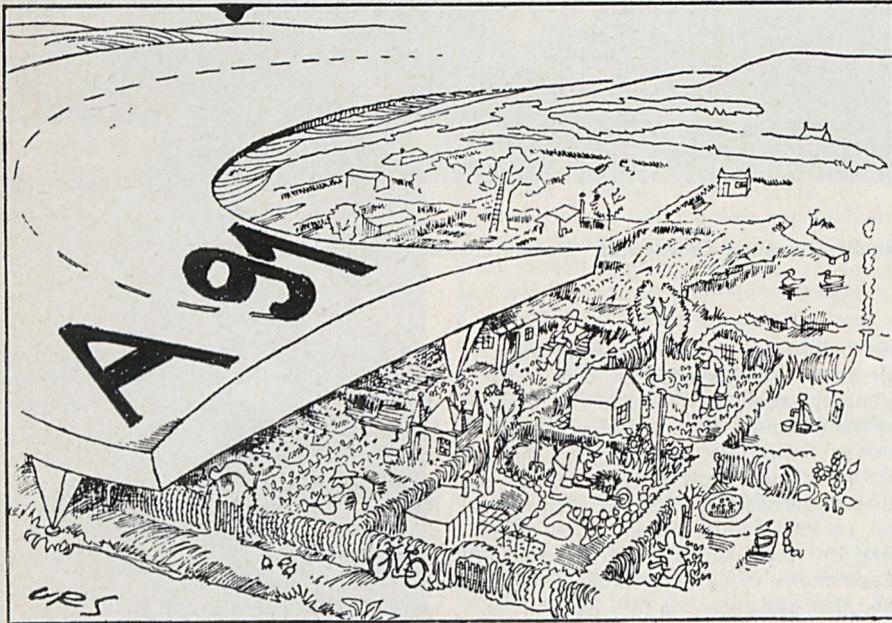
Ingenieurverband u.a.? Lassen sich in bezug auf die unterschiedlichen Interessen, die man dabei gar nicht leugnen sollte, lassen sich aus Ihrer Sicht Prognosen stellen zumindest für diese Aufbau-phase?

Rust: Ich bin der festen Überzeugung, daß es hier zu einer guten Verbundarbeit kommt. In jedem Unternehmen, in jeder Behörde, in jeder Institution sind hinreichend Männer, die sich für Wissenschaft, für Jugend usw. interessieren. Wenn man am Platze die Möglichkeit hat, sich gemeinsam den Kopf zu zerbrechen, wie man die optimalen Fortschritte und die optimalen Lösungen erreicht, so wird das zu einem persönlichen Verbund führen, der dann ganz zweifellos seinen doppelten Effekt hat, nämlich den Effekt, die wissenschaftlichen Einrichtungen zu fördern und auch gleichzeitig die Einrichtungen zu fördern, die sich zur Unterstützung und Mitarbeit gedrängt fühlen oder auch vielleicht gezwungen fühlen.

Mir ist es, wenn ich das sagen darf, natürlich lieber, wenn man am Platze eine Gesamthochschule, eine Universität hat. Dann habe ich mehr Möglichkeiten, mich mit den Dingen zu befassen, als wenn ich nach Marburg muß oder nach Göttingen. Ich sagte Ihnen eingangs, ich gehöre sowohl dem Universitätsbund in Marburg an, ich bin im Vorstand des Universitätsbundes Göttingen. Wenn ich mir also schon die Mühe mache, auf die ortsentfernten Institutionen einzugehen, dann können Sie davon ausgehen, daß ich mich mit diesem Thema hier viel lieber beschäftige, das wir dann am Platze abhandeln können. Ich habe es ja auch dadurch gezeigt, daß ich trotz all meiner Beschäftigungen innerhalb und mehr außerhalb von Kassel die Mitarbeit im Arbeiterkreis sehr gerne übernehme und auch sehr gerne fortsetze.

mb.: Herr Dr. Rust, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. mb/Gerd Mangel

A 91: Markstein automobiler Ausbeutung



„Weitere Produktionserhöhung bei VW ‚nicht gutzumachender Schaden‘“ ist einer Darmstädter Tageszeitung vom 30. 4. zu entnehmen. Diese Erkenntnis setzt sich zwar aus den Überschriften zweier getrennter Artikel zusammen, trotzdem aber scheint sie richtig zu sein. Der erste Artikel preist die steigende Nachfrage nach Automobilen auf dem Weltmarkt, mit dem die Produktion Schritt halten müsse, beklagt die sinkende Ertragslage und tröstet: auch in diesem Jahr Dividende 18,5%. Und für diese 18,5%, die die Großaktionäre bereichert, plagen sich ca. 190 000 Arbeiter im VW-Konzern, dem zweitgrößten Autoproduzenten Europas.

Der zweite Artikel gibt das Wehklagen der CDU zum besten, daß die Konsequenz aus einer Verkehrspolitik (die sie selbst will), nämlich der rigorose Straßenbau, ein nicht gutzumachender Schaden sei. Gemeint ist in diesem Fall die Darmstädter Ostautobahn A 91.

Über 20 Artikel im Leib- und über 10 Leserbrief im Magenblatt der Darmstädter Bürger sind nicht ganz wirkungslos geblieben, dazu kommen ein paar tausend Einsprüche beim Planfeststellungsverfahren und eine Bürgerinitiative: Der Apparat mußte seine Hilflosigkeit eingestehen und konnte seine Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung nur mühsam verbergen.

Das Hin und Her hat seine Gründe

Das wird aber wenig nützen. Die A 91 wird gebaut. Wie und wo sie gebaut wird – und darum gab es bisher hauptsächlich Streit – ist weniger interessant als das Warum.

Der Grund für das hohe Mobilitätsbedürfnis, das heute vorhanden ist und das umfangreiche Verkehrswege erfordert, ist die räumliche Trennung von Wohnen und Arbeiten; 6,6 mio Pendler in der BRD, davon 62% Arbeiter und 36% Angestellte und Beamte, und die Heerscharen frustrierter Urlauber sind die Folge fehlender Strukturplanung und ergeben hingegenommener kapitalistischer Entwicklung. Die unter den Prinzipien der Kapitalverwertung abgewickelten Bauvorhaben, deren Durchführung noch durch den Privatbesitz an Grund und Boden behindert wurde, haben eine anarchische Wucherung an die Stelle sinnvoller Planungsmaßnahmen gesetzt.

Die private Autoindustrie fällt unter dem Zwang des Wettbewerbs durch skrupellose Ausnutzung menschlicher Verhaltensmuster die Entscheidung: Individualverkehr!

Darmstadt bleibt verstopft

In Darmstadt fließt bisher der Pendlerverkehr (20 000 Pendler) mitten durch die

Stadt und versorgt die Arbeiterwohngebiete mit dem gehörigen Quantum an Abgasen und Lärm, während der Urlaubsverkehr bisher auf der Westautobahn diskret an Darmstadt vorübergondelt. Unter diesen Voraussetzungen ist es durchaus wünschenswert, auch den Durchgangsverkehr um die Stadt herumzuleiten. Für die Ostumgehungen bieten sich drei Möglichkeiten. In **angemessener** Entfernung vom Bebauungsrand zerschneidet die Trasse aber dummerweise Darmstadts besten Erholungswald, legt man sie noch weiter ab, müßte man für die Pendler, die direkt nach Darmstadt streben, eine Extraumgehungen bauen. So scheint die dritte Lösung die beste: stadtnah, vorbei am Komponistenviertel, um diesen auch mal zu zeigen, daß das Leben nicht nur aus Harmonien besteht, und vorbei an Arheilgen und Neukranichstein, womit diese Straße dieselbe Misere schafft, die sie beheben soll.

Dabei ist unwichtig, ob die Straße aus Finanzierungsgründen als 6spurige Autobahn oder nur als 4spurige Landstraße gebaut wird: Gegen Lärm- und Abgasemissionen schützen weder Einschnitte noch Stelzen oder Mauern wirkungsvoll die nähere Umgebung. Das schlimmste aber ist, daß auf längere Sicht (und keiner will sich doch der Kurzsichtigkeit brüsten) auch mit dieser Straße das Darmstädter Verkehrssystem dem Anschwollen der Autoflut nicht gewachsen sein wird. Nun bitte, wir haben mit unserem mangelhaften Grundgesetz das Ticket in die Katastrophe gelöst. Leider wird die junge Generation noch ein Stück wachsen müssen, um an die rote Notbremse zu reichen.

Verkehrter Verkehr

Man muß unter diesen Umständen doch fragen: Ist die autogerechte Verkehrsplanung wirklich eine Perspektive oder werden wir zu einem Punkt kommen, wo wir unter immensen Kosten notgedrungen auf Massenverkehrsmittel umsteigen müssen? Der Fortschritt der Technik in diese sinnvolle Richtung wird nur durch das Gesellschaftssystem behindert, zugleich aber liegen auch schon die Pläne bereit, um im Falle einer Veränderung nur der Verkehrspolitik auch die Massenverkehrsmittel zu **pervertieren**, indem dann zum Beispiel als Ersatz für die individuellen PKW überaufwendige Kleinkabinenschienenleitsysteme gebaut werden.

„Der Verkehr der 80er Jahre braucht die A 91.“ In diesem Sinne will der CDU-Stadtverordnete Röder „schon heute die Zukunft gestalten“ und „den Bedürfnissen der Zeit entsprechen.“

Damit tut er in das Horn der Darmstädter SPD, die eilig Bürgerversammlungen veranstaltete, um die Ansätze von Kritik zu absorbieren und die Bürger auf altbewährte Weise zu manipulieren. Die Darmstädter SPD-Bonzen müssen sich von ihrem Münchner Rechtsaußen-Genossen Vogel leider sagen lassen: „Mit jeder Milliarde, die man in den Straßenbau einer Stadt hineinsteckt, führt man sie ihrem Tode näher“ (SPIEGEL 8. 6. 1970). Damit meint er vor allem das völlige Erliegen des Verkehrsflusses, den Kollaps der Städte.

Verkehrsexperten sind der Ansicht, daß die Sperrung der Innenstädte für Privatautos, der zwangsweise Einbau von Auspuffiltern und die Verkehrserziehung nur vorübergehend helfen werden. Die Massenproduktion von Elektromobilen löst auch nur die eine Seite des Problems, die heute mit Umweltschutz umschrieben wird. Umweltschutz ist mehr als Schutz vor Abfall und Nebenerscheinungen wie Lärm. Umweltschutz bedeutet Schutz vor Überproduktion, vor Überproduktion von Käsestangen, Plastikentente, Autos, Bonbons, Milch, Straßen, Menschen, Bomben.

Und was ist möglich?

Elektromobile werden die notwendige Ergänzung sein für Massenverkehrsmittel wie

- eindimensionale Schienen- und Leitwegsysteme (Beispiel Rohrpost für Passagiere, 800 km/h),
- zweidimensionale oder Huckepacksysteme (Beispiel Skycrane-Kabinenhubschrauber),
- automatische oder kontinuierliche Systeme (Beispiel Laufbahn oder Continutubes).

Die RWE-Gesellschaft für elektrischen Straßenverkehr mbH (GES) will bis 1980 1 Million E-Autos besonders für den innerstädtischen Nahverkehr (Taxis, Lieferanten, öffentliche Nahverkehrsmittel) produzieren, die RWE-SELAK das Batterie-Service-Netz aufbauen. Für diese E-Autos wird Ölwechsel und umfangreiche Wartung überflüssig, nur die Batterie fällt ins „Gewicht“. Unter kapitalistischen Planungsprinzipien ist aber auch von der GES eine Überproduktion



zu erwarten. Denn wenn erst einmal die Produktion im Gang ist, wird sie soweit ausgedehnt wie nur möglich, und damit übernimmt das E-Auto tendenziell die Martfunktionen des herkömmlichen Kraftfahrzeugs.

All diese technischen Möglichkeiten sind ohne gesellschaftliche Veränderung nicht zu verwirklichen. Denn solange sich die Individuen am Besitz ihrer Blechkäfer und Chromkisten aufteilen, wozu sie ja von der Werbung nach allen Regeln der Kunst verführt werden, solange wird es für den kapitalistischen Staat, der die mächtigsten Privatinteressen verwaltet, unmöglich sein, ausreichend Geld in die Entwicklung moderner Massenverkehrsmittel zu investieren. Denn die Mächtigen machen ihren Sklaven mit Erfolg schmackhaft, was sie am profitabelsten produzieren können. Denn diese Mächtigen produzieren das, was sie ihren Sklaven mit Erfolg schmackhaft machen können: Opel, Ford, VW, Mercedes, nur wer blöd ist geht per pedes.

„Die Leute wollen eben Autos“

OB Sabais sagte (DE vom 28. 4. 71): „Nur wer auf seinen eigenen Pkw verzichtet, ist für mich ein glaubwürdiger Zeuge gegen den Autolärm.“ Er scheint sich selbst für glaubwürdig zu halten, weil sein Dienstmercedes nur ein sanftes „Schnubbeldidub“ ertönen läßt. Dieser Sabais weiß genau, daß die Leute ihren eigenen Pkw wollen, weil sie sich in einer Umwelt, die vom Automobil geprägt ist,

ohne dieses nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft fühlen, daß die Leute ihren eigenen Pkw brauchen, solange ihnen ein billiges Massennah- und fernverkehrsmittel vorenthalten wird, daß diese Leute aber trotzdem keinen Lärm, keine Abgase, keine betonierte Landschaft wollen, daß sie im Individualverkehr überleben wollen, aber nicht aus ihrer Haut können.

Dank Verkehrsminister Leber kann bald jeder die Autobahn nach 10 km erreichen. Dann wird es wirklich jedem leicht gemacht sein, sich zu überfordern, sofern er stolzer Besitzer eines Kraftwagens ist: kraftvoll, wagemutig, endlich ernstzunehmen.

Alle 2,6 Kilometer 1 Toter

1967 starben 17 000 Verkehrsteilnehmer infolge eines Autounfalls, d. h. bis zu 30 Tage danach. Fast genausoviel Kilometer werden vom deutschen Kraftfahrer jährlich gefahren. Die 11 Millionen Pkw-Halter belebten 1968 ein 37 000 Kilometer langes Autobahn- und Bundesstraßennetz. In den letzten 10 Jahren kamen ca. 157 000 Menschen auf den 405 000 km Straßen in der BRD um. Das sind 4 Mrd. DM/Jahr Verlust an Sozialprodukt. Alle 2,6 km 1 Toter. Die Zwischenräume kann man bequem mit Verletzten anfüllen. Die 14 Mill. Autos bewegen sich zudem noch vorwiegend auf den 6000 km Stadtstraßen. Für 1985 rechnet man mit 20 Millionen Autos. Natürlich ist es möglich, unter Vernachlässigung anderer Haus-

haltsposten auch für diese Anzahl Straßen zu bauen, die zwar die Städte zerstören, aber helfen, eine Gesellschaft zu erhalten, in der jeder achte seinen Arbeitsplatz der Motorisierung verdankt. Dieser Arbeitsplatz ist der Trumpf in der Hand der Privatindustrie, mit dem sie die Regierungen erpreßt, soweit das überhaupt noch notwendig ist.

Wie kann denn ein gesellschaftliches Umdenken durch Apelle und gute Worte erreicht werden, wenn gleichzeitig die Privatindustrie mit Milliarden DM das Bewußtsein manipuliert. Wer Forderungen vertritt, die nicht in das Wettbewerbssystem hineinpassen, ohne dieses System in Frage zu stellen, wer an die Vernunft der Verbraucher appelliert, ohne den Willen, die Privatwirtschaft zu beseitigen, der ist entweder dumm oder ein Lobbyist.

Professor Helmut Schelsky, Ordinarius für Soziologie an der Universität Münster, sagte in einem Vortrag auf dem Kongreß der Deutschen Verkehrswacht, in dem er Personifizierung und Politisierung der Verkehrssicherheit fordert (FAZ 5. 9. 70) „... Noch ein anderer breiter politischer Affekt läßt sich gegen die herrschende Verkehrssicherheit (s. o.) ins Feld führen: die antikapitalistische Überzeugung. Es wundert mich, wie wenig die antikapitalistisch gesonnene Jugend sieht, daß heute die Ausbeutung des Menschen durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung weniger direkt in Arbeit und Konsum geschieht als indirekt durch Zerstörung und rücksichtslosen Verbrauch der gesunden Umwelt des Menschen. Wenn irgendwo bei uns noch schroff kapitalistisch verfahren wird, dann in der Selbstverständlichkeit, mit der die ökonomische Zielsetzung sich über die einfachsten Grundlagen des Umweltschutzes und Landschaftsschutzes hinwegsetzt. Wir wissen, daß vor allem wirtschaftliche Konkurrenz- und Gewinngründe es bisher verhindern, daß die Verpestung der Luft und die Verschmutzung der Gewässer durch technische Anlagen und Vorschriften für den Fahrzeugbau stärker beschränkt wird. Der Mangel an Verkehrssicherheit ist zum Teil eine Folge des wirtschaftlichen Konkurrenzzwanges im westlichen Wirtschaftssystem; ich kann mir nicht vorstellen, daß sozialistische Staaten, wenn sie einmal eine so hohe Verkehrsdichte erreicht haben werden, gleiche Verlustraten in gleicher Weise hinnehmen werden.“



Inzwischen nimmt in einigen Städten die Bevölkerung „regen Anteil“ an den Tariferhöhungen der öffentlichen Nahverkehrsmittel (Rote-Punkt-Aktionen). Das besagt zwar noch nicht, daß der Nulltarif seinen Arme-Leute-Nimbus verloren hat und schon gar nicht, daß durch den Nulltarif allein das öffentliche Verkehrsmittel eine Attraktion wird: dafür bleibt noch immer der Verkehrswert, also Rasche, Sänfte und Präsenz, maßgebend. Aber es zeigt, daß trotz Autofaszination das Verlangen nach kostenlosem Kutschieren groß ist.

Je früher man für den Massenverkehr investiert, desto billiger kommt man davon. Und die Nachteile des Straßenverkehrs sind erdrückend: Mehr Sachschäden, mehr Kraftstoffverbrauch, mehr Pflege und Wartung, mehr Zeitverlust (in der BRD gehen jährlich 1,1 Milliarden Stunden durch Verkehrsstau verloren), Krebs durch Luftverschmutzung, Kreislaufschäden durch Lärmstreß (Straßenlärm zerrüttet schon ab 65 Phon, auch wenn er nicht als belästigend empfunden wird), explosive Freisetzung von Angriffslust, die durch die Abschirmung der Person durch die Karosserie verstärkt wird, Platzverschwendung: die meisten Autos sind nur zu 25% ausgelastet. Bei voller Besetzung können pro Stunde und Spur befördert werden: Pkw 2000, Bus 7000, U-Bahn 40 000 Personen. Die U-Bahn ist zudem vollautomatisierbar und kreuzungsfrei. Aber: Das Massenverkehrsmittel kann man nicht unter dem Anspruch der Kostendeckung planen. Es ist eine soziale Einrichtung; keine Sozialhilfe, sondern ein Fundament der funktionsfähigen Gesellschaft. „Stadtbaurat Reißer warnt vor einer ‚Weltuntergangsstimmung‘ in der Frage des Umweltschutzes. Man solle sich nicht von Emotionen treiben lassen, sondern sachlich Vor- und Nachteile abwägen. Der Geist des Menschen wachse immer weiter, und daher sei er in der Lage, entstandene Schäden zu kompensieren.“ (DE 19. 4. 71)

Sanierung, für wen?

1. Der Oberbürgermeister schreibt einen Schmuseartikel

„Wie Städte gebaut und umgebaut werden“, so schreibt Heinz Winfried Sabais im Darmstädter Echo, hinge „vom Stande der wissenschaftlichen und öffentlichen Einsicht ab“. „Für Einsicht kann wechselweise auch Irrtum, Ideologie, Profitdenken, Marktlage etc. eingesetzt werden“.

„Normal“ ist nach Ansicht des OB „ein Gemisch von all diesem“.

Dem zum Trotz soll das „Ziel der Stadtplanung“ durch „öffentliche Information und Diskussion festgelegt“ werden, denn „gesellschaftliche Aufklärung, Information und Diskussion zwischen Partnern“ ist „die politische Achse eines neuen Städtebaus“ (DE 5/6/7. März 1970).

Ähnlich Optimistisches ist auch aus anderen westdeutschen Städten zu hören, die der Sanierungsboom zum Teil schon früher erreichte; aus München zum Beispiel, wo die Gruppe „Münchner Forum“ (gegründet von Unternehmern, Publizisten, Verwaltungsbeamten, Gewerkschaftlern) eine „direkte Beteiligung aller Bürger an Planentscheidungen“ anstrebt, oder aus Berlin, wo der an der Planung des Märkischen Viertels beteiligte Architekt H. Stranz im „Individualismus der Einzelwohnung, im Arrangement durch Staffelung und Farbe betont“, gar die ‚Demokratie‘ verkörpert sah.

Die Praxis der Sanierungs- und Stadtplanung läßt das Bild vom „humanen Beziehungsgeflecht“, das kraft seiner „Produktivität“ die „humane Stadt“ gebiert (Sabais) verblasen. Die Faktoren, die Planung und Sanierung bestimmen, sind eher Teil der Baupolitik, die der SPIEGEL eine der „finstersten Erscheinungen des nachkriegsdeutschen Kapitalismus“ nannte, als jener Architekturpolitik, die sich so euphemistisch auf die Bedürfnisse der Bewohner bezieht.

2. Die Sanierung als Produkt ökonomischer Notwendigkeit

Die Phase des Wiederaufbaus bescherte der westdeutschen Bauindustrie einen märchenhaften Aufschwung. 550 000 bis 600 000 Wohnungseinheiten pro Jahr wurden noch bis 1968 erstellt, insgesamt sind seit 1949 über 10 Millionen Wohnungen gebaut worden. Finstere Geschäftspraktiken und fette Extraprofiten für Bodenspekulanten, Makler, Bauherren und -gesellschaften begleiteten den



Boom. Als Ende der sechziger Jahre der dringendste Bedarf gedeckt war und das Wohnungsbauvolumen rapide sank, geriet die Bauindustrie in die Krise; ihre Kapazität war nicht mehr ausgelastet, das investierte Kapital verwertete sich nicht weiter.

Das Ende des Goldrausches im Wohnungsbau blieb für die Gesamtkonomie nicht ohne Folgen. Bei einer Investitionsrate des Wohnungsbaus von 30 Milliarden DM (bei 125 Milliarden Gesamtinvestitionen in der BRD) ließen sich die negativen Auswirkungen eines Absinkens des Bauvolumens klar absehen. Die Strategen der Krisenvermeidung in Staat und Wirtschaft waren denn auch schon mit „Gegensteuerungs“-vorschlägen zur Hand. Zentrales Projekt „städtebauliche Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen“ um einen „steigenden Ersatzbedarf“ (an Wohnungsbau) zu schaffen.

3. Der Staat als ‚Krisenmanager‘

Die Aufgabe der Regulierung und Stabilisierung der ökonomischen Situation, der Entwicklung der wachstumswichtigen Infrastruktur, fiel also (der Logik des Systems entsprechend) dem Staat zu. Es wird hier ein grundsätzlicher Mangel jeder privatkapitalistischen Entwicklung

deutlich: daß nämlich umfassende, abgestimmte Planungsmaßnahmen, vor allem die planmäßige Entwicklung der volkswirtschaftlichen Infrastruktur für das Fortbestehen des Systems (d. h. die Vermeidung von Krisen) außerordentlich wichtig sind, daß es jedoch für die Privatunternehmen nicht rentabel ist, diese Infrastruktur (Nachrichten- und Verkehrswesen, Sozialwesen, Städtebau) selbst zu entwickeln. Der Staat, der als der „ideelle Gesamtkapitalist“ diese Aufgabe übernimmt, wendet nun (unter dem Zwang, private Gewinnerwartungen der Monopole zu befriedigen und zugleich Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu garantieren) öffentliche Mittel auf, um eine den Kapitalerfordernissen gerechte Infrastrukturentwicklung zu erzielen. Ziel der Maßnahmen ist also „nicht etwa gesellschaftlichen und individuellen Wohlstand zu erhöhen oder die Befriedigungsmöglichkeiten individueller und kollektiver Bedürfnisse zu verbessern“, sondern primär, „die Akkumulationsmöglichkeiten des privaten Kapitals zu stützen“ (Alt Vater: „Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders“, NEUE KRITIK 40). „In der ‚kapitalistischen Sozialisation‘ werden nur die Kosten und Risiken vergesellschaftet, die Gewinne bleiben privat“ (S. Her-



Notwendigkeit der Stadtsanierung und -erneuerung, sowie der Abwendung einer konjunkturellen Krisensituation nicht als überhöht angesehen werden können“, entsteht doch für den Bund (und die an den Kosten beteiligten Länder – 40% – und Gemeinden – 20% –) die Aufgabe, Maßnahmen und Investitionen sozial zu rechtfertigen.

5. Vom Profitinteresse zum „Allgemeininteresse“

Die Imperative, die der staatlichen Planung und Durchführung von Sanierung durch die kapitalistische Produktionsweise gesetzt sind, stellen die öffentliche Initiative im Städtebau vor die Notwendigkeit, die privaten Ziele der Projekte als „dem Allgemeinwohl dienlich“ zu definieren, um sich namentlich den betroffenen Gruppen gegenüber die Legitimationsbasis zu erhalten. Der Öffentlichkeit wird als Allgemeininteresse deklariert, was sich in Wahrheit auf das Kapitalinteresse reduzieren läßt: die spezifische, den Erfordernissen von Kapitalexpansion und -rentabilität angepaßte Entwicklung der Infrastruktur, in der die Sanierung von Stadtvierteln eine integraler Bestandteil ist.

Das gut funktionierende System „verhaltenssteuernder Sozialtechniken“ verleiht den konjunkturpolitischen Maßnahmen den nötigen Schliff: die Ideologie des Fortschritts, der Sachzwänge, der technischen Rationalität, in Massenmedien, Bürgerversammlungen, öffentlichen Gremien und Planungsbeiräten erfolgreich vertreten, macht der betroffenen Allgemeinheit schließlich zum subjektiven Interesse, was sich objektiv gegen sie richtet. „Produziert wird heute wie ehedem um des Profits willen. Weit über alles zur Zeit von Marx Absehbare hinaus sind die Bedürfnisse zu Funktionen des Produktionsapparates geworden, nicht umgekehrt. In wirtschaftlich relevanten Sektoren werden die Bedürfnisse vom Profitinteresse selber erst hervorgebracht, und zwar auf Kosten objektiver Bedürfnisse der Konsumenten, wie denen nach ausreichenden Wohnungen, vollends nach Bildung und Information über die wichtigsten, sie betreffenden Vorgänge“ (Adorno, „Einleitungsvortrag zum sechzehnten deutschen Soziologentag“, in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?).

„Der Mechanismus der Verschleierung besteht darin, daß ein einziges Herrschaftsinteresse gespalten wird in zwei

kommer „Entwicklungstendenzen im Spätkapitalismus...“, SoPo 3/69). Vor diesem Hintergrund erweist sich die Fassade des „humanen Städtebaus“ als Verschleierung, denn nicht „die Bürger bestimmen das Ziel der Stadtplanung durch öffentliche Diskussion“, wie es OB Sabais verstanden wissen will, sondern die politökonomische Notwendigkeit erzeugt die Verschränkung von öffentlicher Regulierung und privatem Interesse des Kapitals, die alle „aufklärenden“, „meinungsbildenden“ und „demokratischen“ Prozesse zu Legitimationsmechanismen gerinnen läßt.

4. Vergesellschaftung der Kosten – Privatisierung der Gewinne

Der 1968 erschienene Aufsatz „eine neue Talsohle um 1970“ von K. H. Walper erläutert mit schöner technokratischer Offenheit, wie der Staat durch die „Struktur und Wirtschaftspolitik“ der privaten Bauindustrie die Wachstumsrate zu sichern habe. Zentral ist hier die „Förderung und finanzielle Sicherung der Sanierungsmaßnahmen“ (d. h. vor allem Finanzhilfe und Beteiligung des Bundes). Die Kosten für Sanierungsprojekte werden, so Walper, „im allgemeinen“ unterteilt in die „unrentierlichen“ der „Vor-

bereitungs- und Ordnungsphase“ und die „rentierlichen“ der „Neubauphase“, die (weil rentierlich, profitabel!) „keine neuartigen Probleme aufwerfen“.

„Zur Vorbereitungs- und Ordnungsphase zählen im wesentlichen Kosten des Grunderwerbs, Entschädigungen für abzubrechende Gebäudesubstanz, Abbruch- und Abräumungskosten, Entschädigungen an Gewerbetreibende und Wohnungsmieter sowie für Mietausfälle, Umzugs- und Umsetzungskosten, sowie Regie- und Planungskosten. Die hierdurch entstehenden Kosten nach Abzug des Wertes der neuen Grundstücke werden als „unrentierliche Kosten“ bezeichnet. Nur sie sind als Sanierungsverlust von der öffentlichen Hand zu tragen“ (K. H. Walper, „eine neue Talsohle um 1970“). Der „öffentlichen Hand“ (sprich: Bund, Länder und Gemeinden) erwächst somit bei einem Durchschnitt der unrentierlichen Kosten von 15 000 DM pro abzubrechende Wohnungseinheit eine recht stattliche Finanzbelastung. Allein für den Bund, der „im allgemeinen“ 40% der Kosten trägt, ergibt sich nach Walpers Berechnung, bei 100 000 jährlich zu ersetzenden Wohnungseinheiten ein Anteil von 600 Millionen DM pro Jahr. Wenn auch laut Walper „diese Summen angesichts der struktur- und sozialpolitischen

Martinsviertelsanierung gegen die Bevölkerung

scheinbar voneinander unabhängige Interessen, in das der privaten Profitmaximierung und das allgemeine der Wohlstandsmaximierung, und daß das zweite wichtiger genommen wird als das erste. Auf Grundscheinbar reinsachlicher, technologischer Überlegungen wird proklamiert, daß zur Erreichung der Wohlstandsmaximierung das Mittel der maximalen Kapitaleffizienz am besten geeignet sei; in Wirklichkeit sind die Kriterien der Wohlstandsmaximierung (da der privatwirtschaftliche, rentabilitäts- und leistungsbezogene Rahmen beibehalten wurde) aus denen der Kapitalexpansion und -rentabilität heraus definiert worden, so daß es nicht überrascht, wenn dann das Interesse an der Wohlstandssteigerung zur Notwendigkeit der Profitmaximierung zurückführt.“ „Die Verfügung über die gesellschaftlichen Produktionsmittel ist identisch mit der Kompetenz zur Festlegung der gesellschaftlichen Interessen“ (J. Huffs Schmidt, „Die Politik des Kapitals“).

So ist auch der eingangs zitierte Beitrag von H. W. Sabais zum Thema „öffentliche Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse im Städtebau“ zu verstehen. „Die gesellschaftliche Aufklärung“ die der OB so oft beschwört, dient nur der Legitimation längst gefällter Entscheidungen; „die Meinungsbildung“ darf nur zum Ziel haben, die Widersprüche und möglichen Konflikte im Ansatz zu entschärfen, indem sie den Verwalteten und Beherrschten das Gefühl vermittelt, es sei Einflußnahme möglich. Der Wahrheit am nächsten kam H. W. Sabais als er ein Sanierungsprojekt in den USA kommentierte; dort habe nämlich „eine kapitalistische Finanzierungs- und Baugesellschaft herausgefunden, vielleicht erstmalig in der Welt, daß ‚die humane Stadt‘ auch ein Geschäft sein kann.“

Saniert wird der Kapitalismus.

„Handwerk, Handel und die private Initiative auf allen Lebensgebieten haben dazu beigetragen, daß Darmstadt heute das Bild einer voll funktionsfähigen, modernen und steuerkräftigen großen Mittelstadt bietet, die Wissenschaft, Kunst und Bildung liebevoll hegt und fördert,“ so die Wiederaufbau GmbH 1968 in einer Selbstdarstellung. (aus „Darmstadt schlägt sich durch – zwanzig Jahre Wiederaufbau“.)

In dieses schöne Bild paßt nicht, daß der Schichtunterricht an Darmstädter Schulen erst 1964 eingestellt wurde, daß Darmstadt wegen schlechter und mangelnder öffentlicher Verkehrsmittel bereits 1969 einen Kfz-Bestand von 42 402 hatte (Einwohner Pkw-Verhältnis von 1:4) und damit verkehrsmäßig aus allen Nähten platzt und daß – wegen der privatwirtschaftlich orientierten Bauindustrie, – die Wohnungen bei weitem nicht ausreichen und die vorhandenen entsprechend teuer sind. In dieses schöne Bild einer steuerkräftigen Mittelstadt paßt aber nun gar nicht das zentrurnaher Martinsviertel mit fallendem Gewerbesteueraufkommen und mehr als 1/3 aller Gebäude aus dem 19. Jahrhundert.

„Große Bedeutung gewann daneben die Erkenntnis, daß man der Abwerbung lukrativer Betriebe durch Umlandgemeinden mit vorteilhaften Grundstücksangeboten an Gewerbe und Industrie begegnen müsse, wenn Darmstadts Entwicklung nicht rückläufig werden solle. Grundsätze, nach denen die Wiederaufbau GmbH nun seit zwanzig Jahren erfolgreich wirkt.“ (aus 20 Jahre Wiederaufbau)

1. Ökonomische Interessen der Stadt Darmstadt

Bei stagnierender Einwohnerzahl seit 1964 (etwa 140 000) und finanziellen Sorgen der Stadt muß Darmstadt daran interessiert sein, möglichst viel Industrie im Stadtbereich zu halten oder neu anzusiedeln, um weiterhin Haupteinkaufsquelle für den Odenwald und das Ried zu bleiben. Ein Großeinkaufszentrum, wie es bei Griesheim in Autobahnnähe geplant war, „würde den Einzelhandel in Darmstadt (Umsatz=Steuern für die Stadt) empfindlich treffen.“ (Darmstädter Echo vom 10. 7. 70)

Großeinkaufszentren die je qm Ladenfläche 2 qm Parkfläche brauchen, lassen sich bei den Grundstückspreisen in den

Stadtzentren nicht mehr realisieren. Tiefgaragen, deren hohe Kosten auf die Benutzer abgewälzt werden, sollen für ausreichenden Parkraum in der Nähe der Kaufhäuser sorgen. Bei den hohen Quadratmeterpreisen in der Innenstadt (Quadratmeter am Luisenplatz = 2000 DM) konzentrieren sich dort Kaufhäuser und Konzerne. Bestehende Wohnungen werden durch Spekulationen so teuer, daß sie nur noch als Büros oder Geschäfte rentabel sind. (Verödung nach Ladenschluß und Eingehen des Einzelhandels sind die Folgen). Zu diesen ökonomischen Interessen folgt zwangsläufig die Forderung nach gut ausgebauten Zufahrtsstraßen zur Erweiterung der Einzugsgebiete der Supermärkte und Kaufhäuser.

2. Interessen der Darmstädter Industrie und des tertiären Sektors

Diese Forderungen werden aufgegriffen bzw. unterstützt durch die Industrie (Merck/Röhm), die bessere Zufahrtswege für ihre Arbeiter fordern. Von den etwa 8000 Arbeitern bei Merck sind 60% Pendler. Speziell die Zufahrtswege aus dem Osten und Südosten (Odenwald) sind sehr schlecht.

Nur unter diesen beiden Gesichtspunkten (kaufen und arbeiten) sind die geplante Osttangente und die A 91 zu verstehen. Da das Auto als Symbol der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft (und aus wohlverstandem Interesse der Autoindustrie) nicht in Frage gestellt werden darf, werden auch keine Alternativen entwickelt, obwohl für den, für die Industrie in Frage kommenden Linienverkehr, der nur zu Stoßzeiten auftritt, eine Transportlösung mit S-Bahn oder Bus rationeller wäre. Für die HEAG sind die öffentlichen Verkehrsmittel jedoch nicht gewinnbringend genug. Nur so wäre es allerdings möglich, den Linienverkehr vom Individualverkehr zu trennen. Da die Innenstädte zu teuer und auch ausgebaut sind, muß der tertiäre Sektor das Dienstleistungsgewerbe, das an sich an der Innenstadt interessiert ist – auf die zentrurnahen Randbereiche ausweichen.

So geriet das Martinsviertel in den Blickpunkt als Sanierungsgebiet. (für die Stadt – gehobene Wohngebiete; und für den tertiären Sektor als Erweiterungsgebiet)

Dissertationen

Broschüren-Nachdrucke
aller Art von A 4 auf A 5 **druckt**

BÖNECKE

3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/5 25

	bei Expl. DM pro S.	bei Expl. DM pro S.
10	2,20	200 3,15
50	2,40	300 3,35
100	2,75	500 5,10

● Raster billigst! ● Angebot anford.

3. Die Bauindustrie

Sanierungsprojekte gewinnen für die Bauindustrie aus Kapitalverwertungsinteressen eine steigende Bedeutung. Dies trifft sich mit dem Interesse der Städte nach einer Verbesserung der Infra-Struktur. (Aufwertung der Wohngebiete durch den tertiären Sektor = erhöhte Steueraufkommen) Da die Baufirmen nicht selbst an die Kommunen herantreten können, werden Tochtergesellschaften gegründet, die den Städten die Notwendigkeit von Sanierungsprojekten verdeutlichen. Dies geschieht, indem die Tochtergesellschaften Untersuchungen machen und zu dem Ergebnis kommen, daß es sehr schlecht aussieht und ordentlich saniert werden muß. Die hohen Kosten solcher Sanierungsprojekte müssen vor der Öffentlichkeit durch soziale Motivation legitimiert werden. Als Konsequenz müßten in den sanierten Gebieten vor allem Sozialbauwohnungen erstellt werden. Die oberste Grenze für Grundstückspreise – um noch Sozialbauwohnungen erstellen zu können – liegt bei 60,- DM pro qm. Da der Grundstückspreis ein wesentlicher Faktor für die Höhe der Miete ist und die Quadratmeterpreise durch Spekulationen in die Höhe getrieben wurden, lassen sich keine Sozialbauwohnungen mehr errichten. Im Martinsviertel liegt der qm-Preis bereits bei 100,- bis 120,- DM. Mit dem Großkapital liierte Investmentgesellschaften kaufen einzelne Grundstücke auf, um sie dann als größere –

dadurch im Wert gestiegene – Einheiten an die Sanierungsträger weiterzukaufen. Das hat zur Folge, daß in den Sanierungsgebieten hauptsächlich freifinanzierte Wohnungen gebaut werden, deren höhere Mietpreis nur von einem Teil der Bewohner bezahlt werden kann. Sozialbauwohnungen ließen sich im Martinsviertel nur noch erstellen, wenn die Stadt ihre eigenen Grundstücke, wie am Kopernikusplatz, unter Preis (d. h. zu maximal 60,- DM pro qm) verkauft.

4. Sanierung in Darmstadt

Interesse an dem Sanierungsprojekt „Martinsviertel“ zeigte die gewerkschaftseigene Firma „Neue Heimat“, die schon in Neukranichstein durch Grundstücksspekulationen mit der Stadt hohe Gewinne erzielte. (Ankauf 15,- DM pro qm – Verkauf 80,- DM pro qm) Durch ihre Tochtergesellschaft GEWOS unterbreitete sie der Stadt Sanierungsvorüberlegungen, die eine Sanierung als dringlich erschienen ließ. Auf Einwand des Städtebaubeirats, vor allem Professor Guthers, wurde die Voruntersuchung der von ihm vorgeschlagenen Schweizer Firma Metron übertragen. Da die Neue Heimat eine Sanierungsträgerschaft nur unter der Bedingung übernehmen wollte, daß die Voruntersuchung von ihrer Tochtergesellschaft GEWOS geleistet werde, kam sie als Sanierungsträger nicht mehr in Frage. In Darmstadt bieten sich als Sanierungsträger der Bauverein für Arbeiterwohnungen und die Wiederaufbau GmbH an.

5. Lobby

Vorsitzender des Bauvereins für Arbeiterwohnungen, der nicht nur Sozialbauwohnungen baut, ist der Vorsitzende des SPD-Unterbezirk Darmstadt Heinz Reinhardt. Die Darmstädter Wiederaufbau GmbH wurde am 2. 9. 49 gegründet. Die Beteiligung am Gesellschaftskapital von Architekt K. Jahn – 11 000 DM und Stadt Darmstadt 9000 DM wurde am 18. 12. 51 umgewandelt in Jahn: 8000 DM und 12 000 DM die Stadt. Zugleich wurde das Vermögen der GmbH und das von ihr verwaltete Treuhandvermögen der Stadt getrennt. (heute etwa 40 Mill. DM) Wesentlichste Aufgabe war die Verwaltung der Gelder des Marshallplans, die nicht an die Kommunen verteilt wurden, und die

Ansiedlung von Industrieunternehmen in Darmstadt.

Die Stadt besorge Kredite und kaufte Grundstücke, die dann von der GmbH verwaltet wurden, damit diese keine Steuern zu zahlen brauchte. „Solche Abgaben erschienen dem Stadtkämmerer Dr. Feick und Kurt Jahn widersinnig.“ (Wiederaufbau)

Erweiterungen der GmbH durch eine Abteilung für Unternehmensberatung, eine eigene Tiefbauabteilung, die städtische Bauaufgaben wahrnimmt, verwandelten die Gesellschaft, „die ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient“ (Wiederaufbau) zu einem kapitalkräftigen Unternehmen, dessen Grenzen zwischen Gemeinnützigkeit und „profitorientiertem Interesse für die angesiedelten Industrie“ nur schwer festzustellen sind.

Diese beiden potentiellen Sanierungsträger haben bereits im Auftrage der Stadt ein Büro errichtet, um die Martinsviertelsanierung vorzubereiten, ohne daß eine endgültige Entscheidung getroffen wurde. Das Stadtparlament hat zwar das alleinige Verfügungsrecht über die Auftragserteilung, aber den maßgeblichen Einfluß haben fünf Leute: OB Sabais, ehm. OB Engel, der ehemalige Bürgermeister Borsdorf – jetzt Chef der HEAG (die zu 91% der Stadt gehört) – SPD-Funktionär Reinhardt und der ehemalige Chef der HEAG Professor Strahinger.

6. Struktur des Martinsviertels

Von den 1104 Gebäuden des Martinsviertels (25. 10. 68) sind 394 vor neunzehnhundert gebaut, 423 zwischen 1901 und 1948 und 287 nach 1948. Etwa 60% aller Wohnungen stammen aus der Zeit vor 1918. „Hinsichtlich der Sozialstruktur gehört das Martinsviertel zu den Bezirken mit einer relativ hohen Zahl alter Leute in der Wohnbevölkerung. Ihr Anteil mit 14,5% (1961) wird sich inzwischen durch die Abwanderung vorwiegend junger Familien noch erhöht haben. Was an der Struktur des Bezirks sonst noch auffallen mag, ist der relativ niedrige Anteil der Beamten... und der hohe Anteil der Arbeiter.“ (aus statistischen Mitteilungen der Stadt Darmstadt 1969) Über soziale Randgruppen wie Studenten und Gastarbeiter wird nichts gesagt. Obwohl gerade „Altbauviertel wie Johannis- und Martinsviertel im größeren Umfang als Neubaugebiete Wohnmöglichkeit bieten für jene mobile

Men like its
flavor Women
love its aroma

RUM and
MAPLE
PIPE
MIXTURE

2.⁵⁰

Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

Minoritäten, die für die Entwicklung Darmstadt auch in Zukunft bedeutsam sein werden: Studenten, Gastarbeiter, Praktikanten und Lehrlinge. Dieses Reservoir an relativ billigen, nicht so komfortablen Altbauwohnungen in Innernstadtnähe sollte erhalten bleiben.“ (Soziologe Körber im D.E. vom. 13. 1. 71) Die Durchschnittsmiete für Altbauwohnungen im Martinsviertel beträgt 2,23 DM je qm (1968) und liegt damit noch unter der Richtsatzmiete für Sozialwohnungen, deren obere Grenze bei anderen Wohnungen 3,10 DM je qm und bei besseren 3,30 DM je qm liegt. (1. 2. 71) Am privaten Wohnungsmarkt stieg sie indessen auf 5,- bis 6,- DM je qm.

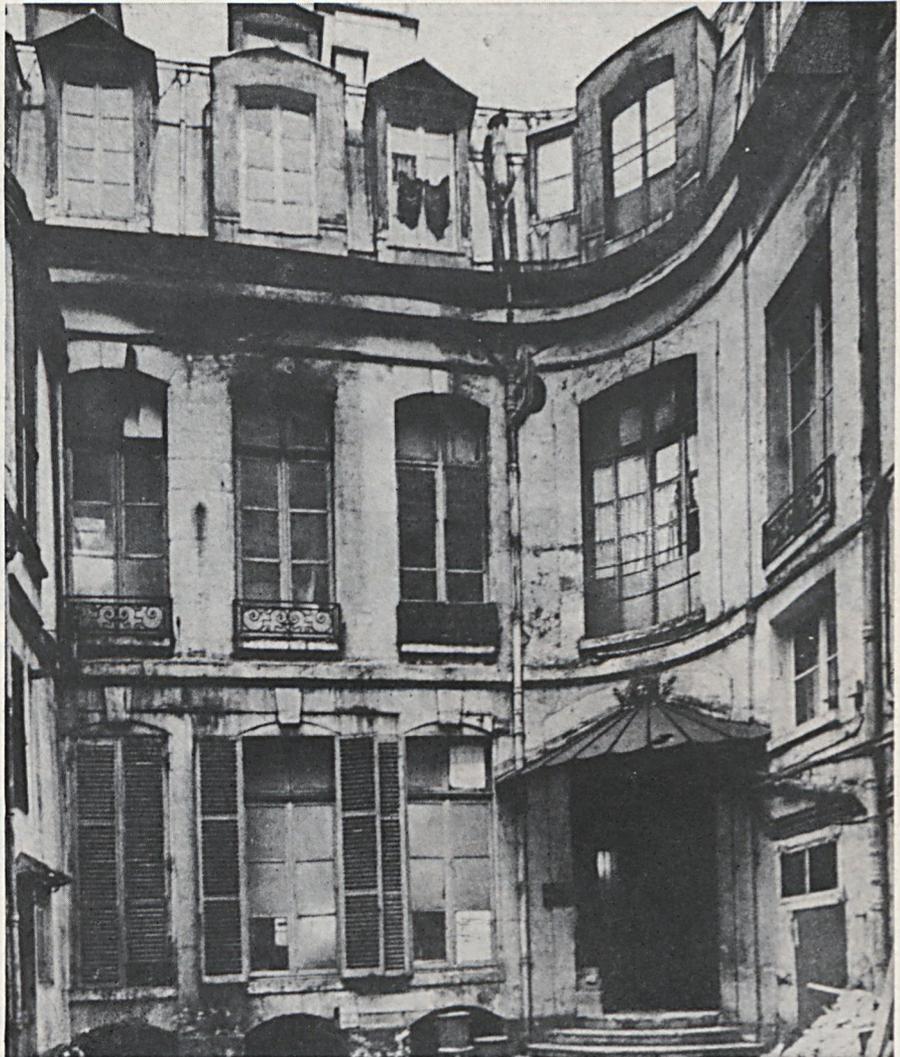
7. Sanierungsabsichten

„Was bei der Beurteilung der Verhältnisse im Martinsviertel am stärksten zu beobachten ist, ist die Tatsache, daß die Bevölkerungszahl in diesen Bezirken seit Jahren rückläufig ist. (von 18 000 im Jahre 1961 auf 15 000 im Jahre 1968) Bei diesem Trend würde die Zahl bis 1980 auf etwa 10 000 abgesunken sein.“ (Statistik)

Das würde allerdings den Plänen der Stadt entsprechen, die die Geschoßflächenzahl, worunter das Verhältnis der Summe der Geschoßfläche zur Grundstücksfläche zu verstehen ist, von 3,0 auf 1,5 senken will. Das heißt, die Hälfte der Bevölkerung müßte das Martinsviertel verlassen. Dem steht der Anspruch der Stadt gegenüber, alle jetzigen Bewohner könnten auf Wunsch in dem sanierten Gebiet wohnen bleiben. Was mit den Leuten geschieht, die das Martinsviertel verlassen müssen, ist noch nicht geklärt. Der Bauverein baut jedoch bereits verstärkt Obdachlosenasyile. Schon jetzt kommt die Mehrzahl der Bewohner von Obdachlosenasyilen aus Sanierungsgebieten.

Im Martinsviertel verbleiben könnten die jetzigen Bewohner nur, wenn genügend Sozialbauwohnungen gebaut würden. Die Sanierung wird in jedem Fall eine soziale Umschichtung zu Gunsten der Mittelschicht und oberen Mittelschicht bewirken. Vor allem die freifinanzierten Wohnungen werden voraussichtlich von Akademikern (neue Professoren der TH) und Angestellten bezogen werden. Aus dem Nachweis, daß es

a) vorwiegend wirtschaftlich besser gestellte Bevölkerungskreise sind, die aus den alten Wohnungen ausziehen



und in Gebiete mit höherem Wohnstandard übersiedeln,

- b) die Zuzugsgewinne aus den Bezirken mit ungünstigeren Wohnverhältnissen erzielt werden (Waldkolonie, Industrieviertel)
- c) die verlassenen Wohnungen im Martinsviertel erfahrungsgemäß häufiger von Ausländern (!) bezogen werden,

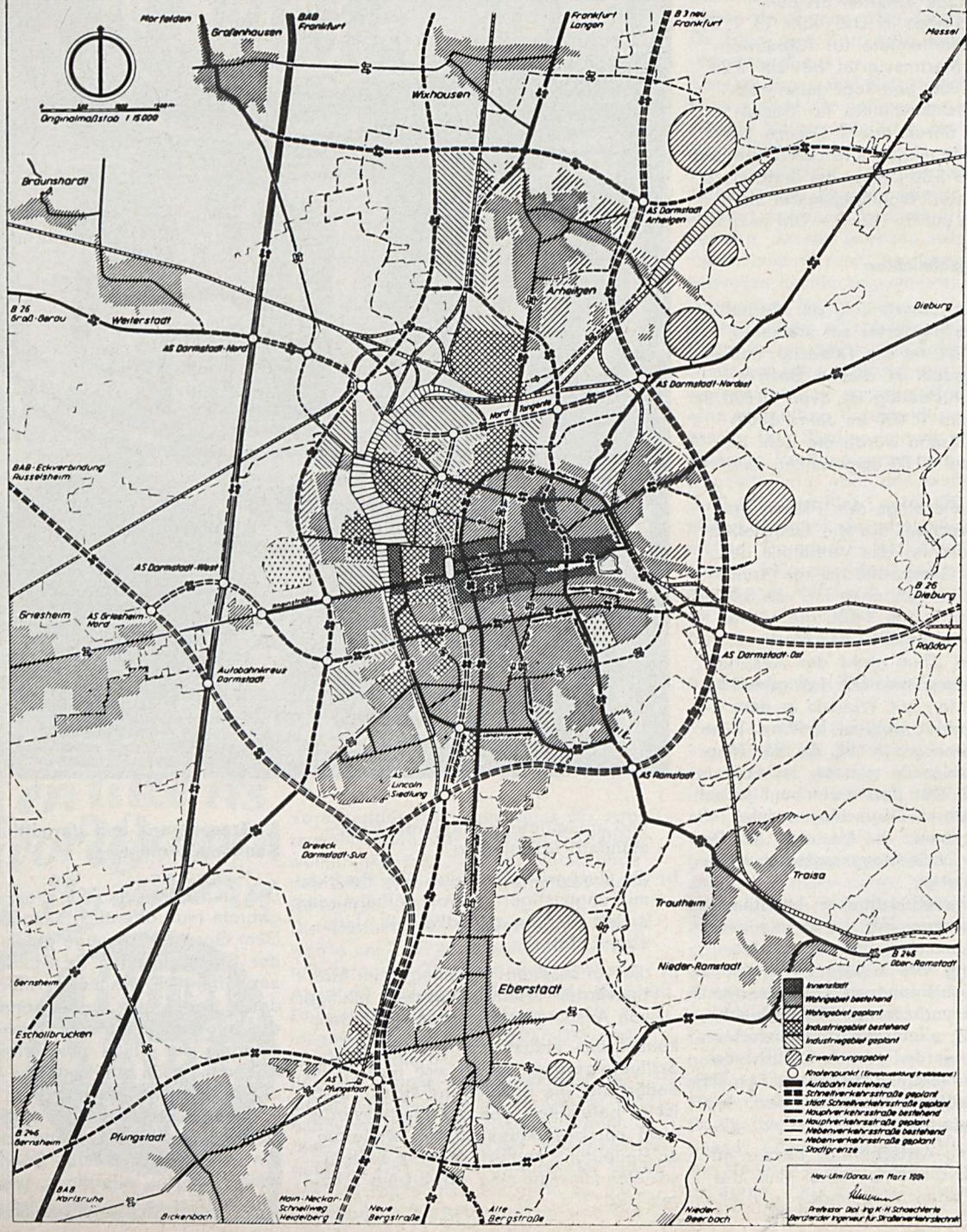
kommt das statistische Amt zu der Schlußfolgerung: „wenn sich hier nichts ändert und die Entwicklung sich fortsetzt, ist zu befürchten, daß das Martinsviertel nicht nur bevölkerungsmäßig weiterhin an Bedeutung verliert, sondern auch in sozialer Hinsicht eine Abwertung erfahren wird.“

8. Transparenz und Vermittlung des Sanierungsvorhabens

Der Bebauungsplan für die Sanierungsgebiete muß öffentlich ausgelegt werden. Dem Gesetz ist genüge geleistet, wenn der Sanierungsplan im Stadtplanungsamt öffentlich aushängt. Allerdings ist damit weder eine ausreichende öffentliche Information erreicht, noch ein Verständnis der Pläne gewährleistet. Der Bebauungsplan stellt nur das Stadium der städtischen Planung dar, alternativvorschläge werden nicht unterbreitet. Überdies sind diese Pläne nur Fachleuten verständlich. Gemäß Bundesbaugesetz werden allerdings, wenn der Bebauungsplan aufgestellt wird, sogenann-

(B) Hauptverkehrsstraßennetz - künftig ⁽¹⁰⁾

Ausführungsvorschlag



te Träger öffentlicher Belange angeschrieben. Darunter versteht man: u. a. die IHK, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände jeglicher Art, darunter natürlich der Haus- und Grundbesitzerverein – für die Mieter ist nichts vorgesehen. Daß gerade diejenigen Verbände, die ein ökonomisches Interesse an der Sanierung haben, (sprich: sich einen Profit durch Aufträge o. ä. versprechen) die Bebauungspläne sehr gut lesen können und ihre Interessen zur Sprache bringen, liegt auf der Hand.

Die letzte öffentliche Bürgerversammlung vom Magistrat zur Information der Bewohner des Martinsviertels über die geplante Sanierung war im Sommer 1969. Es wurden damals Fragebögen an die Mieter und Vermieter verschickt. Was daraus geworden ist – bzw. zu welchen Zwecken diese ausgewertet wurden, ist der Öffentlichkeit bis heute nicht mitgeteilt worden.

Die zur Zeit verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Stadt durch die Darmstädter Presse – hat u. a. den Zweck, auftretende Konflikte zu erkennen, um den Interessengruppen, deren Zustimmung vorhanden sein muß – hinterher sagen zu können: ihr seid doch dabei gewesen – wenn es dann doch nach den Wünschen der Geldgeber und Technokraten gelaufen ist.

Auch der jetzt ins Leben gerufene Planungsbeirat hat nichts anderes als eine Beschwichtigungs- und Alibifunktion, doch wenn zu den obgenannten Interessengruppen, die bereits vorher angeschrieben wurden, neben Bürgermeister und Stadtparlamentariern noch ein Ökonom, ein Soziologe, eine Hausfrau, ein Mieter (!) und ein Student sitzen. Die Entscheidungen werden davon nicht beeinflusst, sollen wohl auch nicht, da der Planungsbeirat keine Entscheidungsbe-fugnisse hat. Ausländer sind für diesen Beirat erst gar nicht vorgesehen. Bestehende Widersprüche zwischen den Interessen der Bevölkerung im Martinsviertel und den Sanierungsplänen wurden bisher nicht manifest.

9. Alternativen

Von den 442 Betrieben des Martinsviertels (davon Handwerk: 102, Einzelhandel: 120 und Dienstleistungen: 92 – mit insgesamt 1737 Beschäftigten) werden die meisten eingehen, da für sie die Ladenmiete zu teuer und die Konkurrenz der neuen Supermärkte zu groß sein wird.



„Und gerade diese sollten – soweit nicht direkt die Wohnfunktionen störend – erhalten bleiben“, schreibt der Soziologe Körber im DE vom 13. 1. 71. Weiter führt er aus: „Die Sanierung des Martinsviertels sollte möglichst behutsam vorgenommen werden. Blocksanierung – Auskernung – nur Ersatz technisch-hygienisch eindeutig unzureichender Altbau-substanz. Eine allmähliche Veränderung zerreiht nicht das Netz der sozialen Beziehungen innerhalb des Viertels. Außerdem wird ein Reservoir an relativ billigen nicht so komfortablen Altbauwohnungen in Innenstadtnähe erhalten. Dadurch kann verhindert werden, daß weiterhin wie in den letzten Jahren junge Familien, Facharbeiter, kleine und mittlere Angestellte infolge der ständig steigenden Mieten aus der Stadt verdrängt werden. Auf diese Gruppen ist die Stadt besonders angewiesen, soll das labile soziale Gleichgewicht erhalten bleiben.“

10. Ausführung

Die Firma Metron wird wahrscheinlich Mitte des Jahres ihre Voruntersuchung abgeschlossen haben. Formale Einwirkungsmöglichkeiten sind noch gut ein Jahr möglich.

Dann etwa wird das Stadtparlament den endgültigen Bebauungsplan beschlossen haben.

Auch wenn sich die Interessen der Martinsviertelbevölkerung bis dahin konkretisieren, bleibt die Einflußmöglichkeit auf die Planung gering.

Denn diese wird bereits weitgehend von Bund und Land beeinflusst, da sie 50% der Sanierungskosten tragen und durch günstige Darlehen den Kommunen helfen können. So besteht die Planungshoheit nur noch de jure bei den Kommunen. Durch Sanierungsrichtlinien und Vorschriften über die Vergabe der Gelder liegt die Entscheidung de facto bereits bei übergeordneten Stellen, die nur noch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten planen.

Mensafragebogen

Seit Beginn des Sommersemesters kann in der Mensa die Wahl zur Qual werden: Mittags gibt es drei, abends zwei Essen zu unterschiedlichen Preisen. Diese neue Regelung war noch nicht abzusehen, als wir in der letzten dsz im Wintersemester einen Mensafragebogen abdruckten. Trotzdem können die Ergebnisse der Umfrage von Nutzen sein, zumal der Studentenwerksvorstand erst nach zweimonatiger Testzeit endgültig entscheiden wird, ob es bei der Neuerung bleibt.

138 ausgefüllte Fragebogen erreichten uns. Das sind nicht sehr viele, bedenkt man, daß jeden Mittag mehr als 3000 Essen ausgegeben werden. Es sind aber wohl genug, um auf die wichtigsten Fragen einigermaßen repräsentative Antworten zu erhalten; vorausgesetzt, man schließt sich nicht der Meinung eines Beantworters an: „Fragebogen, die DM 0,30 kosten (legal), erreichen nur Reiche oder Diebe. Dies ist nicht repräsentativ!“

Suppenkasper scheint es nur wenige an der TH zu geben; über 80% der Ausfüller essen gerne Vorsuppen. Mit deren Qualität sind genauso viele zufrieden wie unzufrieden. Und auch auf die Frage, ob man bereit sei, auf die Vorsuppe zugunsten einer täglichen Nachspeise zu verzichten, gab es nur wenig mehr Ja- als Nein-Stimmen.

Anders bei den Fleischspeisen: Fast 90% der Beantworter finden die Fleischportionen zu gering. Und jeweils etwa 75% meinen, die Qualität des Fleisches sei unzureichend, der Geschmack der Sauce sei nicht auf das Fleisch abgestimmt und Fleisch und Sauce seien oft zu kalt. Schweinefleisch und Rindfleisch sind gleichermaßen beliebt. Unsere Unterstellung: Natürlich bevorzugen Sie Kalbfleisch, deshalb fragen wir danach nicht!, wurde nur selten zurückgewiesen: „Natürlich bevorzuge ich kein Kalbfleisch. Informieren Sie sich einmal, mit welchen „Mitteln“ Kälber gemästet werden!“

Reis ist mit Abstand die beliebteste Beilage, gefolgt von Kartoffeln, Nudeln und, etwa gleichauf, Püree und Klößen („Flummi“). 80% finden, die Menge dieser Beilagen sei ausreichend, und ebenso viele sind mit den Kombinationen Beilage-Fleischgericht zufrieden. Frischen Salat mögen fast alle Mensaeßer (über 90%), Krautsalate und Gemüsen haben jeweils etwa gleichviele Freunde und Gegner. Und auch bei der

Beurteilung von Qualität, Menge und Abwechslungsreichtum dieser Beilagen halten sich positive und negative Ansichten die Waage. Mit der Zubereitung allerdings sind 75% nicht zufrieden. Nachspeisen, was sonst war zu erwarten, ißt fast ein jeder gern (85%), und sogar die Qualität finden 70% zufriedenstellend. Weitaus am höchsten in der Gunst des Publikums stehen Frucht-dessert und frisches Obst; Pudding („Magenkontrastmittel“) lehnen die meisten ab.

Die Beurteilungen des Mensaeßens allgemein und unter Berücksichtigung des Preises (in Klammern) unterscheiden sich nicht sehr stark: gut 10% (15%); mäßig 65% (55%); schlecht 25% (30%). Bei angemessener Verbesserung des Essens wären 45% bereit, mehr zu zahlen, 90% davon allerdings nur DM 0,50. Diese große Bereitschaft, mehr Geld für besseres Essen auszugeben, wird verständlich, wenn man sieht, daß bei 70% der Teilnehmer die Sättigung selten oder nie bis zum Abend anhält. Davon wieder 70% geben an, nachmittags DM 0,50 bis DM 1,50 für ihre Ernährung auszugeben, 10% gar mehr als DM 1,50. Die Portionen mittags sind also nicht groß genug. Ein Ausfüller

formulierte es kurz und deutlich: „Mittags mehr, abends weniger!“ Denn abends gibt es genug: Von den 118 Beantwortern, die auch Angaben zum Abendessen gemacht haben, werden nur vier nicht satt. Aber 65% finden die Portionen abends nicht appetitlich. Vor allem der Kartoffelsalat wird von vielen angeprangert: „Besonders unschmackhaft ist der Kartoffelsalat, der abends häufig und zudem noch in riesigen Massen ausgegeben wird.“ Ein anderer Teilnehmer beschwert sich: „Aufgrund des schlechten Kartoffelsalates mußte ich vor kurzem drei Tage mit Magenbeschwerden im Bett bleiben und zum Arzt!“ Weshalb ein dritter fordert: „Kartoffelsalat abschaffen!“

Etwa ein Fünftel der Beantworter beschränkte sich nicht darauf, nur Kreuzchen auf den Fragebogen zu malen. Sie notierten zusätzlich mehr oder weniger ernst gemeinte Bemerkungen oder legten sogar ganze Briefe bei. So schlugen einige vor, jeweils den Speiseplan der ganzen Woche auszuhängen. Ein anderer empfahl: „Ein Ernährungswissenschaftler sollte sich mal einige Wochen das Essen ansehen. Vermutlich stirbt er dann an Skorbut.“ Wenn er es nur ansieht, bestimmt.

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

jetzt mit 3-facher Regalfläche!



A. SCHUCHMANN BAU-A.G.
Hauptsitz: Darmstadt
Artilleriestr. 12, Tel. (06151) 84007

Werke für: BIT, MISCHGUT, GUSSASPHALT

Niederlassungen in: HEILBRONN/Neckar
MICHELSTADT/Odw., FRANKFURT/Main

mini- markt

Leserbrief

Liebe Redaktion!

Von Basisgruppen, Fachschaften und auch von der dsz sind viele Seiten über Prüfungen gefüllt und viel Zeit für Umorganisation oder Abschaffung derselben investiert worden.

Dabei wurde immer wieder festgestellt, wie auch im Artikel „Von der Hochschule ins Irrenhaus“ der dsz 117/18, daß Prüfungen Angst erzeugen, daß dadurch die intellektuelle Leistungsfähigkeit rapide heruntergedrückt wird, daß Prüfungen keine Selbstkontrolle für Lehrende und Lernende sind, sondern verkappter numerus clausus, daß dadurch Anpassung der Studenten an gegebene Verhältnisse erzwungen wird etc. etc.

Diese Feststellungen sind ebenso wahr wie nichtssagend, auch ihre dauernde Wiederholung ändert nichts daran. Ganz im Gegenteil verhindern sie, weil so einfach und einsehbar, eine tiefere Beschäftigung mit dem Thema Studium (Prüfungen sind ja nur ein Teil davon). Mit meiner Kritik will ich mich hauptsächlich auf das „Bächersche Modell“ beziehen, das eingeführt wird mit dem Satz: „Um so mehr verdient das von Professor Bächer in der genannten Schrift vorgeschlagene ‚Prüfungsverfahren‘ Beachtung... Es... könnte aber auch auf andere Fächer übertragen werden.“ Was ändern anonyme Klausuren, wenn eine bestimmte Anzahl in einem festgelegten maximalen Zeitraum abgelegt werden muß? (Wiederholungen sind auch jetzt möglich)

Was wird geändert, wenn „eine Kommission anhand aller eingereichten Arbeiten“ entscheidet über die Zulassung zum Diplom?

Die Forderung, daß zum Diplom jeder Student einen Nachweis über Arbeit in studentischen Selbstverwaltungsgremien zu erbringen hat, soll ja wohl ein Witz sein zur Auflockerung des ansonsten traurigen Bäckerschen Modells.

Solche schönen Sachen wurden unreflektiert im Artikel übernommen und sogar noch als fortschrittlich bezeichnet (zum Glück nicht als gut).

Nur die Forderung „Prüfungsordnungen müssen von Berufsideologen und außen gesteuerten Interessen der an ihr beteiligten Instanzen freigehalten werden“ wird kritisiert, aber zu oberflächlich. Richtig ist natürlich, daß aufgrund der ökonomischen Situation in unserem kapi-

talistischen Staat diese Forderung nicht durchsetzbar ist (Bächer widerspricht ihr ja selbst mit der Feststellung: „In Prüfungsordnungen fehlt der Bezug zur Berufswirklichkeit“. Frage: Wer bestimmt, wie die Berufswirklichkeit aussieht?). Aber wie stellt sich die dsz das Zusammenwirken von Industrie und Hochschule in einem sozialistischen Staat vor? Wird es da ein Nebeneinander humboldtscher Vorstellungen entsprechend geben? Das hätte durchaus weiterer Ausführungen bedurft.

Doch ganz schwach wird der Artikel zum Schluß unter der Überschrift „Abschwächung der Repression“.

Natürlich sollen sich die Studenten gegen Prüfung in der jetzigen Form wehren. Dabei kann es aber doch nicht bleiben. Vor allem die Basisgruppen und die dsz müssen endlich weg von den bisherigen allgemeinen blah blah von Anpassung, Prüfungsangst und Fachidiotentum. Sie sollten anhand von Berufsbildanalysen die Einheit oder den Widerspruch zwischen Berufswirklichkeit – Lehrinhalten – Studienform aufdecken.

Die sich dabei herauskristallisierenden gesellschaftspolitischen Konflikte können an konkreten Situationen erläutert werden und bestimmen die Forderungen nach neuen Studieninhalten und -formen. Nur so kann verhindert werden, daß das perspektivlose Herumwerkeln an Studienreformen die Situation im Studium nicht verbessert, sondern oftmals sogar verschlechtert. (Z. B. den Forderungen nach studienbegleitenden Prüfungen wird jetzt durch das Testsystem nachgekommen. Folge: Prüfungsdruck über das gesamte Semester.)

Jutta Metzger
61 Darmstadt
Roquetteweg 15

3-ton 6 V Fanfaren, mit 3 Relais, einzeln spielbar VHB 35,- DM, 1 Heizlüfter 1000-2000 Wat, Klein. VHB 20,- DM, Kofferradio Kuba-Imperial UKW, Mittel-, Kurz- Langwelle für Autohalterung vorgesehen. opt u. techn. einwandfrei VHB 65,- DM. Diverse Lautsprecher 5,- bis 8,- DM/Stück, Tonbandgeräte-Motor, Pabst-Außenläufer, hohe Laufruhe 15,- DM, Schaltuhr, 30 min Schaltdauer, max. 6 A 220 V 5,- DM, Schaltuhr, 15 min Schaltdauer, max. 2x6 A 220 V, 5,- DM, auch zwischendurch zurückstellbar. Bramm, Darmstadt, Heinrichstraße 23.

Ausbilder(in) für Sofortmaßnahmen am Unfallort, samstags (wöchentl. oder 14tägig) gesucht. Stundenlohn 8,- DM netto, Voraussetzung sind entsprechende Lehrgänge, nicht länger als 2 Jahre zurückliegend. Chiffre 1191.

Verkaufe **2-Spur Tonband UHER 702** Transistor, Preis 90,- DM, Wolfgang Firlus, Riedeselstr. 64, Tel. 1677608.

Schreibmaschine, älteres Baujahr, 25,- DM, 1 Afga Isoly III 4x4 cm 3,5/60 Verschuß bis 1/250 sec., 65,- DM, Vergrößerungsobjektiv Emitor 4,5/76, Leicagewinde, 35,- DM, Turalux Photopapier Rolle 9 cmx150 m, 15,- DM, Harald Braun, Da-Arheilgen, Margarethenstraße 3.

DKW-1000 S Bj. 60, TÜV Juni 71, fahrbereit, Kupplung u. Stoßdämpfer neu, Bremsen neu belegt, VHB 350,- DM, Interessenten bitte melden: Harald Braun, Da-Arheilgen, Margarethenstr 3

Grundig-Stereo Tonbandgerät (TK 341 de luxe HiFi) mit Zubehör (5 Tonbän-

Club „NUMBER ONE“

die neue Alternative in Seeheim
für Studenten, Lehrer, Künstler etc
täglich geöffnet ab 19 Uhr

Im Semester jeden Dienstag **JAZZ, POP,**
FOLKLORE - Veranstaltungen Eintritt frei

Absenderangaben:

Antwortkarte Minianzeigen

der, Stereokabel, 2 HiFi-Mikrofone), 600,- DM zu verkaufen. Chiffre 1192.

Praktica Super TL mit Schneider-Kreuznach Objektiv (1:1,9/50 mm), Isco-Göttingen Teleobjektiv (1:4/180 mm), Elektronenblitzgerät (Leitzahl 25) und anderes Zubehör für 650,- DM VB zu verkaufen. Chiffre 1193.

HABSTRÖM-Bassgitarre, halbakustisch für 300,- DM (Neupreis 750,- DM) zu verkaufen. Josef Suppe, Darmstadt, Schuknechtstraße 63.

Gebrauchte elektr. Rechenmaschinen, billig zu verkaufen: Diehl D 18 mit vollaut. Division und Mult. über Wahlreihe; Stelle: 9-9-18; Diehl F 15 (8-9-15) aut. Div. u. Mult., außerdem Rückübertragung, Preis je 140,- DM, Greiner/Knoth, Darmstadt, Landwehrstraße 24, Anzusehen an Werktagen 18-20 Uhr.

Peugeot 403, Bj. 63, TÜV Okt. 71; fahrtüchtig, 200,- DM VHB, Goggo 250, 69 00 km, TÜV Okt 72, generalüberholt, neu gestrichen (blutorange), VHB 700,- DM, Warthenpfuhl, Darmstadt, Taunusstraße 39, Tel. 76596, ab 20 Uhr.

Jawa 50, Bj. 71 (Kleinkraftrad) zu verkaufen, 200 km gelaufen, noch 5 Monate Garantie, 70,- DM unter Neupreis (775,- DM), Tel. 79620.

Physiker-Mathematiker, Verkäufe billig gebrauchte Fachbücher. E. Plies, Zimmer 9/110, neben dem kleinen Physik-hörsaal.

Warnung! Meine BMW 500 Mot. Nr. u. Fgest. Nr. 647945, Kennzeichen DAHE 572 wurde am 10. 5. abends im Schloß gestohlen. Keine Teile kaufen! Hinweise an Götz Wiegand, Darmstadt, Am Breitwiesenberg 23, Tel. 75838.

Suche Tennispartner für gemeinsames Turniertraining 1-2mal pro Woche! Jürgen Ackermann, Da.-Arheilgen, Obere Mühlstr. 7, Tel. 31407.

WI, 25, sucht Mitfahrer(in) für Fahrt durch Italien und Nord-Afrika ab 1. 9., ca. 5 Wochen. Auto und Zelt vorhanden, Chiffre 1194.

Suche billige, jedoch originelle Kleinmöbel wie Sessel, Truhe, Wäschekorb usw. Angeb. an B. Hertel 6101 Reinheim, Goethestr. 72.

VW-1200 A, Erstzulassung 7/65, ATM 40 000 km, Bremsen neu belegt, neu lackiert, wie neu, VHB 2100,- DM, ab 18.30 Uhr, Bernd Weissenborn, Da. Mauerstraße 4.

Original Mensursäbel mit sandgefülltem Handkorb von einer alten deutschen Studentenverbindung verkauft meistbietend: Günther Pschiebl, Darmstadt, Kranichsteinerstr. 51, IV St.

TRIPMASTER komplett mit Anbauteilen, z. Zt. f. VW Käfer, 150,- DM, Liegesitz NSU (1000 TT), schwarz, Kunstleder, 50,- DM, Defekt VW-Motor 30 PS, komplett mit allem Zubehör, (Lichtma., Verteiler, Vergaser, Kupplung etc.) 50,- DM, Suche Recard oder Scheel Sportsitz, wenn möglich mit VW Einb.-

Teilen, Uwe Grünberg, Darmstadt Heinstr. 72 (b. Keppel).

Peugeot 404, zum Ausschachten oder Fahren zu verkaufen, VHB 300,- DM, Jutta Metzger, Darmstadt, Roquetteweg 15, Tel. 48992.

VW 1500, Käfer, Bj. 66, TÜV 9/72, 76 000 km, beige, Gürtelreifen, neue Bremsen, mit leichtem Blechschaden zu verkaufen; VHB 1700,- DM; 2 Michelin ZX-Gürtelreifen 165-15, fast neu, zu verkaufen; zus. 100,- DM, Tel (06161) 162995, von 9-17 Uhr.

Ford, 17 M, 1962, neuer 1,5 l-Motor, ca. 9,5 l/100 km, neue Bremsen, Radiogerät, in sehr gutem Zustand, VHB 1600 DM. Auskunft bei: Pavolij Zlatko, DA-Eberstadt, Am Steinernen Kreuz 30, Tel. 51305.

allelektrisch

Hessische Elektrizitäts-AG
Darmstadt HEAG-Haus am Luisenplatz Telefon 191-283

Logo: **strom**

E2-70/010

Ich bin neunundvierzig. Es hat mich viele Jahre und ein gehöriges Quantum Schweiß gekostet, dort hinzugehen, wo ich heute bin – dabei sitze ich in einem ganz gewöhnlichen Vorstadthaus. Ich bin in der Zeit der Weltwirtschaftskrise groß geworden; ich habe vier Jahre durch den Krieg verloren; ich muß mehr als hart arbeiten; ich bin ein „liberal“ denkender Mensch; ich halte es mit dem gesunden Menschenverstand, und ich habe Hippies, militante Anarchisten und all den Unsinn gründlich satt.

Ich bin es leid

Ich bin Professor an der Universität von Montana, und mich widert es an, mich ständig heruntermachen und zur Selbstbesinnung anhalten zu lassen; ich bin es leid, Nachsicht zu üben und mich um Verständnis zu bemühen (was ja immer meine Aufgabe ist). Ich habe die Nase voll von dem widersinnigen Gehabe der studentischen „Rebellen“. Ihre bärtigen Gesichter, ihr schmutziges Haar, ihr Gestank und ihre „Taktik“ sind kindisch, aber brutal, naiv, aber gefährlich und Ausdruck einer arroganten Tyrannei – der Tyrannei verzogener Lümmel.

Ich bin entsetzt

Als Professor und Vater von sieben Kindern im Alter von sieben bis dreiundzwanzig Jahren habe ich diese neue Generation heranwachsen sehen und weiß, daß die meisten, die dazu gehören, prächtig sind. Aber einige wenige sind das nicht, und das Fatale ist, daß diese Minderheit die Mehrheit an die Wand zu drücken droht. Ich habe für diese Minderheit nichts übrig; ich bin entsetzt, daß die Mehrheit das alles hinnimmt und sich mißbrauchen läßt. Als angewidertes Mitglied des „Establishments“ (ein Schlagwort, mit dem übrigens nichts anderes als die „Gesellschaft“ gemeint ist) sage ich: Es ist an der Zeit, damit Schluß zu machen.

Ich habe beigetragen

Jede Generation begeht Fehler; das ist immer so gewesen und wird immer so sein. Auch wir haben unser Teil dazu beigetragen. Aber meine Generation hat Amerika zugleich zum wohlhabendsten Land der Welt gemacht. Sie hat sich beherzt wie noch keine Nation vor ihr an die Lösung eines ungeheuer schwierigen Rassenproblems gemacht. Sie hat der Armut öffentlich den Krieg erklärt, und sie hat ihren Fuß auf den Mond gesetzt; sie hat die Rassentrennung in den Schulen aufgehoben und die Kinderlähmung besiegt; sie hat die wahrscheinlich größte soziale und wirtschaftliche Umwälzung der Geschichte eingelei-

tet. Sie hat dies alles in Gang gebracht, nicht vollendet. Sie hat sich in der Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Gesellschaftsreform erklärt, engagiert, ins Zeug gelegt und fast in Grund und Boden gestrampelt. Ihr größter Fehler ist nicht Vietnam; ihr größter Fehler ist, daß sie vor der Jugend feige kapituliert.

Ich nehme hin

Die Psychologen, Pädagogen und Kanzelredner sagen, die Jugend rebelliere gegen unsere veralteten Sitten und moralischen Grundsätze, unseren Materialismus, unsere außenpolitischen Versäumnisse, unsere haarsträubende Inkompetenz in Rassenfragen, unsere engstirnigen Erziehungsmethoden und unsere Blindheit für die elementaren Gebrechen der Gesellschaft. Mumpitz!

Höflichkeit und Respekt vor der Meinung anderer sind nicht bloß Verzierungen auf der Torte der Gesellschaft, sie sind ihre Füllung. Nur zu viele junge Leute sind egozentrische Banausen. Sie wollen nicht zuhören und diskutieren; sie wollen nur niederbrüllen und Steine schleudern. Die Gesellschaft hat Arroganz, hinter der keine nachweisbare Leistung steht, zu allen Zeiten verdammt. Wieso dulden wir dann, daß arrogante Schlote auf unsere Überzeugungen urinieren und unsere öffentlichen Gebäude besudeln? Nicht die Polizei kann uns hier helfen; helfen kann – unserer Generation wie ihrer – allein unser Abscheu und unsere Verachtung. Aber wir nehmen dieses Verhalten nicht nur hin, wir honorieren es mit innerer Selbstgeißelung (nicht die anderen, wir sind schuld). Noch größerer Mumpitz!

Ich weiß

Die Gesellschaft, das „Establishment“, ist keine fremde, nicht zu ihnen gehörige Sache, die wir den jungen Leuten aufzuoktroieren versuchen. Sie ist – ebenso wie die Achtzehnjährigen selbst – das Produkt einer vieltausendjährigen Geschichte. Wir wissen, sie ist alles andere als vollkommen. Wir haben sie nicht geschaffen; wir haben es lediglich unternommen, sie zu verändern. Zu erreichen ist das – wenn überhaupt – nur langsam und mühevoll. Und daß die Erfolge so klein sind, haben wir mit allen Generationen gemein – der nachwachsenden wird es nicht anders ergehen.

Ich bin ein Narr

Warum schenken wir, wo wir das wissen, den gewalttätigen Taktikern der neuen Generation so unterwürfig Gehör? Entweder lösen sie alle Pro-

bleme noch diese Woche, oder sie schließen sich einer Rotte zerstörungswütiger Paranoiker an. Jugend hat sich von jeher durch ungeduldigen Idealismus ausgezeichnet. Wäre sie anders, so gäbe es keine Veränderungen. Aber ungeduldiger Idealismus hat mit Pistolen, Brandbomben, Tumulten, dreister Anmaßung und dem Verlangen nach augenblicklicher Erfüllung aller Wünsche nichts zu tun. Das ist kein Idealismus; das ist kindische Tyrannei.

Das Schlimmste bei alledem ist, daß wir (Professoren und Dozenten vor allem) in einem Anfall von Selbstverleugnung einfach weitermachen, uns entschuldigen, als hätten wir die Übel dieser Welt persönlich zu verantworten, und uns so dem Chaos ausliefern. Wir sind die Geführten, nicht die Führer. Und wir sind Narren.

Ich behaupte, daß wir mit der jungen Generation nicht darum Schwierigkeiten haben, weil wir unser Land enttäuscht hätten oder weil wir zu materialistisch oder zu beschränkt wären, sondern allein deshalb, weil wir diese Generation nicht in ihren Grenzen gehalten haben. Wir haben die Macht; uns fehlt der Wille. Wir haben das Recht; wir haben es nicht genutzt.

Ich bin besorgt

Wir müssen diese Haltung ändern, insbesondere im Hinblick auf die Situation an unseren Hochschulen. Das bedeutet nicht eine Flut drakonischer Verordnungen, ein plötzliches Großreinemachen, eine „neue“ Politik. Es bedeutet lediglich, daß die Hochschulen aufhören, immer nur sichergehen zu wollen; daß sie gegen Krawallmacher nicht mit der Polizei, sondern mit dem Mittel der Relegation vorgehen. Die (heute merkwürdigerweise kaum noch genutzte) Möglichkeit, Studenten von der Alma mater zu verweisen, gehört zu den ältesten Rechten und Bedürfnissen der Universitätsgemeinschaft.

Zu einfach? Mitnichten. Nur ein altes Verfahren, das wir vergessen zu haben scheinen. Es ist zu gradlinig für Leute, die gern Freudsche Psychoanalyse anwenden würden, zu tatsachenbezogen für „akademische Senate“, die auf philosophische Erörterungen erpicht sind und zu prpaisch für jene, die es nach Selbstverdamnungsgelüsten.

Unser Land ist voll anständiger Menschen, die besorgt sind wie ich. Und es ist voller Menschen, die von dem Unsinn genug haben. Wir – das heißt die über Dreißigjährigen: hoch besteuert, geplagt, verwirrt, verdrossen und erschöpft –, wir müssen unsere mühsam errungenen Rechte wieder geltend machen.

Professor K. Ross Toole, Universität Montana, USA

„Ich habe es satt“

Ein amerikanischer Uni-Professor packt aus / Militante Minderheit drückt
schweigende Mehrheit an die Wand / Keine Kapitulation vor der Jugend! /
Psychologen reden „Mumpitz“ / Studentisches „Alles sofort oder alles
kaputt“ / Reformen? Nur langsam / Nicht Polizei, sondern Relegation

